

# UMVERTEILEN - Jetzt erst recht!

**Juso - Landeskonferenz 2024**  
**12. - 13. Oktober, Wismar**



**Beschlussbuch**  
**zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der**  
**Jusos Mecklenburg-Vorpommern**

A	Arbeitsprogramm und Leitanträge	
A1	Arbeitsprogramm - Landesvorstand	6
A2	Umverteilung – Jetzt erst recht!	26

B	Beschäftigung & gute Arbeit	
B1	Das ILO-Übereinkommen 181 ratifizieren, jetzt!	29
B2	Reform der Mindestausbildungsvergütung: Echte Wertschätzung für echte Arbeit!	30

C	Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung	
C1	Ausbau der politischen Bildung an unseren Schulen	32
C2	Bildungsgerechtigkeit wiederherstellen - Abschlüsse überprüfen!	33
C3	Lehramt – wofür brauche ich das später? – Positionen und Impulse zur aktuellen Debatte der Lehramtsbildungsreform und Verbesserung des Bildungssystems	34

D	Demokratie und Beteiligung	
D1	„Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche - Kommunen in die Pflicht nehmen“	39

F	Frieden, Internationales & Europa	
F1	Freund*innenschaft mit Polen: Hoch die internationale Solidarität!	40
F2	Für eine menschenrechtsbasierte EU-Politik: Keine Gewalt an den Außengrenzen – Rechtsstaatlichkeit sichern, Asylrecht wahren!	41
F3	Unterstützung der Menschenrechte und demokratischen Bestrebungen in Belarus	43

G	Gleichstellung, Feminismus & Gender	
G1	Awarenesskonzept der Jusos MV	44
G2	Bildet Banden! – Für mehr aktive Vernetzung	56
G3	Feministische Stadtplanung – Für eine Stadt, die allen dient	57
G4	FINTA-Personen in MINT-Berufen stärken	63

I	Inneres, Verkehr, Verbraucherschutz & Verteidigung	
I1	Das Land braucht mehr Justizpersonal, um Fälle schneller zu lösen!	64

I2	Für finanzielle Freiheit und soziale Teilhabe – Gegen die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete und weitere Sozialleistungen	66
I3	Pyrotechnik ist doch kein Verbrechen – Lasst Emotionen freien Lauf!	68
I4	Religionsfreiheit leben: Kein Verbot von religiöser Bekleidung an deutschen Schulen!	69
I5	Staatenlosigkeit- Niemand kennt einen außer das Finanzamt	70

O	Organisation und Partei	
O1	Kooperation mit den Jusos Schleswig-Holstein	72
O2	„SPD bei dir“	73

P	Pflege, Gesundheit & Soziales	
P1	Nichtraucher*innenschutz verbessern	74
P2	Pflegenotstand bekämpfen – ausländische Fachkräfte anerkennen	76

U	Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit	
U1	Abstände Windeignungsgebiete zu Schutzgebieten	77
U2	Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und Ostsee	78
U3	Sozial gerechten Klimaschutz nicht verschieben!	82

V	Verkehr und Infrastruktur	
V1	Einsteigen, umsteigen, aufsteigen: ÖPNV für ein besseres MV	83

W	Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik	
W1	Keine Planungsbeschleunigung auf Kosten der Demokratie	84

Z	Initiativanträge	
Z1	Nieder mit der Festung Europa: Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen abschaffen	87
Z2	Kein Asylkompromiss 2.0	89
Z3	Sozial gerechten Klimaschutz nicht verschieben!	92

1 **A1 Arbeitsprogramm**

2

3 **Gliederung Arbeitsprogramm**

- 4 1. Selbstverständnis
- 5 2. Kampagnen
- 6 3. Verbandsstrukturen
- 7 4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- 8 5. Politische Bildung

9 **1. Selbstverständnis**

10 Wir Jungsozialist\*innen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern begreifen uns als sozialistischen, feministischen, internationalistischen und antifaschistischen Richtungsverband. Wir sind ein linker Teil der SPD und arbeiten kritisch an der progressiven Gestaltung von Politik in ihr und der Gesellschaft. Grundlage für unsere politischen Vorstellungen und Ziele bildet unser Menschenbild. Wir gehen davon aus, dass jeder Mensch für sich erstrebt, ein vollkommenes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dieser Anspruch in uns allen führt zu individuellen Lebensentwürfen. Sie dienen als gedankliche Richtschnur zur eigenen Verwirklichung, um unseren Platz in der Gesellschaft zu finden, Leid von uns zu nehmen und letztendlich Zufriedenheit zu erlangen. Es ist dieser Wesenszug des Menschen, der uns alle zu einer menschlichen Gemeinschaft zusammenführt, die wir für die Umsetzung unserer Lebensentwürfe brauchen.

20 Ausgehend und getragen von diesen Vorstellungen, stehen die Jungsozialist\*innen zu der Überzeugung, dass das Herrschaftssystem Kapitalismus, die kapitalistische Produktionsweise und das Patriarchat überwunden werden müssen, um ein freies, gerechtes, selbstbestimmtes und solidarisches Leben für alle zu verwirklichen.

24 Nur wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erkämpft werden, ist eine menschliche Gesellschaft verwirklicht. Freiheit ist für uns neben einem vernünftigen Maß an individueller Handlungsfreiheit vor allem auch innere Entfaltungsfreiheit, also die Fähigkeit den individuellen Lebensentwurf zu entwickeln und umzusetzen.

28 Gerechtigkeit wird am besten mit den Worten von Karl Marx beschrieben: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis". Alle sollen somit zur gesellschaftlichen Entwicklung nach ihren Möglichkeiten beitragen und verdienen nach ihren Bedürfnissen gesellschaftliche Güter. Die Verteilung

31 über den Marktmechanismus ist für uns unzulänglich. Solidarität ist der Anspruch an uns, über die  
32 Grenzen unserer eigenen Umstände hinwegzusehen und die Hindernisse und Probleme der  
33 Mitmenschen auf dem Weg zur Verwirklichung seines Lebensentwurfs als Aufgabe für sich selbst zu  
34 begreifen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht erreicht. Sie bleiben Aufgabe. Unser Ziel bleibt  
35 daher der demokratische Sozialismus. Dieser orientiert sich an unserem humanistischen Menschenbild  
36 und den sich daraus ergebenden Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

37 Unser Sozialismusverständnis

38 Wir Jusos M-V bauen als Sozialist\*innen auf einer marxistischen Gesellschaftsanalyse auf. Zu diesem  
39 materialistischen Gesellschaftsbild gehört, dass wir der Überzeugung sind, dass das gesellschaftliche Sein  
40 das gesellschaftliche Bewusstsein konstituiert. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist dabei für  
41 uns Ausgangspunkt von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Unser politisches Ziel ist es, diesen zu  
42 beseitigen und eine gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel. Zentral für uns ist dabei jedoch  
43 ein weiterentwickelter, mehrdimensionaler Kapitalbegriff, der neben den klassischen Produktionsmitteln  
44 ebenso kulturelles, soziales und symbolisches Kapital umfasst. Das Patriarchat, die systematische  
45 Unterdrückung von Minderheiten ist für uns nicht Ergebnis  
46 des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, sondern Bestandteil des Kapitalismusbegriffs der  
47 herrschenden Klasse, das neben ökonomischem Kapital, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital  
48 erfasst. Hieraus ergibt sich die energische Absage an alle, die an autokratische Gesellschaftssysteme des  
49 ehemaligen sogenannten Ostblocks anknüpfen wollen. Diese vermeintlichen Staatsozialismen waren  
50 nichts als bürgerliche Cliquenherrschaften, die sich aus einer Monopolisierung sozialen und symbolischen  
51 Kapitals speisten und tief in ihren Inneren immer noch kapitalistischer Natur waren.  
52 Als Reformsozialist\*innen glauben wir nicht an ein geschichtsmaterialistisches Verständnis, in dem  
53 die Basis den Überbau gleichsam als historische Zwangsläufigkeit beseitigt. Jede Form geschichtlicher  
54 Entwicklung ist für uns immer das Ergebnis menschengemachter Prozesse, für die es aktiv zu werden gilt.  
55 Jede Zeit und Gesellschaftsformation gibt andere Formen an Aktivismus vor. In der derzeitigen  
56 gesellschaftlich-historischen Formation der sogenannten demokratischen Welt halten wir revolutionäre  
57 Ansätze für nicht zweckmäßig. Unser bevorzugtes Mittel  
58 sind antikapitalistische Strukturreformen, die es im parlamentarischen Kampf durchzusetzen gilt.  
59 Durch sie wollen wir die Machtverhältnisse in der Gesellschaft umkehren und Kapitalkonzentrationen  
60 jeder Art auflösen. Stattdessen glauben wir an ein Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und politischen  
61 und parlamentarischen Kräfte. Für uns ist die Demokratie gleichsam Mittel und Zweck unserer  
62 Bestrebungen. Wir glauben, dass die volle Verwirklichung der Demokratie nur im Sozialismus gelingen  
63 kann und gleichsam die Demokratie einzig wünschenswertes Mittel der Verwirklichung, bzw. des Strebens  
64 nach einer sozialistischen Gesellschaft sein kann. Wir erkennen die Schwächen der aktuellen

65 parlamentarischen Demokratie, in der sich die herrschende Klasse in den Parlamenten teilweise selbst  
66 reproduziert, an. Der Parlamentarismus ist für uns jedoch weiterhin die Demokratieform, in der wir die  
67 Verwirklichung unserer politischen Ziele suchen.

68 Der Sozialismus ist für uns als Prozess gekennzeichnet durch das fortdauernde Streben nach einer  
69 Befreiung des Menschen aus seinen materiellen Zwängen und als solcher niemals vollendet. Der  
70 Grundsatz der Subsidiarität ist für uns konstitutives Element unseres Sozialismusverständnisses, das  
71 jedem autoritären Gedankengut entgegensteht.

72 Unsere Identität als Ostverband

73 Für uns als Jusos MV sind die historischen Erfahrungen der DDR und der Transformation der 1990er nicht  
74 nur für unser eigenes Verständnis vom Sozialismus, sondern auch für

75 unsere Identität als ostdeutscher Verband relevant. Als Verband, der insbesondere aus jungen Menschen  
76 besteht, die sich als "Post-Wendegeneration" verstehen, sind die Transformationserfahrungen der 1990er  
77 prägend für unsere Gesellschaftsanalyse, die den Gegensatz zwischen Ost und West als kapitalistischen  
78 Ausbeutungsmechanismus begreift. Somit ist das Aufheben des Gegensatzes zwischen Ost und West, der  
79 sich in Eigentumsverhältnissen und Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen zeigt, eines  
80 unserer zentralen Politikziele. Die dafür notwendige Anerkennung einer ostdeutschen Identität und  
81 Perspektive, die sich aus den materiellen Unterschieden zwischen Ost und West konstituiert, stellt dafür  
82 eine wesentliche Voraussetzung dar. Dabei begreifen wir den Osten nicht als ein homogenes Gebilde,  
83 sondern als eine Region aus Bundesländern und Landschaften, die vielfältiger nicht sein könnten, die  
84 allerdings diese Erfahrungen des DDR-Regimes sowie der Transformationsprozesse der 1990er als auch  
85 die Gegensätze und Widersprüche der Gegenwart teilen.

86 Hierbei haben wir allerdings keinen unkritischen Blick auf Ostdeutschland als Region und Gesellschaft. Die  
87 rechte Hegemonie in weiten Teilen der Gesellschaft zu brechen, ist eines der zentralen Ziele unserer  
88 politischen Arbeit. Ebenso wie die rechte Hegemonie in manchen Regionen zum Osten gehört, gehört  
89 allerdings auch der antifaschistische Widerstand dagegen dazu, der in der Erzählung über "den Osten"  
90 häufig vergessen wird. Migrantisch gelesene und rassifizierte Personen in Ostdeutschland sind bis heute  
91 besonders von dieser rechten Hegemonie betroffen.

92 Für viele der als Vertragsarbeiter\*innen und Studierenden in die DDR gekommenen Menschen war  
93 der Alltag vor und nach der sogenannten "Wiedervereinigung" von Rassismus geprägt. Für viele Menschen  
94 war die Zeit nach 1990 zudem von Unsicherheiten geprägt, da die Grundlage für ihren Arbeits- oder  
95 Studienaufenthalt wegbrach und wodurch sich auch ihre Perspektive angesichts eines sich in der  
96 Auflösung befindenden Staates immer mehr verschlechterte.

97 Den Perspektiven von FINTA und BIPOC in Ostdeutschland wollen wir mehr Gehör verschaffen. In dieser  
98 Hinsicht wollen wir den Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere in der Zeit der sogenannten  
99 „Baseballschlägerjahre“, noch mehr Raum geben. Die wichtige sowie notwendige Aufarbeitung der  
100 Geschichte der Betroffenen rechter Gewalt, insbesondere der Gastarbeiter\*innen, muss nicht nur  
101 fortgeführt, sondern auch stärker vermittelt werden.

102 Die Transformation nach 1990 brachte durch das Handeln der Treuhand Massenarbeitslosigkeit und  
103 gebrochene Biographien mit sich. Dies muss bei den weiteren Transformationsprozessen in Folge der  
104 Energiewende beachtet werden.

105 Unser Ökologieverständnis

106 Wir streben als Jusos eine Zusammenarbeit mit allen progressiven gesellschaftlichen Kräften an, um eine  
107 hegemoniale Gegenerzählung zu den bestehenden kapitalistischen  
108 zu formen. Wir möchten Brücke zwischen Gesellschaft und Politik sein und gesellschaftliche  
109 Mehrheiten für politische Veränderungen schaffen. Das kapitalistische Agieren der Gesellschaft stößt  
110 nicht nur im sozialen Bereich an seine Grenzen, sondern auch im Ökologischen. Wachstum darf nicht auf  
111 Kosten der Lebensgrundlage gebilligt werden. Wir müssen die Grenzen des Planeten anerkennen und  
112 Politik auf ihre Umweltverträglichkeit prüfen, sowie Wirtschaft nachhaltig gestalten. Dazu gehört es aber  
113 auch, ein ökologisches Bewusstsein zu verankern. Jede\*r kann mit kleinen umweltschonenden  
114 Maßnahmen schon etwas bewegen und einen Teil zur ökologisch gerechten Welt beitragen. Staaten und  
115 Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung für unsere Welt bewusst sein. Wir lehnen es ab, die  
116 Verantwortung nur auf Individuen abzuwälzen. Diese Argumentation ist eine Nebelkerze, um davon  
117 abzulenken, dass beispielsweise 90% des weltweiten CO2- Ausstoßes von der Energiebranche verursacht  
118 wird. Auf das systemische Problem der Klimakatastrophe muss es systemische Antworten geben. Wir  
119 haben nur eine Erde und es liegt in unserer Verantwortung diese für nachfolgende Generationen  
120 lebenswert zu erhalten.

121 Unser Feminismusverständnis

122 Zur eigenen Verwirklichung gehört auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die  
123 Gleichberechtigung aller Menschen. Diese kann aber nur durch die Dekonstruierung der Geschlechter  
124 umgesetzt werden. Geschlechter sind genauso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse nur ein  
125 Konstrukt, welches sich auf der Basis männlich dominierter Machtstrukturen mit entsprechender  
126 Rollenverteilung herauskristallisiert hat.

127 Es reicht aber nicht nur Hierarchien aufzubrechen, sondern auch die Geschlechterdifferenzen  
128 müssen überwunden werden. Im sozialistischen Feminismus ist das letztendliche Ziel ein

129 geschlechtsneutraler Humanismus. Jegliche Formen von Sexismus oder Queer- und Transfeindlichkeit  
130 müssen durch politische Mittel und eine gendergerechte Sprache bekämpft werden.

131 Unser Verständnis des Antifaschismus und Antirassismus

132 Wir lehnen jede Ideologie ab, die andere Menschen diskriminiert, von gesellschaftlicher Teilhabe und dem  
133 Leben in der Gemeinschaft ausgrenzt oder Menschen in irgendeiner Form gegenüber anderen  
134 benachteiligt. Der Kampf gegen jede Form von Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, der extremen  
135 Rechten und dem Rechtspopulismus sehen wir deshalb als eine unserer zentralen Aufgaben an.

136 Antifaschismus

137 Die Auseinandersetzung mit der Schreckensherrschaft des deutschen Faschismus zwischen 1933 und  
138 1945 und die Schlussfolgerung der richtigen Lehren ist Grundlage für unsere Auseinandersetzung und  
139 unsere Pflicht. Wir, jungen Menschen sind es, die der Verantwortung gerecht werden und uns jeden Tag  
140 aufs Neue ins Gedächtnis rufen, dass sich das Verbrechen der Shoah niemals wiederholen darf - weder in  
141 Deutschland, noch irgendwo anders in der Welt.

142 Dabei ist die Lösung "Kein Fußbreit dem Faschismus" für uns keine Phrase oder leere Worthülse, sondern  
143 eine Maxime, die wir jeden Tag und bei jedem Teil unserer Arbeit immer wieder neu mit Leben füllen  
144 müssen. Wir werden den Kampf mit jedem\*jeder aufnehmen, der\*die noch menschenverachtendes  
145 Gedankengut in sich und seine\*ihrer Umwelt trägt.

146 Antifaschismus verstehen wir einerseits als klare Abgrenzung zu all denjenigen, die Faschismus in egal  
147 welcher Form nicht ablehnen, aber auch als Bindeglied zu all denjenigen, zu denen uns sonst vielleicht viel  
148 mehr trennt, als eint. Damit ist für uns als Antifaschist\*innen nicht nur jede Zusammenarbeit mit  
149 Faschist\*innen grundsätzlich anzuprangern, abzulehnen und zu verurteilen, sondern der antifaschistische  
150 Kampf gelebte Praxis in allen gesellschaftlichen Räumen und zu jeder Zeit!

151 ALERTA!

152 Antirassismus

153 Wir befinden uns in Deutschland in einer weißen Mehrheitsgesellschaft, die uns alle prägt. Es ist daher ein  
154 gesellschaftlicher Kampf, sich mit den eigenen rassistischen Prägungen und rassistischen Ideologien  
155 auseinanderzusetzen.

156 Wir als Jusos sehen es als unsere Aufgabe, diese Mechanismen und gesellschaftlichen Machtstrukturen  
157 aufzuzeigen, zu enttarnen, zu reflektieren und die daraus gezogenen Lehren in praktisches  
158 antirassistisches Handeln zu überführen. Dem gesellschaftlich  
159 konstruierten Rassismus, der sich auf struktureller, institutioneller aber auch individueller Ebene

160 manifestiert, begegnen wir durch antirassistische Bildungsarbeit, gelebte Demokratie und Widerstand  
161 gegen rassistische Strukturen und Handlungen.

162 Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, von Rassismus betroffene Menschen zu empowern. Dies geschieht  
163 zum einen durch aktiv antirassistisches Handeln und die Auseinandersetzung mit unserem  
164 verinnerlichten Rassismus. Zum anderen passiert es aber auch dadurch, dass wir Betroffenen  
165 Schutzräume bieten und Möglichkeiten schaffen, Rassismus zu melden und entsprechende  
166 Konsequenzen einzuleiten.

167 Wir befinden uns in Deutschland in einer weißen Mehrheitsgesellschaft, die uns alle prägt. Es ist daher ein  
168 gesellschaftlicher Kampf, sich mit den eigenen rassistischen Prägungen und rassistischen Ideologien  
169 auseinanderzusetzen. Wir als Jusos sehen es als unsere Aufgabe, diese Mechanismen und  
170 gesellschaftlichen Machtstrukturen aufzuzeigen, zu enttarnen und zu reflektieren. Die daraus  
171 gezogenen Lehren wollen wir in praktisches antirassistisches Handeln überführen. Dem gesellschaftlich  
172 konstruierten Rassismus, der sich auf struktureller, institutioneller, aber auch individueller Ebene  
173 manifestiert, begegnen wir durch antirassistische Bildungsarbeit, gelebte Demokratie und Widerstand  
174 gegen rassistische Strukturen und Handlungen.

175 Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, von Rassismus betroffene Menschen zu empowern. Dies geschieht  
176 zum einen durch aktiv antirassistisches Handeln und die Auseinandersetzung mit unserem  
177 verinnerlichten Rassismus. Zum anderen passiert es aber auch dadurch, dass wir Betroffenen  
178 Schutzräume bieten und Möglichkeiten schaffen, Rassismus zu melden und entsprechende  
179 Konsequenzen einzuleiten.

180 Unser Internationalismusverständnis

181 Wir wollen aus der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen: Getrieben von Nationalismus und  
182 Militarismus wankten die Völker der Welt immer wieder in mörderische Kriege und Konflikte. Wir sind  
183 jedoch kein pazifistischer Verband. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus  
184 zeigen, dass Faschismus und Barbarei nicht durch Appeasement bekämpft werden können. Dennoch sind  
185 militärische Mittel stets nur der letzte Ausweg und kein Mittel zum Zweck. Das Ziel einer friedlichen und  
186 solidarischen Weltgemeinschaft ist unser Leitbild. Aus diesem Grund lehnen wir Nationalismus und  
187 Militarismus generell ab und sehen die Abschaffung aller Nationalstaaten und Grenzen als eines unserer  
188 Hauptziele an. Dieses Ziel kann nur gemeinsam mit unseren Partner\*innen auf der ganzen Welt erreicht  
189 werden. In diesem Sinne begreifen wir uns als antinational ausgerichtete Organisation, die mittels  
190 internationaler Solidarität und Kooperation handelt. Unsere Entscheidungsfindung folgt  
191 selbstverständlich den demokratischen Prinzipien. Die Geschichte lehrt, dass die Abkehr von dieser  
192 grundlegenden Regel, selbst bei besten Vorsätzen nur zu leicht ins Verderben führen kann.

193 Unser Verhältnis zur SPD

194 Die innerverbandliche Basis unserer Projekte wollen wir breit bauen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe,  
195 die von uns allen Dialogbereitschaft erfordert. Die Vorstellung von der Beeinflussung und Gestaltung der  
196 Politik in diesem Sinne ist es, die uns motiviert und unseren Weg beschreibt. Sie ist Ausgangspunkt für die  
197 Arbeit im und mit dem Verband. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, engagieren wir uns in  
198 Politik und Gesellschaft. Wir arbeiten mit und an uns, als Verband, aber auch als Individuum. Folgendes  
199 sind die Schwerpunkte unseres politischen Handelns. Eines unserer zentralen Werkzeuge ist die politische  
200 Bildung. Mit ihr untersuchen wir den Grad der Umsetzung unserer Werte in der Gesellschaft und  
201 diskutieren mögliche Veränderungen. Darüber hinaus wollen wir die grundlegende Frage beantworten,  
202 was „Demokratischer Sozialismus“ sein kann und welche Schritte auf dem Weg notwendig oder sinnvoll  
203 sind.

204 Die praktische politische Arbeit vermitteln wir, indem wir das Handwerkszeug zur Betätigung im  
205 politischen Raum diskutieren und verbreiten. Die Durchführung politischer Aktionen in der Öffentlichkeit  
206 und die Durchsetzung von politischen Zielen innerhalb der SPD sind unsere Aufgaben als politischer  
207 Verband. Uns und die SPD hier bewegungsorientiert weiterzuentwickeln und sich nicht nur auf Gremien  
208 und Parlamente zu konzentrieren, ist zentral. Wir wollen mit der und durch die SPD gesellschaftliche und  
209 politische Mehrheiten für fortschrittliche Politik erringen, bewahren uns jedoch auch unsere  
210 Kritikfähigkeit. Unser Verhältnis zur SPD ist kritisch-solidarisch. Wir sind ein eigenständiger  
211 Jugendverband, der allgemeinpolitischen Anspruch hat. Wir verstehen uns als Möglichkeit für junge  
212 linksdenkende Menschen, langfristige, programmatische Veränderungen innerhalb der SPD  
213 vorzubereiten und andere Narrative für gesellschaftliche Debatten zu finden und hegemonial zu machen.  
214 Für uns ist die SPD die zentrale Plattform, gesellschaftliche Veränderungen politisch durchzusetzen. Die  
215 SPD hat jedoch insbesondere in den letzten Jahren den Anspruch, eine transformatorische  
216 gesellschaftliche Kraft zu sein, weitgehend verloren. Unser Anspruch ist es, diesen wieder herzustellen,  
217 den Führungsanspruch der SPD innerhalb der gesellschaftlichen  
218 Linken und das Profil als parlamentarischer Arm der gesellschaftlichen Linken wieder glaubhaft  
219 zu machen. Dies wird nicht ohne Bereitschaft zum Konflikt mit jenen möglich sein, die es sich als linkes  
220 Korrektiv in der Tagespolitik bequem gemacht haben. Unser Verhältnis zur SPD ist damit gleichermaßen  
221 kritisch, wie grundsätzlich solidarisch. Unsere Solidarität mit der SPD ist jedoch niemals stärker als unser  
222 Anspruch an Veränderung und Verbesserung, den wir an sie haben. Dafür sind wir bereit die notwendigen  
223 Konflikte auf allen Ebenen grundsätzlich innerparteilich anzugehen und überall, wo es notwendig ist,  
224 offen die Machtfrage zu stellen.

225 Der Machtanspruch der Jusos innerhalb der SPD muss stets inhaltlich begründet und darf kein  
226 Selbstzweck sein, denn wir Jusos verstehen uns nicht als die politische Karriereleiter von Einzelpersonen:

227 Die Besetzung von politischen Positionen ist dann notwendig, wenn wir inhaltliche Schwerpunkte setzen  
228 wollen und so unserem Ziel der Veränderung der Gesellschaft näherkommen können. Diese Schwerpunkte  
229 gilt es immer zuvor zu prüfen. Generell gilt: Politische Ämter dürfen für uns, Jusos, kein Selbstzweck  
230 werden. Zur Vollendung unserer Ziele müssen wir jedoch auch direkt in die Zivilgesellschaft  
231 hineinarbeiten. In diesem Sinne halten wir am Prinzip der Doppelstrategie fest. Neben dem Wirken in die  
232 SPD und politische Gremien hinein, muss es zentraler Bestandteil der Arbeit der jungsozialistischen  
233 Bewegung sein, eng mit zivilgesellschaftlichen Partner\*innen zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit  
234 diesen zentrale Positionen in der Zivilgesellschaft zu besetzen, um dort progressiv, gestaltend und  
235 meinungsbildend auf den Alltag der Menschen einzuwirken. Wir stehen allen unseren Partner\*innen egal,  
236 ob international oder national und egal, ob aus der Zivilgesellschaft oder unserer Mutterpartei kommend,  
237 in einer kritischen Solidarität gegenüber.

238 Solidarisch kämpfen wir gemeinsam für eine bessere Welt!

239 Als sozialistischer Jugendverband brauchen wir die Verankerung mit anderen linken Jugendverbänden des  
240 Landes. In einer Vielzahl von Gruppierungen, Verbänden und Initiativen kämpfen in Mecklenburg-  
241 Vorpommern junge Menschen mit Herzblut für eine bessere Welt. Die Jusos MV werden deshalb ihre  
242 Zusammenarbeit mit uns nahestehenden Jugendverbänden und Vorfeldorganisationen intensivieren  
243 und festigen. Gemeinsame Kampagnen und Veranstaltungen, sowie ein regelmäßiger Austausch,  
244 insbesondere über jugendpolitische Themen, sollen als fester Arbeitsschwerpunkt des  
245 Landesvorstandes bestehen.

## 246 **2. Kampagnen**

247 Bundestagswahl 2025

248 Zur Bundestagswahl 2025 wollen wir eine Jugendkampagne zur Unterstützung unserer  
249 Bundestagskandidat\*innen konzipieren und umsetzen. Neben Merchandise, Social-Media planen wir  
250 erneut eine MV-Tour, nach dem Vorbild der Kommunalwahlkampagne, in der wir an  
251 Unterstützungswochenenden in allen Regionen des Landes präsent waren und als Landesverband vor Ort  
252 unterstützt wurden. (Um sicherzustellen, dass sich alle im Wahlkampf gut vorbereitet und sicher fühlen,  
253 planen wir für das Frühjahr 2025 ein Kommunikationstraining.

254 Bei aller Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung, muss ein CDU Wahlsieg unter Merz und ein  
255 Siegeszug der AfD im Osten verhindert werden. Hierbei ist die SPD, bei allen Abstrichen, die einzige  
256 demokratische Kraft, die dazu in der Lage ist. Hierzu müssen wir uns strukturell und inhaltlich am Prozess  
257 der SPD beteiligen und im Rahmen der Jugendkampagne eigene Schwerpunkte setzen.

258 Auch in diesem Jahr visieren wir wieder eine Juso-Spitzenkandidatur an, die bspw. auf unserer Juso-  
259 Landeskonferenz nominiert werden könnte. "Jusos in die Parlamente" bleibt unser Ziel.

260 Landratswahlen 2025

261 In 2025 finden in MV vier Landratswahlen statt. In Ludwigslust-Parchim, in der Mecklenburgischen  
262 Seenplatte, in Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen wird es darum gehen, einen Landrat der  
263 AfD zu verhindern.

264 Gerade bei diesen Wahlen, die nicht so große mediale Aufmerksamkeit genießen wie bspw.  
265 Landtagswahlen, wird die Demokratie erst recht verteidigt. Wie Einzelwahlen in Thüringen und Sachsen  
266 bereits gezeigt haben, ist das Szenario eines AfD-Landrates, gerade bei einer niedrigen Wahlbeteiligung,  
267 real. Dies kann dramatische Folgen für die lokalen Träger\*innen der Zivilgesellschaft und das Leben der  
268 Menschen in diesen Landkreisen haben.

269 Dabei muss es aber zuvorderst darum gehen, SPD Kandidat\*innen und insbesondere unseren amtierenden  
270 Landrat, Stefan Sternberg in Lup, zu unterstützen. Denn die aktuellen Entwicklungen in den Kreistagen in  
271 MV zeigt, dass hier eine Nähe und Kooperation zwischen der CDU und der AfD entstanden ist, weshalb die  
272 Menschen nicht vor die Wahl zwischen CDU und AfD gestellt werden dürfen. Die CDU ist an dieser Stelle  
273 kein zuverlässiger Partner. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Linken und Grünen sollte hier gesucht  
274 werden.

275 Wir wollen die Kreisverbände Lup, MSE, VG und VR bei ihren Wahlkämpfen nach ihren Bedürfnissen  
276 unterstützen, insbesondere im Rahmen von Merchandise und Social-Media Wahlkampf. Aber auch vor Ort  
277 im Wahlkampf. Dafür wird der Landesvorstand zeitnah das Gespräch mit den Kreisverbänden führen, um  
278 Bedürfnisse abzufragen,

279 Allgemeine Strukturen, um Neumitglieder zu gewinnen

280 Der Zugang zu neuen Mitgliedern kann dadurch vereinfacht werden, dass offene Treffen in den  
281 Kreisverbänden, für Interessierte veranstaltet und über Social Media angekündigt werden. Das ermöglicht  
282 ein lockeres Kennenlernen. Weiterhin scheint die Strategie "Bring Your Friends" sehr sinnvoll, indem im  
283 persönlichen Umfeld (Schule, Studium, Arbeit) interessierte Personen niedrigschwellig bei Sitzungen der  
284 Jusos vorbeischauen können. Dabei haben sich auch Online-Formate als Neumitgliedertreffen bewährt.  
285 Gemeinsam organisierte Veranstaltungen, wie Landtags-/Bundestagsfahrten, Austausch - oder  
286 Gedenkstättenfahrten, die ein Stück weit geöffnet werden, können ebenfalls dazu führen, dass  
287 Interessierte die Juso-Arbeit und ihre Abgeordneten kennenlernen können. Der direkte Draht zwischen  
288 Jusos und Interessierten ist dabei entscheidend.

**289 3. Verbandsstrukturen**

290 Unsere Strukturen müssen den Bedingungen eines mitgliederarmen Flächenverbandes gerecht werden.  
291 Deswegen lauten unsere strukturellen Grundsätze: Strukturelle Effizienz,  
292 klare Aufgabenverteilung, intensives Arbeiten an bestimmten Themenschwerpunkten bei  
293 gleichzeitiger Aufrechterhaltung allgemeiner Sprachfähigkeit, insbesondere in landespolitischen  
294 Fragestellungen. Um dies zu gewährleisten, wird auch dieses Jahr bereits vor der Wahl des  
295 Landesvorstandes eine klare Struktur für die Arbeit desselbigen festgelegt. Jede\*r Stellvertreter\*in wird  
296 einen inhaltlichen Schwerpunkt übernehmen und sich im Rahmen eines Referates an einem  
297 organisatorischen Fokus beteiligen. Er\*Sie wird diese Aufgaben federführend übernehmen und  
298 koordinieren. Ihm\*Ihr werden bei Bedarf nach Kompetenzen kooptierte Mitglieder des Landesvorstandes  
299 zur Seite gestellt, um die Arbeit zu erleichtern und generative Know-How-Verluste zu verhindern.

300 Auf den Landesvorstandssitzungen wird durch die Arbeitsstruktur die Tagesordnung vorgeben.  
301 Fragestellungen politischer Natur in die einzelnen Aufgabenbereiche werden im Landesvorstand  
302 besprochen und entschieden. Der\*die Landesvorsitzende hat die Aufgaben die Zusammenarbeit der  
303 einzelnen Referate zu koordinieren, Entscheidungen über grundlegende politische Zweifelsfragen im  
304 Dialog mit den Referaten vorzubereiten und den Verband nach außen zu vertreten. Der\*die  
305 Landesvorsitzende trägt die politische Verantwortung für sämtliches Geschehen im Landesvorstand und  
306 durch den Landesvorstand.

307 In diesem Jahr werden wir die Öffentlichkeitsarbeit umstrukturieren. Es wird kein eigenes Referat zur  
308 Öffentlichkeitsarbeit geben. Das Design der Postings sowie die Inhalte werden in Redaktionsgruppen im  
309 Social Media Team erstellt, mit den inhaltlichen Referaten rückgekoppelt. Die Verantwortung für die  
310 schlussendlich geposteten Inhalte trägt der Landesvorsitz.

311 Das Referat für Antifaschismus und Mobilisierung wird wieder eingeführt, um unserem antifaschistischen  
312 Kampf wieder mehr Geltung zukommen zu lassen.

313 Wir werden die Gliederungsbetreuung im Wesentlichen beibehalten. Unser Ziel ist es, dass jeder  
314 Kreisverband im besten Falle mind. eine\*n konkrete\*n Ansprechpartner\*in bekommt, mindestens aber  
315 jede Region (West, Mitte, Ost) zwei.

316 Um eine bessere und transparentere Kommunikation innerhalb des Verbandes zu  
317 erreichen, wollen wir am bereits etablierten Format des Newsletters, der in regelmäßigen Abständen  
318 aus den verschiedenen Arbeitsbereichen berichtet, festhalten. Ergänzend dazu sollen allerdings weitere  
319 Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden. So wollen wir direkte Kommunikation vom  
320 Landesvorstand an die Mitglieder durch unseren Telegramkanal als Kommunikationstool /  
321 Informationskanal erhalten.

322 Der Landesvorstand wird zudem seine Kommunikation in Zukunft Priorität auf barriererarme  
323 Kommunikation legen und daher die Kommunikation auf WhatsApp umstellen.

324 Am Prinzip der Mitgliederumfrage wollen wir festhalten, um eine regelmäßige Evaluationsmöglichkeit zu  
325 schaffen. Die Referatsverteilung geschieht intern.

326 Mitgliedergewinnung und –betreuung

327 Das wichtigste Ziel für einen politischen Jugend- und Richtungsverband, wie es die Jusos sind, ist es, neue  
328 Mitglieder zu werben. Ohne weitere Neueintritte droht unser Verband in Zukunft zu überaltern und  
329 strukturell ausgehöhlt zu werden. Unser Konzept der Neumitgliedergewinnung ist einfach, aber  
330 herausfordernd und lautet:

331 „Die beste Werbung für einen Verband ist eine erfolgreiche und gut funktionierende Verbandsarbeit!“ Es  
332 sind unsere politischen Erfolge und das Klima, das wir nach Außen spiegeln, die über die Frage  
333 entscheiden, ob es für junge Menschen attraktiv ist, sich unserer Bewegung anzuschließen. Deswegen  
334 müssen wir bei allem, was wir innerhalb unseres Verbandes tun, darüber nachdenken, wie dies von  
335 Jugendlichen außerhalb von Partei und Verband wahrgenommen wird.

336 Hierbei gilt es weiter festzustellen, dass der Landesverband nur begrenzt auf den direkten Kontakt von  
337 Jusos zu jungen Menschen und jungen Menschen zu Jusos Einfluss hat. Es sind die Kreisverbände, die den  
338 direkten Kontakt zu potentiellen Neumitgliedern pflegen und auch pflegen müssen. Dabei wird der  
339 Landesvorstand den Kreisverbänden unterstützend zur Seite stehen.

340 Der Landesverband hat die Aufgabe, die Kreisverbände hierfür in die Lage zu versetzen und durch eigene  
341 Tätigkeiten unterstützend zu wirken. Den frischen Wind, den die Neumitglieder mit in unsere Reihen  
342 tragen, wollen wir nutzen und diese, wenn möglich, schnell  
343 in unsere bereits bestehenden Strukturen mit einbinden. Um das zu bewerkstelligen, brauchen wir  
344 flache Hierarchien und kurze Wege, wir müssen die Feedbackkultur in unserem Verband evaluieren und  
345 möglicherweise anpassen. Konstruktive Kritik muss geäußert werden können, um eine Erneuerung  
346 innerhalb der Jusos und der SPD vorantreiben zu können. Es muss eine Möglichkeit geschaffen werden,  
347 Kritik, wenn gewünscht, auch anonym anbringen zu können.

348 Den neu aufgelegten Neumitgliederbrief samt digitalem Neumitgliederhandbuch und Begrüßungspaket  
349 wollen wir als erfolgreiches Mittel alle zwei Monate einsetzen. Zudem wollen wir durch eine im Zuge der  
350 Neumitgliederkampagne entwickelte Kommunikationsstrategie unsere Neumitgliedergewinnung  
351 optimieren.

352 Dazu soll sich auf folgende Angebote konzentriert werden:

353 Durch vermehrte Angebote zur internen Weiterbildungen, wollen wir u.a. präsenter in den Sozialen  
354 Netzwerken und vor Ort sein. Diese Angebote sollen in den sogenannten "Funki-Seminaren", die wir  
355 bereits die letzten Jahre durchgeführt haben konzentriert und durch weitere Angebote (Handreichungen  
356 etc.) ergänzt werden.

357 Neumitglieder sollten frühzeitig in Projektgruppen einbezogen werden. Dies ermöglicht ihnen, praktische  
358 Erfahrungen bei der inhaltlichen Arbeit zu sammeln und ihre Fähigkeiten einzubringen. Durch aktive  
359 Teilnahme können sie auch schnell Verantwortung übernehmen und einen Beitrag leisten.

360 Zudem wollen wir zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und von den  
361 Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können umsetzen. Dies beinhaltet, z.B. die Möglichkeit  
362 von gemeinsamen Aktionen (Infostände, gemeinsame Socialising Aktionen usw.) in MV verteilt zu  
363 organisieren, um die Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.

364 Empowerment und Feminismus

365 Feminismus ist für einer unserer Grundwerte und somit einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Aus  
366 unserem Selbstverständnis geht hervor, dass Feminismus intersektional sein muss, um auch die  
367 Realitäten mehrfach diskriminierter Menschen abzubilden und ihnen den nötigen Raum zu geben. Damit  
368 einher geht eine konsequente Null-Toleranz-Haltung gegenüber jeglicher Form von diskriminierendem  
369 Verhalten.

370 Wir werden die Materialien, Seminare und Inhalte prüfen, um in allen Themenbereichen eine  
371 feministische Perspektive zu schaffen. Die Verantwortung liegt dabei bei allen Mitgliedern des  
372 Landesvorstandes, wobei die\*der Feminismus Beauftragte\*r eine Expert\*innenrolle einnimmt. Die  
373 Einbeziehung aller soll genauso im Vordergrund stehen, wie Schaffung von Schutzräumen für FINTA\*  
374 Personen. Somit soll ein barriearamer Einstieg in feministische Debatten ermöglicht werden. Dazu gehört  
375 auch, dass auf männlich dominiertes Redeverhalten aufmerksam gemacht wird und dass dieses kritisch  
376 reflektiert wird. Dies findet u.a. Raum in den Männer Plena.

377 Zur Vernetzung und Empowerment gibt es zu Beginn jeder Veranstaltung ein FINTA\* - Plenum, welches in  
378 einem geschützten Raum stattfindet. Hier soll sich in sicherer Atmosphäre ausgetauscht werden können.  
379 Die Inhalte dieser Plena sind individuell und werden nachträglich nicht nach außen getragen, da es sich  
380 hierbei um einen Safer Space handelt. Zeitgleich zum FINTA\*-Plenum findet das Männer-Plenum statt,  
381 indem sich kritisch mit Männlichkeit auseinandergesetzt werden soll. Die Gender-Plena werden vom  
382 zuständigen Awareness-Team oder der Antidiskriminierungskommission vorbereitet und durchgeführt.

383 Beschreibung:

384 FINTA\* = Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen, Agender Menschen

385 Awarenessstrukturen

386 Als Teil einer kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft müssen wir anerkennen, dass die Elemente,  
387 welche strukturelle Diskriminierung verursachen auch in unseren Verband hineinwirken. Dies muss  
388 fortlaufend reflektiert werden, sodass dagegen vorgegangen werden kann. Nur so können wir auf unseren  
389 Veranstaltungen eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Teilnehmenden wohlfühlen können.

390 Awareness-Strukturen sollen präventiv gegen Diskriminierung wirken, indem Aufklärung und  
391 Sensibilisierung dazu beitragen, dass Privilegien erkannt und nicht ausgenutzt werden. Die Awareness-  
392 Strukturen innerhalb unseres Verbandes sollen weiterhin gestärkt, regelmäßig evaluiert und ggf.  
393 ausgebaut beziehungsweise dementsprechend angepasst werden. Deswegen wird auf allen angebotenen  
394 Veranstaltungen zu Beginn ein Awarenessteam, bestehend aus mindestens einer FINTA\* - Person und  
395 einer weiteren Person bestimmt. Das Awareness-Team sollte jedoch stets der Zahl der Teilnehmenden  
396 angemessen sein. Das Awareness-Team auf der Jusos Mecklenburg-Vorpommern arbeitet nach dem vom  
397 Landesvorstand entworfenen Leitfaden. Es soll aktiv gegen diskriminierendes Verhalten vorgehen und  
398 betroffene Personen sollen vertraulich Unterstützung finden. Deswegen soll das Awareness-  
399 Team jederzeit für alle Teilnehmenden erreichbar sein, um grenzüberschreitendes und/oder  
400 diskriminierendes Verhalten, Hilferufe von Teilnehmenden oder Hinweisen darauf nachgehen zu können.  
401 Hierfür ist es vonnöten, dass es über mindestens ein Telefon des Landesvorstandes immer erreichbar ist  
402 und zu jedem Zeitpunkt der Veranstaltung mindestens ein Mitglied des Awareness-Teams nüchtern und  
403 zurechnungsfähig ist. Das Awareness-Team arbeitet grundsätzlich nach dem Recht auf Selbstbestimmung  
404 von Betroffenen. Dies bedeutet, dass die Definitionsmacht, was ein Übergriff / Diskriminierung ist, bei der  
405 Betroffenen Person liegt, da gesetzte Grenzen individuell sind und als solche respektiert werden müssen.  
406 Dies ist insbesondere wichtig, wenn es um subtile Formen von Diskriminierung, wie zum Beispiel Musik,  
407 Filme oder ein Veranstaltungsformat geht. Der Landesvorstand wird, je nach Bedarf und nach Möglichkeit,  
408 angemessene Aus- und Weiterbildungsangebote schaffen bzw. anbieten.

409 Des Weiteren wird der Landesvorstand die Möglichkeit eines anonymen "Kummerkastens" prüfen, sowie  
410 die Verfolgung eingegangener Beschwerden im Blick behalten. Darüber hinaus wird eine Anti-  
411 Diskriminierungskommission eingesetzt, welche sich aus 2 Mitgliedern des Landesvorstandes und 2  
412 Basismitgliedern, welche durch den Landesausschuss entsendet werden, zusammensetzt. Ziel dieser  
413 Kommission ist die Koordinierung und Betreuung der Awarenessarbeit, es ist jedoch kein ständiges  
414 Awareness-Team.

415 Zudem werden wir uns weiter an der BiPOC Vernetzung des Bundesverbandes beteiligen und an unseren  
416 Wochenenden unter Beteiligung der zu vernetzenden Personen einen geeigneten Raum zur Vernetzung  
417 innerhalb des Landesverbandes sorgen.

418 Auf und während unserer Veranstaltung wollen wir Räume zum Austausch und  
419 Vernetzen, aber auch zum kritischen Reflektieren anbieten und schaffen. Hierfür werden wir  
420 verschiedene anlassbezogene Möglichkeiten für Plena anbieten und deren Arbeit aktiv unterstützen.

421 Empowerment-Strukturen, wie Vernetzungen, sollen auf Kreisebene unterstützt und vom  
422 Landesvorstand, auf Landesebene, durch eigene Treffen, Workshops und Seminare gestärkt werden.

423 Landesarbeitskreise (LAKs) und Projektgruppen

424 Die Jusos M-V führen ihre programmatischen Debatten innerhalb der Landesarbeitskreise und  
425 Projektgruppen. Aufgabe dieser Institutionen ist es sich inhaltlich mit den politischen Schwerpunkten und  
426 gesellschaftlichen Diskussionen zu beschäftigen. Außerdem können sie theoretische und aktionistische  
427 Teile der Verbandsarbeit mit vorbereiten.

428 Die Landesarbeitskreise werden durch ein Team aus Sprecher\*innen geleitet und inhaltlich vor- und  
429 nachbereitet. Diese Sprecher\*innen werden von der Landeskonferenz gewählt.

430 Der Landesvorstand empfiehlt aus den Erfahrungen der letzten Jahre, das Konzept der Landesarbeitskreise  
431 zu überdenken. Wir empfehlen, die grundsätzliche Möglichkeit der LAKs zu erhalten, sollten diese aus den  
432 Reihen des Verbandes auf einer LaKo beschlossen werden. Der LaVo empfiehlt jedoch in Zukunft, die  
433 themenbezogene Arbeit in weiteren themenspezifischen Projektgruppen, die vom Landesvorstand  
434 einberufen werden, durchzuführen. Diese sind thematisch zum einen konkreter und auch flexibler. So soll  
435 es in Zukunft neben den strukturellen Projektgruppen, wie die JSAG und die Hochschulgruppen  
436 auch themenbezogene Projektgruppen geben.

437 JSAG

438 Die JSAG setzt sich aus Schüler\*innen und Auszubildenden unseres Landesverbandes zusammen. Durch  
439 die neugewählten Sprecher\*innen und Reaktivierung weiterer Auszubildenden und Schüler\*innen wird  
440 derzeit inhaltlich gearbeitet und die Probleme in Schule und Ausbildung diskutiert. Es ist uns wichtig  
441 Mitglieder aus möglichst allen Kreisverbänden bei uns zu integrieren. Für besseren qualitativen  
442 Unterricht, sowie mehr Freizeitmöglichkeiten für die individuelle Entwicklung, ist der Wechsel auf das G9-  
443 System unumgänglich. Dabei ist es wichtig individuelle Stärken zu fördern, anstatt Schwächen  
444 aufzuzeigen. Oberste Priorität hat für uns aber die Schaffung von Chancengerechtigkeit, unabhängig vom  
445 sozioökonomischen Hintergrund. Um eine politische Veränderung zu bewirken ist der Austausch mit  
446 verschiedenen Akteur\*innen von wichtiger Bedeutung. Dabei gilt es zum einen landesweit mit  
447 bildungspolitischen Akteur\*innen ins Gespräch zu kommen und zum anderen auch mit  
448 Jugendorganisationen aus dem Bereich Gewerkschaften, um prekären Bedingungen für Auszubildende  
449 entgegenzuwirken. Neben den eben genannten Forderungen setzen wir uns für eine  
450 Ausbildungsplatzgarantie und der Vergütung schulischer Ausbildungen ein.

451 Juso-Hochschulgruppen

452 Die Juso-Hochschulgruppen in Mecklenburg-Vorpommern bleiben unsere ersten Ansprechpartner\*innen  
453 in Sachen Hochschulpolitik. Wir unterstützen ihre aktuelle Struktur und setzen uns aktiv, zusammen mit  
454 der Landeskoordination, für die Gründungen neuer Hochschulgruppen an anderen Standorten ein.  
455 Hochschulen sind für uns ein Ort des demokratischen Diskurses, weshalb wir weiterhin für die  
456 Überarbeitung der Raumvergabeverordnung eintreten werden. Außerdem werden wir uns ganz im Sinne  
457 einer emanzipatorischen Bildung für eine Flexibilisierung des Studiums einsetzen, z. B. für die Abschaffung  
458 der Regelstudienzeit, den Ausbau der digitalen Lehre und der Verhinderung der 6-Tage- Woche. Dazu  
459 werden wir die Novellierung des Landeshochschulgesetzes kritisch und konstruktiv begleiten und uns in  
460 den Prozess aktiv einbringen.

461 In Sachen Demokratisierung der Hochschulen pochen wir weiter auf die Parität in allen akademischen  
462 Gremien und mehr studentische Mitsprache, die nicht nur Augenwischerei ist und sich bis in  
463 die Hochschulleitungen durchsetzt. Rechten und antidemokratischen Strukturen an den Hochschulen  
464 stehen wir konsequent entgegen und sagen: kein Platz für Identitäre, Burschenschaften und  
465 Studentenverbindungen! Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit diesen Strukturen ab, egal ob im  
466 StuRa/StuPa oder sonst wo. Über ihre Umtriebe wollen wir weiter aufklären und nicht still hinnehmen,  
467 wie sie ihren Platz in den Gremien finden. Hochschulen sind oft Orte von ungleichen Machtverhältnissen,  
468 egal ob zwischen Dozierenden und Studierenden, akademischen Mitarbeiter\*innen und Professor\*innen  
469 und weiteren Gruppen innerhalb der Hochschule. Wir wollen diese ungleichen Machtverhältnisse  
470 abbauen und auflösen. Bis dahin braucht es aber Anlaufstellen an den Universitäten für Betroffene, um  
471 sich Hilfe zu holen, wenn Machtstrukturen ausgenutzt werden.

#### 472 **4. Öffentlichkeitsarbeit**

473 Unsere Social-Media-Arbeit konzentriert sich auf die Plattformen Instagram, Tik Tok, Facebook und  
474 Twitter. Die Qualität unserer Onlineauftritte wollen wir weiter steigern und uns für mehr Kontinuität  
475 einsetzen, um gegebenenfalls die Reichweite noch stärker auszubauen.  
476 Hierfür wollen wir insbesondere in Zukunft vermehrt auf Kurzvideoformate wie Reels setzen,  
477 um mit dieser Reichweite zu erzielen. Ziel ist, dass vorausblickend, kontinuierlich und tagesaktuell Content  
478 erstellt wird. Dazu werden wir unseren Mitgliedern die Möglichkeiten bieten, sich auf diesem Gebiet  
479 weiterbilden zu können. Wir wollen barriereärmer kommunizieren und Fachbegriffe weitgehend  
480 vereinfachen. Die Social Media Arbeit wird durch unsere Referent\*in für Öffentlichkeitsarbeit  
481 abgedeckt. Das Erstellen der medialen Inhalte, also Kacheln, Bilder und Videos, sowie dazu passender  
482 Texte erfolgt durch Landesvorstandsmitglieder, je nach inhaltlichem Referat. Hierfür sollen  
483 Redaktionsgruppen im Social Media Team gebildet werden. Die Verantwortung für die schlussendlich  
484 geposteten Inhalte trägt der Landesvorsitz.

485 Der Landesvorstand verpflichtet sich, das Arbeitsprogramm und das Selbstverständnis leichter  
486 verständlich zu gestalten. Hierzu soll ein Glossar für alle Fachbegriffe angelegt werden, welches  
487 fortlaufend aktualisiert wird und in dem diese erklärt werden.

488 Außerdem soll zukünftig darauf geachtet werden, dass Texte verständlich verfasst und Fachbegriffe auf  
489 ein notwendiges Maß reduziert werden. Um die Lesbarkeit der Texte zu erhöhen, soll zudem auf  
490 Schachtelsätze möglichst verzichtet werden.

491 Die Umsetzung soll auch auf niedrigeren Ebenen erfolgen, sodass beispielsweise alle Anträge der  
492 Kreisverbände auch in einfacher Sprache verfasst werden.

## 493 **5. Politische Bildung**

494 Die politische Bildung ist die Kernaufgabe unserer Verbandsarbeit. Unser Anspruch ist es, unsere  
495 Mitglieder sowohl inhaltlich als auch in Soft Skills weiterzubilden und sie fit für die politische Arbeit im  
496 Verband, in der SPD und auch in der Lebensrealität zu machen. Dazu soll die politische Bildung enger mit  
497 dem/der Landesjugendbildungsreferent\*in abgestimmt und organisiert werden. Die Mitglieder des  
498 Landesvorstandes übernehmen zusätzlich eigenverantwortlich politische Bildungsangebote, die  
499 inhaltlich zu ihrem Referat gehören. Die methodische und didaktische Aufbereitung von Angeboten wird  
500 dabei von Expert\*innen innerhalb des Landesvorstandes begleitet.

501 Den Einladungen zu den Seminaren soll weiterhin eine inhaltliche Beschreibung und möglichst eine  
502 fertige Tagesordnung beiliegen, sodass sich die Interessierten ein besseres Bild über die Inhalte und die  
503 Abläufe des Seminars machen können. Zudem werden wir einen Seminarplan mit allen feststehenden  
504 Seminaren veröffentlichen, der regelmäßig und möglichst zeitig im Voraus aktualisiert wird, damit die  
505 Mitglieder ihre Teilnahme an den Seminarwochenenden frühzeitig planen können. Wir verpflichten uns,  
506 Einladungen (Ort und Zeit sowie eine inhaltliche Beschreibung) mindestens 6 Wochen vor Beginn als save  
507 the date zu versenden.

508 Bei der Ausgestaltung unserer Seminare werden wir weiterhin vermehrt externe Referent\*innen einladen,  
509 um ein abwechslungsreiches Programm zu gewährleisten. Gerne auch aus der breiten Mitte unseres  
510 Verbandes.

511 Zielstellung der nächsten Legislatur wird es zudem sein, die politische Bildung im Verband inhaltlich  
512 breiter aufzustellen und Neues sowie Bewährtes zusammenzubringen. So wollen wir beispielsweise unser  
513 Juso-Sommercamp wiederbeleben und uns inhaltlich auf die Bundestagswahl  
514 vorbereiten. Die jeweilige Zuständigkeit in der Vorbereitung und Durchführung liegt beim  
515 entsprechenden inhaltlichen Referat, dem organisatorischen Referat der politischen Bildung sowie  
516 der\*dem Jugendbildungsreferent\*in

517 Wir werden auf den Seminaren, wenn gewünscht, immer die Möglichkeit der Vernetzung, sowie einen  
518 Schutzraum für FINTA\* und BiPOC ermöglichen.

519 In Zukunft wollen wir zusätzlich zu den Vernetzungen vor Ort auch eine Vernetzung vor den  
520 Seminarwochenenden ermöglichen, indem Schalten aller FINTA\*, die sich zu Seminarwochenenden  
521 anmelden organisieren wollen. Dort können dann Fahrgemeinschaften abgesprochen werden und ein  
522 Austausch, bereits vor der Teilnahme, ermöglicht werden.

523 Bei der Durchführung der Seminarwochenenden werden wir die Regionen des Landes berücksichtigen und  
524 wollen weiterhin alle Regionen in MV abdecken.

525 Unsere traditionellen Seminare haben sich über die Jahre zu festen Ereignissen in den Kalendern von  
526 Genoss\*innen in Mecklenburg-Vorpommern etabliert. Diese Seminare wollen wir weiterführen, wenn  
527 nicht auch trotzdem dem aktuellen Zeitgeist anpassen und gemeinsam weiterentwickeln. Außerdem  
528 wollen wir unsere Seminare nach didaktischen und pädagogischen Gesichtspunkten planen und  
529 durchführen.

530 Folgende Veranstaltungen werden wir durchführen:

531 Karl & Rosa-Wochenende

532 Das Karl & Rosa-Wochenende markiert als traditionsreiches Seminar den Beginn des politischen Jahres  
533 bei den Jusos Mecklenburg-Vorpommern. Hier geht es um Erinnerung. Neben dem obligatorischen Besuch  
534 des Sozialist\*innenfriedhofs, dem Gedenken an alle Opfer, die von Genoss\*innen im Kampf für den  
535 Sozialismus gebracht wurden und der Auseinandersetzung mit dem Handeln und Denken besonderer  
536 Persönlichkeiten unserer Bewegung, sollen weitere Orte von zeitgeschichtlicher Bedeutung und kulturell-  
537 historischer Bedeutung besichtigt werden.

538 Lila-Faden: In diesem Zusammenhang zu betrachten sind hier, die Geschichte der feministischen  
539 Bewegung als Teil der sozialistischen Bewegung und sowie das Leben, Denken und Handeln weiblicher  
540 Persönlichkeiten der sozialistischen und feministischen Bewegungen.

541 Neumitglieder/Funkiseminar

542 Hier soll für Neumitglieder das Angebot geschaffen werden, die zentralen Bestandteile und Grundbegriffe  
543 der Jusos in MV kennenzulernen und anzuwenden:

544 Grundwerte, Organisationsstruktur, Doppelstrategie u.a.. Neben der Vermittlung von Inhalten und  
545 Kompetenzen auf den Neumitgliederseminaren soll auch das "Einander-Kennenlernen" im Fokus stehen.  
546 Weiterhin soll auch darauf eingegangen werden, wo sich die neuen Mitglieder im Verband sehen und wo  
547 sie sich gern einbringen möchten. Ziel ist es sie für die inhaltliche Jusoarbeit vorzubereiten und sie zu

548 empowern ihre Ideen und Fähigkeiten einbringen. Dabei geht dieses Seminar, wie auch die anderen im  
549 Verband über die Vermittlung von Wissen hinaus und gibt Handreichungen für wichtige Kompetenzen.

550 Zudem sollen am Rande dessen Angebote für Funkis (Funktionär\*innen) zur internen Weiterbildung  
551 geschaffen werden.

552 Lila Faden

553 Hierbei wollen wir uns auch besonders mit dem so genannten "Feminismus von rechts" und der Frage  
554 nach dem Konflikt neuer rechter Politiken zwischen Forderungen nach Frauenrechten und einem starken  
555 Antifeminismus beschäftigen

556 Sommercamp

557 Unser neu aufgesetztes Sommercamp soll in einem Fokus auf unseren antifaschistischen Kampf legen  
558 und sich mit unserer lokalen Geschichte in Prora auf Rügen auseinandersetzen. Dabei soll zugleich die  
559 Notwendigkeit von unseren aktuellen antifaschistischen und antirassistischen Engagements  
560 verdeutlicht werden.

561 Lila-Wochenende

562 Auf unserem Lila-Wochenende rund um den feministischen Kampftag wollen wir uns mit unserem  
563 feministischen Verständnis auseinandersetzen. Sozialistische Ideengeschichte wäre ohne Sozialistinnen  
564 wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, aber auch ohne Adelheid Popp und andere undenkbar. Daher  
565 wollen wir gemeinsam evaluieren was der feministische Kampf, den bereits viele andere geführt haben  
566 für uns bedeutet und wie wir weiterhin in unseren Verband hineinwirken können, um diskriminierende  
567 Strukturen aufzudecken und zu bekämpfen.

568 Rote Wochenenden

569 Die inhaltliche Ausgestaltung der roten Wochenenden werden durch die inhaltlichen Referate des  
570 Landesvorstandes abgedeckt. Die jeweiligen Projektgruppen werden in die Konzeption und Durchführung  
571 eingebunden. Wenn möglich sollen externe Referent\*innen in Themen einführen, die dann  
572 diskutiert werden und im Ergebnis zu Anträgen oder anderen  
573 verbandsbereichernden Elementen bis zur nächsten Landeskonferenz führen.

574 Lila-Faden: Jedes Thema, das sich Landesarbeitskreise geben, muss auch aus feministischer Perspektive  
575 betrachtet werden. Es ist ein Ziel der roten Wochenenden dies zu ermöglichen.

576 Dennoch soll an Roten Wochenenden auch die Möglichkeit gegeben werden, sich mit weiteren Themen,  
577 die den Landesverband aktuell bewegen, auseinanderzusetzen und sofern gewünscht ein solches  
578 Wochenende von Seiten des Landesvorstandes gemeinsam mit Kreisverbänden organisiert werden.

579 Internationales

580 Die vergangene Wahlperiode hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig internationale Themen auch  
581 für unsere Verbandsarbeit sind. Darum wollen wir durch gezielte und regelmäßige Diskussions- und  
582 Austauschformate auch den internationalen Fokus vermehrt in unsere Juso-Arbeit bringen. Nicht nur  
583 während der Wahlen zum Europäischen Parlament sollen europäische Themen bei uns im Verband  
584 thematisiert werden, sondern jederzeit. Auch gegenüber des SPD-Landesverbandes wollen wir verstärkt  
585 für unsere Positionen innerhalb der internationalen Politik eintreten und kritisch-progressiv die  
586 Außenbeziehungen der Landesregierung diskutieren. Eine feministische Betrachtung von Außenpolitik ist  
587 dabei für uns zentral. Die vergangene Ostseekonferenz soll auch in den kommenden Jahren durchgeführt  
588 werden und eine zentrale Rolle im regelmäßigen Austausch mit unseren Schwesternorganisationen aus  
589 den demokratischen Anrainerstaaten der Ostsee einnehmen. Unser Ziel ist, dass die nächste  
590 Ostseekonferenz bei unseren europäischen Nachbar\*innen im Ostseeraum stattfindet und dabei unsere  
591 Genoss\*innen organisatorisch unterstützen.

592 Dazu ist es außerdem wichtig die Zusammenarbeit mit unseren internationalen  
593 Partner\*innenorganisationen zu stärken und wiederzubeleben. Hierzu konnten bereits auf der  
594 Ostseekonferenz intensive Kontakte zu unseren polnischen Nachbar\*innen aufgebaut werden. Diese gibt  
595 es nun durch gemeinsam Aktionen und Veranstaltungen zu intensivieren.

596 Gemeinsam mit unserer Juso-Europaabgeordneten Sabrina werden wir darüber hinaus regelmäßig  
597 inhaltliche Diskussionsveranstaltungen und Workshops auf Seminarwochenenden durchführen, damit  
598 Internationalismus tatsächlich auch bei uns gelebt werden kann und nicht nur zur Europawahl  
599 entflammt.

## 600 **5.1. Seminarplan für 2024/25**

601 In der folgenden Legislatur sollen im Schnitt alle 2 Monate Veranstaltungen zur politischen Bildung  
602 stattfinden. Flankierend dazu werden Onlineangebote von Seiten des Landesvorstandes geschaffen.

603 2024

604 - Dezember: Weihnachtswochenende

## 605 **2025**

606 - Januar: Karl und Rosa Wochenende

607 - März: Fem\*powermentseminar

608 - April: Neumitglieder/Funkiseminar

609 - Mai: Rotes Wochenende mit dem Schwerpunkt Antifaschismus

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**A1 Arbeitsprogramm**

- 610 - Sommer: Ostseekonferenz
- 611 - August: Sommercamp
- 612 - Oktober: Neumitglieder/Funkiseminar

613 **A2 Umverteilung: Jetzt erst recht!**

614 Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen sowie der Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg  
615 und Sachsen in 2024 zeigt uns deutlich: Die SPD, aber auch die demokratische Linke insgesamt verliert  
616 zunehmend die Hoheit über Debatten und die nötige gesellschaftliche Verankerung. Abseits der  
617 Großstädte, vor allem im ländlichen Raum, findet eine Marginalisierung progressiver Kräfte statt, die mit  
618 einem seit 1945 beispiellosen Aufstieg rechter Kräfte einhergeht. Diese Entwicklung, die sich in  
619 Deutschland und ganz Europa stattfindet, zeigt, dass der Kampf gegen den Aufstieg des Faschismus  
620 weiterhin die größte Aufgabe unserer Zeit darstellt. Mit dem Aufstieg des Faschismus geht ein Angriff auf  
621 die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen, den Sozialstaat und die demokratische Gesellschaft einher.  
622 Aber nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts,  
623 gepaart mit dem gezielten Angriff auf Errungenschaften des Sozialstaats, Gewerkschaften und  
624 gesellschaftlicher Solidarität, stellt eine akute Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben dar.

625 Diese Verschiebung nach rechts ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer bewussten Strategie  
626 rechter Akteur\*innen, die gesellschaftlichen Probleme und Krisen wie die steigende soziale Ungleichheit,  
627 die Wohnungsnot, prekäre Arbeitsverhältnisse und die Klimakrise zu instrumentalisieren. Anstatt  
628 Lösungen zu präsentieren, schüren sie Ängste und lenken die Debatte in eine Richtung, die Ausgrenzung  
629 und Spaltung verstärkt. Besonders alarmierend ist dabei die zunehmende Normalisierung rechter  
630 Positionen auch neben dem öffentlichen Diskurs, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Was früher  
631 unvorstellbar schien, wie die Schließung der Grenzen, die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl  
632 und die Infragestellung der Würde aller Menschen wird heute immer häufiger salonfähig gemacht.

633 Eine besondere Situation stellt sich hierbei im Osten ein. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik ist die  
634 gesellschaftliche Verschiebung so deutlich zu spüren, auf allen Ebenen. Hierbei sind insbesondere die  
635 Jusos als Teil der Zivilgesellschaft wichtiger Anker und Verteidiger\*innen der Demokratie. Die  
636 Demokratiebewegung mit den einhergehenden Demonstrationen Anfang 2024 war richtig und wichtig.  
637 Eine Lehre aus diesem Jahr ist aber auch, dass die Verteidigung der Demokratie nicht bei Demonstrationen  
638 aufhört, sondern nur ein politischer Kurswechsel nachhaltig helfen kann. Hierbei ist die Erkenntnis zentral,  
639 dass die Erfahrung in den 90er Jahren, in denen eine in Europa beispiellose Deindustrialisierung und  
640 Entmachtung der Menschen im Osten ist für viele Menschen prägend war. In gesellschaftlichen  
641 Stresssituationen kommen diese „Frakturen“ hervor und verstärken sich. Diese Erfahrungen werden  
642 intergenerationell weitergegeben und sind dementsprechend auch (und teilweise sogar stärker) bei  
643 jungen Menschen zu beobachten, die ein besonderes Gefühl der Zurückweisung spüren, wie Steffen Mau  
644 in verschiedenen Publikationen eindrucksvoll nachgewiesen hat. Dies ist insbesondere darin begründet,  
645 dass die Ungerechtigkeit zwischen Ost und West, in Löhnen, Repräsentation und materieller wie  
646 gesellschaftlicher Teilhabe nach wie vor massiv ist und sogar 34 Jahre nach dem Beitritt der Länder im

647 Osten größer wird. Die Rechten schaffen es aktuell, die Unterschiede zwischen Ost und West von einer  
648 materiellen und repräsentativen Ebene auf eine kulturelle Ebene zu heben und auf die Migrationsfrage zu  
649 reduzieren. Auch hier gelingt den Rechten eine massive Verschiebung des Diskurses, der am Ende die  
650 strukturellen Herausforderungen des Ostens nicht löst, sondern die Probleme verschärft.

651 Um diese Verschiebung zu bewirken, braucht es aber gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Es zeigt sich  
652 immer deutlicher, dass die gesellschaftliche Resilienz gegen Krisen in ganz Deutschland immer mehr  
653 abnimmt. Damit einhergeht eine, besonders im Osten ausgeprägte, Transformationsmüdigkeit, die sich  
654 mit einem Mangel an demokratischer Selbstermächtigung vermischt. Als Reaktion darauf treten  
655 soziologisch erklärbare traditionell-nationalistische Verteidigungsmuster auf. Auf diese Entwicklungen  
656 braucht die demokratische Linke antworten, diese können nur materialistisch und demokratisch sein. Wir  
657 sind davon überzeugt, die Antworten der Zeit müssen demokratisch-sozialistisch sein.

658 Unsere Antwort darauf kann nur lauten: Umverteilung - Jetzt erst recht!

659 Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen und uns nicht in defensive Positionen drängen lassen.  
660 Die Debatten der Rechten zu führen, heißt Ihnen eine hegemoniale diskursbestimmende Stellung  
661 einzuräumen. Wer sich auf das Debattenfeld der Rechten bewegt, befindet sich in einem unmenschlichen  
662 Überbietungswettbewerb, der am Ende nur der extremen Rechten nutzt.

663 Stattdessen müssen wir die politische Debatte offensiv gestalten und den Fokus auf die zentralen sozialen  
664 Fragen unserer Zeit legen: die gerechte Verteilung von Reichtum, die Bekämpfung von Armut, die  
665 Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen und bezahlbaren Wohnraums, sowie den gerechten Zugang zu  
666 Bildung und Gesundheitsversorgung. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht,  
667 das nicht nur die sozialen Strukturen bedroht, sondern auch die demokratische Stabilität. Um dies zu  
668 korrigieren, brauchen wir eine mutige Umverteilungsagenda.

669 Unsere zentralen Punkte für eine Umverteilungsagenda:

- 670 **1. Abschaffung der Schuldenbremse:** Um die notwendigen Investitionen für die Infrastruktur und  
671 den Strukturwandel zu beschaffen brauchen wir finanzpolitischen Spielraum, der neue  
672 demokratische Handlungsspielräume ermöglicht. Die Frage der Verschuldung muss aus dem  
673 Grundgesetz und den Landesverfassungen und rein in die Parlamente!
- 674 **2. Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost:** Die Reichen werden immer reicher,  
675 während ein wachsender Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen lebt. Wir fordern eine  
676 konsequente Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern, um die extreme Konzentration  
677 von Reichtum in den Händen weniger zu brechen. Eine grundlegende Reform des Steuersystems  
678 und insbesondere eine gerechte Erbschaftsbesteuerung mit Umverteilungseffekten, wie über das  
679 Grunderbe, ist dafür unerlässlich. Umverteilung unter diesem Aspekt bedeutet auch immer

680 Umverteilung von West nach Ost. Hierbei muss auch die Verteilung gesellschaftlicher Macht in  
681 Medien, Justiz und Wirtschaft eine Rolle spielen, die sich in der mangelnden Repräsentation  
682 Ostdeutscher und marginalisierter Gruppen zeigt.

683 3. **Stärkung des sozialen Demokratie:** In Zeiten von Inflation, Wohnungsnot und unsicheren  
684 Arbeitsverhältnissen müssen wir den Sozialstaat ausbauen und nicht abbauen. Es braucht  
685 massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und Gesundheitsversorgung, um allen  
686 Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

687 4. **Sichere Arbeitsbedingungen und gute Löhne:** Die Ausweitung von prekären  
688 Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Minijobs muss gestoppt werden. Wir sind solidarisch  
689 mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf um eine Stärkung der Tarifbindung. Um auch in den  
690 Bereichen, in denen es keine Tarifabdeckung gibt Lohnerhöhungen zu ermöglichen, bekräftigen  
691 wir unsere Forderung den Mindestlohn auf 15€ zu erhöhen

692 5. Transformationsmüdigkeit begegnen – Demokratische Selbstermächtigung und materielle  
693 Beteiligung sicherstellen

694 Umverteilung ist die Antwort – die SPD muss die Kraft dafür sein

695 Es ist Zeit, den rechten Kräften entschlossen entgegenzutreten und den Diskurs wieder auf die  
696 drängenden sozialen Fragen zu lenken. Statt uns auf die Verteidigung gegen rechte Angriffe zu  
697 beschränken, müssen wir die gesellschaftliche Debatte prägen und den Raum für progressive Lösungen  
698 erweitern. Umverteilung ist kein antiquiertes Konzept, sondern die Antwort auf die immer größer  
699 werdende Kluft zwischen Arm und Reich, auf soziale Unsicherheiten und auf die Krise des Neoliberalismus.

700 Mit einer klaren und mutigen Umverteilungsagenda setzen wir ein Zeichen gegen den Rechtsruck und für  
701 eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Die Zukunft gehört nicht denen, die spalten und Ängste schüren,  
702 sondern denen, die Lösungen für alle bieten. Lasst uns gemeinsam die Debatte neu ausrichten – für  
703 Umverteilung, für soziale Gerechtigkeit, für eine solidarische Zukunft

704 **B1 Das ILO-Übereinkommen 181 ratifizieren, jetzt!**

705 Die Jusos Mecklenburg Vorpommern setzen sich innerhalb des SPD Landesbezirk Mecklenburg-  
706 Vorpommern als auch auf Bundesebene dafür ein, dass das ILO-Übereinkommen 181 von der  
707 Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wird.

708 **B2 Reform der Mindestausbildungsvergütung: Echte Wertschätzung**  
709 **für echte Arbeit!**

710 Eine Ausbildung ist häufig eine Lotterie: Wie geht der Betrieb mit den Azubis um? Wie bezahlt der Betrieb  
711 die Azubis? Werden die Azubis ordentlich ausgebildet? Das alles sind Variablen, bei denen Azubis mal  
712 mehr und mal weniger Glück haben können. Immer wieder merken wir aber vor allem eins: Azubis werden  
713 als billige Arbeitskräfte benutzt, nicht richtig gefördert und dann auch noch mit wenig Respekt behandelt.  
714 Lehrjahre sind halt keine „Herrenjahre“, wird nicht selten als bloße Rechtfertigung für  
715 verantwortungsloses Verhalten von Betrieben vorgeschoben.

716 Als Jusos stellen wir uns dem entgegen- und an die Seite von Azubis!  
717 Wir fordern die Reform der Mindestausbildungsvergütung!

718 **Betriebe profitieren von Auszubildenden**

719 Alle paar Jahre wird von der BIBB eine sogenannte Kosten-Nutzen-Rechnung erstellt. Diese bereitet auf,  
720 wie viel ein Azubi dem Betrieb kostet und wie viel ein Azubi während der Ausbildungszeit für den Betrieb  
721 erwirtschaftet.

722 Aus den Zahlen des letzten Berichtes (2017/18) geht hervor, dass Azubis im Schnitt Nettokosten i.H.v  
723 6.072,00€ verursachen. Gleichwohl stellt sich hier die Frage, inwieweit die Betriebe die tatsächlichen  
724 erwirtschafteten Erträge von Auszubildenden genau erfassen und inwiefern Kosten wie bspw.  
725 Berufskleidung und Werkzeuge ausbildungsspezifisch sind.

726 Insgesamt profitieren Betriebe in Form einer Übernahme von den Auszubildenden, denn im Schnitt kostet  
727 das Anwerben von neuen Fachkräften den Betrieben 9.732,00€. Somit im Schnitt 3.660,00€ mehr als die  
728 Ausbildung.

729 Orientierung am regulären Mindestlohn

730 Azubis arbeiten in ihren Betrieben, genau wie jede\*r andere Arbeitnehmer\*in auch und häufig auch viel zu  
731 früh Systemrelevant- im Kontext des Betriebes und damit auch darüber hinaus. Im Vergleich dazu  
732 verdienen Azubis viel zu wenig Geld, wodurch eigenständiges Leben kaum darstellbar ist.

733 Daher fordern wir eine deutliche Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung.  
734 Parallel dazu soll die Ausbildungsvergütung in einen prozentualen Zusammenhang mit dem Mindestlohn  
735 gebracht werden bei Beibehaltung der Lehrjahr-Unterscheidung.

736 Anbindung der Mindestausbildungsvergütung an die Mindestlohnkommission

737 Die Mindestausbildungsvergütung würde durch ein solches System an die Mindestlohnkommission  
738 angegliedert werden. Die Mindestlohnkommission würde durch ihre Beschlüsse direkte Auswirkungen

739 auf die Mindestausbildungsvergütung haben. Des Weiteren würden sich die Mindestvergütungen mit  
740 einer Erhöhung des Mindestlohns weiter erhöhen- auch während einer laufenden Ausbildung.

741 Wir fordern dazu auf, die Mindestausbildungsvergütung folgend zu Regeln:

- 742 1. Lehrjahr: 65% vom Mindeststundenlohn
- 743 2. Lehrjahr: 70% vom Mindeststundenlohn
- 744 3. Lehrjahr: 75% vom Mindeststundenlohn
- 745 4. Lehrjahr: 80% vom Mindeststundenlohn

746 Zum Vergleich:

747 Beim derzeitigen Mindestlohn von 12,41€ würde man im 1. Lehrjahr ungefähr 1.398,00€ Brutto  
748 verdienen. Die aktuelle Mindestausbildungsvergütung sieht 649,00€ Brutto vor.

**749 C1 Ausbau der politischen Bildung an unseren Schulen**

750 Politische Bildung hat einen enormen Wert für den Aufbau unserer Gesellschaft. Durch politische Bildung  
751 kann gewährleistet werden, dass die Schüler\*innen in Zukunft am politischen Geschehen teilhaben  
752 können, zu mündigen und aktiven Bürger\*innen ausgebildet werden und vor allem die freiheitlich-  
753 demokratischen Werte unserer Welt gelehrt bekommen. Derzeit findet politische Bildung im Rahmen des  
754 Sozialkunde- und Geschichtsunterrichts statt. Das entspricht in der Sekundarstufe 1 einem Umfang von 3  
755 Wochenstunden, wobei sich das Fach Geschichte anhand des Lehrplanes vor allem aber auf historische  
756 Aspekte konzentriert. Hinzu kommt, dass nun ab in der Jahrgangsstufe 5 und 6, der Orientierungsstufe,  
757 an Schulen in M-V, Geschichte, Sozialkunde und Geografie zu dem Fach „Weltkunde“ zusammengefasst  
758 werden, wobei viel politische Bildung verloren gehen kann. Doch auch in den höheren Klassen, ist das  
759 Fehlen ausreichender politischer Bildung ein Problem.

760 Aufgrund der viel zu geringen Anzahl an Stunden, die für politische Bildung genutzt werden können,  
761 fordern wir, dass ein eigenständiges Fach „Politische Bildung“ in den Wahlpflicht-Unterricht an den  
762 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen werden soll. Das Fach soll mit (mindestens) einer  
763 Wochenstunde von ausgebildeten Sozialkundelehrer\*innen an Realschulen oder auch  
764 Geschichtslehrer\*innen an Gymnasien (diese sind ebenfalls für politische Bildung ausgebildet in der  
765 Oberstufe des Gymnasiums) unterrichtet werden und ohne Bewertung gelehrt werden. Damit wir die  
766 Schüler\*innen nicht mit einer weiteren, zusätzlichen Unterrichtsstunde belasten, soll diese Stunde  
767 anstelle von einer Stunde des Wahlpflichtunterrichts stattfinden. Wichtig ist hier, das Augenmerk auf  
768 Themen zu legen, für die im normalen Regelunterricht keine Zeit ist. Demokratiebildung, Gleichstellung  
769 oder auch Partizipationsmöglichkeiten und Medienbildung, haben einen großen Einfluss auf die  
770 Wahlergebnisse und Umfragen, wie wir aktuell beobachten können. Den Schüler\*innen beizubringen, wie  
771 sie sich in Schülerräten und Jugendparlamenten einbringen können, sollte Bestandteil dieses Unterrichts  
772 werden. Die Schule steht dort unter Anderem in der Pflicht, den Schüler\*innen ihre Möglichkeiten  
773 aufzuzeigen und ihnen unabhängige, kritische Denkmuster zu vermitteln. Fake News zu erkennen und  
774 sich eine Nachrichtenkompetenz zu erarbeiten, sollte das Ziel des Bildungsauftrags sein, um die  
775 Mündigkeit der SchülerInnen unseres Landes zu stärken.

## 776 **C2 Bildungsgerechtigkeit wiederherstellen – Abschlüsse überprüfen!**

777 Wir fordern die Landesregierung auf, Schüler\*innen, die aufgrund von psychischen Erkrankungen  
778 und/oder körperlicher Beeinträchtigungen wie chronischen Krankheiten oder Behinderungen  
779 möglicherweise ungerecht benotet wurden, das Recht auf eine nachträgliche Überprüfung ihrer  
780 Schulabschlüsse einzuräumen. Diese Überprüfung soll auf Antrag der Betroffenen erfolgen und sowohl  
781 den gesundheitlichen Zustand zum Zeitpunkt der Benotung als auch mögliche Beeinträchtigungen vor  
782 einer Diagnose sowie die Auswirkungen von Medikation berücksichtigen. Dabei soll insbesondere  
783 untersucht werden, ob gesundheitliche Einschränkungen vor der Diagnose zu einer Verschlechterung der  
784 schulischen Leistungen geführt haben und ob die Benotung nach der Diagnose fair erfolgte. Zudem soll  
785 geprüft werden, ob durch gesundheitliche Maßnahmen wie Medikation weitere Benachteiligungen  
786 entstanden sind. Im Falle einer nachgewiesenen Benachteiligung sollen die Noten zugunsten der  
787 Schüler\*innen angepasst werden können. Zur Durchführung der Überprüfung soll ein  
788 Expert\*innengremium aus den Bereichen Pädagogik, Psychologie und Medizin eingerichtet werden, das  
789 die Fälle individuell bewertet. Darüber hinaus soll ein standardisiertes Verfahren entwickelt werden, das  
790 zukünftige Überprüfungen erleichtert und betroffenen Schüler\*innen mehr Sicherheit bietet.

791 Aktuell sind Schüler\*innen dazu verpflichtet ihren Befund schnellstmöglich einzureichen, sollte die  
792 Beeinträchtigung, unter der sie leiden jedoch schon vorher bestanden haben, so können sie an der  
793 vorherigen Benotung nichts ändern. Dieses Ungleichgewicht steht nicht im Sinne des Rechts auf Bildung  
794 gemäß Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, wonach Menschen mit Behinderungen das Recht  
795 auf Bildung ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit haben. Das deutsche  
796 Bildungssystem basiert auf dem Grundsatz der Chancengleichheit, und es ist unsere Pflicht  
797 sicherzustellen, dass alle Schülerinnen, unabhängig von ihrer gesundheitlichen Situation, die gleichen  
798 Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsabschluss haben. Die Notwendigkeit dieser Überprüfung ab  
799 2020 wird durch die Folgen der Corona-Pandemie unterstrichen.

## **C3 Lehramt - wofür brauche ich das später? – Positionen und Impulse zur aktuellen Debatte der Lehramtsbildungsreform und Verbesserung des Bildungssystems**

### **Das Lehramt muss über den Wahlkampf hinaus ernst genommen werden**

Nicht erst seit der aktuellen Stunde des Landtages vom 10. Juli 2024 wird das Lehramt und die Vorbereitung junger Menschen auf diese anspruchsvolle Berufung als Austragungsort politischer Rhetorikkämpfe von allen Parteien verstanden. Forderungen von Daniel Peters (CDU) wie „Finger weg vom Gymnasium“ oder, Aussagen von Björn Höcke (AfD), wonach das Bildungssystem von Inklusion als „Ideologieprojekt“ befreit werden müsse, betonen dabei die qualifizierende und selektive Rolle von Schulen. In der Hoffnung, sich damit die Gunst der Wähler\*innen zu sichern, wird außer Acht gelassen, dass neben Selektion und Qualifikation, Integration zentraler und gesetzlich verankerter Auftrag von Schule ist. Hier wird nicht gefragt wie Lehrkräfte darauf vorbereit und unterstützt werden können. Hierauf müssen wir Antwort geben.

Der Einsatz finanzieller Mittel zum Ausbau von Schulen und zur Gewinnung von neuem Personal ist dabei zweifellos ein wichtiger Teilaспект. Maßnahmen wie der Digitalisierungspakt, die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Grund- und Berufsschullehramt verbesserten die Ausgangsbedingungen. Weiterhin stellen der Aufbau eines Seiteneinsteiger\*innen-programms, die Etablierung neuer Studienplätze für MINT-Fächer und die angekündigte Novellierung zur Berechnung der im Lehramt geleisteten Tätigkeit mittelfristige Entlastungen des Schulwesens in Aussicht. Die Steigerung der Zahl von Referendar\*innen, die ihren Vorbereitungsdienst erfolgreich absolvieren, kann als Teilerfolg angesehen werden. Jedoch muss vor dem Hintergrund des bestehenden und sich zusehends verschlimmernden Lehrkräftemangels noch wesentlich weiter gegangen werden als bisher.

Die angestrebte breite Einbindung von Verbänden von angehenden und tätigen Lehrenden, Eltern und Schüler\*innen muss stärker als bisher ins Gewicht von Entscheidungen treten. Nur so lässt sich verhindern, dass Politik nur über Schule, statt mit ihr spricht und ein unerreichbares Tempo vorgibt. Die Schaffung neuer Kapazitäten zur Ausbildung ist z.B. eine sinnvolle Voraussetzung bei der Anstellung neuer Lehrkräfte, tritt aber hinter die Frage, was Menschen dazu motiviert, in ihrem Berufsleben später Schutzbefohlene durch die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten auf ein Leben in einer Demokratie vorzubereiten. Hinter der hohen Wechsel- und Abbruchquote von Studierenden verbirgt sich eine tiefe Verunsicherung gegenüber den bevorstehenden Arbeitsbedingungen und den dazu verlangten, teils windschiefen Qualifikationen. Hier liegen abseits von reinen Geldfragen Gestaltungsräume die Politik zusammen mit den Hochschulen und involvierten Statusgruppen gemeinsam neu aushandeln muss, die weit über eine Wahlperiode reichen.

- 833 Die Forderung nach mehr Praxisbezug in der Lehramtsausbildung muss konkretisiert werden
- 834 Häufig genannte Schlagworte wie „Praxisschock“, „Überakademisierung“ oder die Forderung nach „Entbürokratisierung“ sind bereits Jahrzehnte alte Worthülsen zur Kritik am bestehenden und sich verändernden Bildungssystem, die aber unzureichend für die Formulierung konkreter Zielstellungen sind.
- 835 Sie sind ebenso wenig messbar, um zu verorten, ob getroffene Maßnahmen zu einem Erfolg geführt
- 836 haben. Was verbirgt sich also hinter ihnen, wenn sie doch so häufig in Debatten Verwendung finden?
- 837 Zugespitzt für die Perspektive zukünftiger Lehrkräfte und Mitarbeitende an Schulen die Frage, wofür
- 838 brauche ich das später? Ebenso wie es für sie später Aufgabe sein wird, ihren Unterrichtsstoff den
- 839 Lernenden zu legitimieren, muss den Lehrenden diese Frage zugebilligt werden.
- 840
- 841
- 842 Durch Erfahrungen, Kontakte und Darstellungen aus Kunst und Kultur entstehen häufig schon während
- 843 der ersten Semester Zweifel, die an der idealistischen Motivation, Lehrkraft zu werden, nagen. Bisher wird
- 844 die Aneignung der im Berufsalltag relevanten Kompetenzen der Verwaltungstätigkeit und
- 845 gesamtheitlicher Unterrichtsgestaltung in den sog. Vorbereitungsdienst im Referendariat gelegt. Dieser
- 846 knüpft idealer Weise an ein mehrjähriges Master-äquivalentes Studium an. In diesen anderthalb Jahren
- 847 Vorbereitungsdienst soll dann der „praktische“ Teil der Ausbildung vollzogen werden. Darunter fallen u.A.
- 848 die Erstellung und Umsetzung von Jahresplänen, welche erstmals zwischen Vorgaben aus dem
- 849 Rahmenplänen und dem Leistungsvermögen und Bedürfnissen der Kinder vor Ort oszillieren, das Führen
- 850 von Klassenbüchern und Partizipation an Schulgremien, Organisation von Reisen und Ausflügen, die
- 851 Arbeit mit individuellen Förderplänen, Zusammenarbeit mit Schulsozialpädagog\*innen,
- 852 Integrationshelfer\*innen, Eltern und anderen Trägern von Schule, langfristige und umsichtige
- 853 Beziehungsarbeit – im Besonderen mit Kindern in vielschichtigen Problemlagen und deren Eltern – unter
- 854 der Aneignung und Berücksichtigung aller dabei juristisch relevanten Sachlagen. Zur Frage der Intensität
- 855 von Stress in Phasen der akademischen und praktischen Ausbildung und deren Quellen zu Studien
- 856 anzuregen, um auswertbares Datenmaterial zu als Ausgangspunkt zur Verbesserung zu generieren, sollte
- 857 im Interesse sowohl der Hochschulen als auch der Politik liegen.
- 858 Zu den alltäglichen Belastungen von Lehrkräften kommt bei angehenden Lehrenden der Leistungsdruck
- 859 hinzu, nach einem langen, intensiven Studium, nun nicht in den umfangreichen Langentwürfen bei
- 860 Probestunden zu versagen und so die investierte Zeit zu verlieren. Als Begleitung stehen ihnen dabei
- 861 Mentor\*innen zur Seite, denen häufig für ihre wichtige Arbeit weniger als zwei Abminderungsstunden in
- 862 der Woche zur Verfügung stehen. Die Mentor\*innen sehen sich damit in ihrer Rolle vor identischen
- 863 Abwägungsprozessen wie die zuvor angesprochenen Schulsozialarbeiter\*innen, Integrationshelfer\*innen
- 864 oder in dem Zusammenhang ebenfalls zu erwähnenden Schulpsycholog\*innen konfrontiert. Eine
- 865 Verlängerung des Vorbereitungsdienstes, Erweiterung von Mentor\*innenstunden und Schaffung
- 866 zusätzlicher Stellen für soziale und administrative Arbeit außerhalb des Unterrichts durch die Politik

867 können hier Abhilfe schaffen, da die Problemlagen in diesem Zusammenhang klar quantitativer Natur  
868 sind. Belange der Betreuung und Unterrichtstätigkeit frühzeitig zu lehren und einüben zu lassen, ist  
869 Aufgabe der Hochschulen.

870 Zu begrüßen sind ausdrücklich die Bestrebungen einer frühzeitigen Verzahnung, die darauf bedacht sind,  
871 die akademische, obligatorische Ausbildungsphase nicht mit einer Lohn-günstigen Gelegenheit zu  
872 verwechseln, um den Lehrkräftemangel an Schulen auszugleichen. Hingegen könnte der gewünscht  
873 ausgleichende Effekt auch damit erzielt werden, würden freiwillige entgeltliche Tätigkeiten an Schulen  
874 bereits zu Zeit des Studiums als anrechenbare Prüfungszeiten im Sinne von Seminarleistungen anerkannt  
875 werden. An dieser Stelle müssen jedoch zwei Punkte im Bezug auf die bisherigen Schulpraktika  
876 angesprochen werden. Zum einen die Überfrachtung an Dokumentationen, Beobachtungs- und  
877 Reflexionsaufgaben, die angehende Lehrkräfte zu leisten haben. Noch ist dies nicht zu allen didaktischen  
878 Instituten in Mecklenburg-Vorpommern durchgedrungen. Dies meint Auflagen zur Dokumentation von  
879 praktischen Erfahrungen, die den Umfang einer Hausarbeit übersteigt. Andernfalls droht der Verlust  
880 notwendiger intellektueller Leichtigkeit und Neugier. Gleichsam werden für diesen teils beträchtlichen  
881 Korrekturaufwand didaktische Kräfte gebunden, wo sie Seminare und Anleitung geben könnten. Zum  
882 anderen limitiert die Frage der Mobilität insbesondere den ländlichen Raum. Zu erwarten, dass ein eigenes  
883 Fahrzeug bereits im Studium zur Verfügung steht, ist weder nachhaltig, noch zuträglich. Ein gut  
884 ausgebauter ÖPNV bleibt unabdingbare Vorbedingung für ein gutes Bildungssystem.

885 **Den Auftrag zur Entlastung der Lehrkräfte realisieren**

886 Um den wachsenden Mangel an Lehrkräften entgegen zu treten, wurden Maßnahmen ergriffen, um  
887 Schulen als Arbeitsplatz weiteren Berufs- und Studiengruppen zu öffnen. Diese zusätzlichen Perspektiven  
888 und Kompetenzen von Seiteneinsteiger\*innen sind eine wertvolle Ergänzung und sollten fortgesetzt  
889 werden. Beispielsweise könnte auch Meistergrade aus dem Handwerk für bestimmte Fächer wie AWT  
890 anerkannt werden. Doch gelten für die Perspektive von Seiteneinsteiger\*innen die zuvor genannten  
891 Probleme des Referendariats in zugespitzter Weise. Etwa innerhalb eines halben Jahres sollen hier durch  
892 Fortbildungen die für den Unterrichtsbetrieb notwendigen Qualifikationen erworben werden. Für  
893 Seiteneinsteiger\*innen wie für bereits aktive Lehrkräfte bleiben leider zu häufig ernüchternde Momente  
894 in Fortbildungen des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (IQMV) und anderer  
895 Organisationen. Zu häufig bleibt auch dieser Stelle bei obligatorischen Fortbildungen die Frage, wozu  
896 brauche ich das später unbeantwortet. Zumindest für den Teil staatlich geförderter Fortbildungen, sollten  
897 die Erfahrungen der Lehrkräfte im Bezug auf Anwendbarkeit und Erfolg im Unterricht im Nachgang eines  
898 Schuljahres erfragt werden und einen Ausgangspunkt für das weitere Fortbildungsangebot bieten.

899 Das Angebot weißt nach wie vor kaum Fortbildungsreihen auf, die in die inhaltliche Tiefe gehen können.  
900 Zwar werden abseits von fachspezifischen Fortbildungen aktuelle Themen und Problemlagen  
901 aufgegriffen, zumeist lediglich ein Vokabular zur Identifizierung oder Analyse von Problemlagen  
902 bereitgestellt. Die konkrete Handlungsorientierung im Lehralltag bleibt jedoch zu oft aus. Beispiele  
903 können hier sowohl in der Demokratieförderung bei politischem Extremismus, im Umgang mit  
904 Schüler\*innen in vielschichtigen Problemlagen, als auch in der Anwendung von novellierten  
905 Rahmenplänen aufgezeigt werden. Bei den Verhandlungen um die Verbesserung der Lehre darf nicht bei  
906 der akademischen Ausbildung verweilt werden, sondern muss ebenso die Fort- und Weiterbildung  
907 Berücksichtigung finden. Eine unfruchtbare Fortbildung, alleine um eine Fortbildung nachweisen zu  
908 können, ist wie einen Förderplan zu schreiben, um allein den juristischen Nachweis zu führen, einen  
909 Förderplan geschrieben zu haben. Die Kunst von Personaler\*innen eine Zeugnisnote vier zu interpretieren,  
910 resultiert häufig aus der statistischen Bredouille von Lehrkräften, nicht über die Ressourcen und  
911 Einflussmittel zu verfügen, wenn außerschulische Umstände die Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft von  
912 Schüler\*innen hemmen.

913 Keine noch so gute und benevolente Lehrkraft kann soziale oder psychologische Betreuung ersetzen. Bei  
914 Forderungen nach Maßnahmen, die mehr Lehrkräfte generieren und halten sollen, müssen besonders in  
915 der heutigen, von Krisen geprägten Zeit all jene oben angesprochen Berufsgruppen mitbedacht werden,  
916 von deren Gelingen der Schulalltag ebenso abhängt wie von den Lehrkräften. Ebenso bei der Verhütung  
917 und Bekämpfung von politischem Extremismus werden Anzeigen von Schulen zu wenig ernst genommen.  
918 Eine Herausforderung vieler Schulen, die sich mit Rechtsextremismus konfrontiert sehen, stellt nach wie  
919 vor der Umgang mit verfassungsfeindlichen Bekundungen dar. Hierunter fällt das Tragen und Zeigen  
920 indizierter Symbole und Parolen. Bisher besteht in den Hausordnungen die einzig mühselige Hoffnung,  
921 einen Schutzraum vor politischer Vereinnahmung vorzuformulieren. Deren Umsetzung scheitert jedoch  
922 oft an der unzureichenden Sanktionsmöglichkeit. Hinzu kommt die immer komplexer werdende Tarnung  
923 und Kodierung, um bestehende Verbote zu umgehen. Lehrkräfte sollen hier einen umsichtigen Blick  
924 einnehmen, der von rechter Propaganda indoktrinierte Kinder und Jugendliche auffängt, zur Reflexion  
925 anregt und verfassungsfeindlichen Verstöße einen Riegel vorschiebt. Oft fehlen dazu die Mittel.  
926 Gewinnbringend erscheint hier gezielt mit Ausstiegsprogrammen und Aufklärung durch den Kontakt mit  
927 Menschen anzuregen, die sich aus ihrem rechten Gedankengut emanzipieren können. Statt abstrakter  
928 Demokratietheorie – die auch ihren unersetzbaren Wert besitzt – könnte eine ehemals betroffene Person  
929 viel nahbarer zur Reflexion und zum Umdenken als Lehrkräfte, die auf ihre Verfassungstreue einen Schwur  
930 zu leisten haben. Zu oft werden Lehrkräfte mit teils schon zur Normalität gewordenen antidemokratischer  
931 Sentenz alleine gelassen.

932 Daher sollten zusammengefasst folgende Punkte in der fortlaufenden Debatte Beachtung finden:

- 933 1. Das Neutralitätsgebot ist keine Entbindung von der Erziehung zu freiheitlichen Werten.
- 934 Lehrkräfte brauchen bei ihrem Bildungsauftrag die Rückendeckung der Politik.
- 935 2. Nicht die Schaffung neuer Kapazitäten zu Ausbildung alleine schafft und hält neue Lehrkräfte.
- 936 Mehr Sozialarbeiter\*innen, Integrationshelfer\*innen und Psycholog\*innen braucht es ebenso.
- 937 3. Mehr Abminderungsstunden für Mentor\*innen und Anrechnungsmöglichkeiten für
- 938 unterrichtliche Tätigkeiten vor und während des Studiums.
- 939 4. Das Angebot von Fortbildung muss an den Nutzen für den Unterricht gekoppelt und evaluiert
- 940 werden. Eine Nachbereitung von Fortbildungen muss Standard werden.
- 941 5. Umfängliche Studien zu Ausmaß von Stress und dessen Ursachen müssen ein Ausgangspunkt
- 942 zur zukünftigen Gestaltung von Bildung werden.
- 943 6. Eine akademische Ausbildung hat das oben beschriebene pädagogische und didaktische
- 944 Handwerkszeug zu vermitteln, das in der praktischen Phase der Ausbildung zur Erprobung
- 945 kommen soll.
- 946 7. Die Aussicht, junge Menschen sinnerfüllt auf ihrem Weg zu begleiten, motiviert Lehrkräfte, nicht
- 947 die Erfüllung administrativer Tätigkeiten.

948 **D1 Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche**  
949 **- Kommunen in die Pflicht nehmen**

950 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern setzen sich seit jeher für die politische Mitbestimmung von Kindern  
951 und Jugendlichen ein. Kinder- und Jugendgremien sind dafür eine wichtige Grundlage. Sie schaffen  
952 Räume, in denen junge Menschen nicht nur über aktuelle Themen diskutieren, sondern auch aktiv an  
953 kommunalen Entscheidungen mitwirken können. Darüber hinaus leisten diese Gremien einen wichtigen  
954 Beitrag zur politischen Bildung von Jugendlichen, indem sie die Möglichkeit geben, demokratische  
955 Prozesse hautnah zu erleben.

956 Durch das neue „Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz“ wurde eine Grundlage für die Mitbestimmung  
957 von Kindern und Jugendlichen an den ihnen betreffenden Themen geschaffen. Leider beschreibt das  
958 Gesetz nur Möglichkeiten im Bezug auf Einbindung von Gremien in die Entscheidungen. Kommunen sind  
959 nicht verpflichtet, bestehende Kinder- und Jugendgremien in die Entscheidungen einzubinden und ihnen  
960 ausreichend Raum zu geben, ihre Meinung zu Themen zu äußern.

961 Für die Jusos MV geht dieses Gesetz nicht weit genug. Kinder- und Jugendgremien dürfen nicht an  
962 kommunalen Verwaltungen und deren bürokratischen Hürden scheitern. Ihnen muss der Weg zur  
963 Mitbestimmung so gut wie möglich geebnet werden. Zudem sollen Kommunen Kinder- und  
964 Jugendgremien in der Entstehung unterstützen, da dieser Prozess oft kompliziert und aufwändig sein  
965 kann.

966 In vielen Kommunen gibt es bereits Ausschüsse, die sich um Belange der Jugend kümmern. Es ist daher  
967 nur folgerichtig, Kinder- und Jugendparlamente in diese Ausschüsse aktiv einzubinden.

968 Die Jusos MV fordern deshalb:

- 969 1. Kommunen sollen verpflichtet werden, Kinder- und Jugendgremien bei Entscheidungen, die  
970 Kinder und Jugendliche betreffen, einzubinden und frühzeitig zu beteiligen.
- 971 2. Auf Landesebene soll ein Konzept erarbeitet werden, wie Jugendbeteiligung in Kommunen  
972 aussehen sollte. Dabei soll es Modelle für Städte und den ländlichen Raum geben, welche die  
973 verschiedenen strukturellen Herausforderungen angehen.
- 974 3. Die Kinder- und Jugendbeteiligung darf in den Haushalten keine unterrepräsentierte Rolle spielen  
975 und soll zum Kriterium für Fördermittelvergabe durch die Landesebene werden.

976 **F1 Freund\*innenschaft mit Polen: Hoch die internationale**  
977 **Solidarität!**

978 Der Internationalismus ist für uns Jusos ein zentraler Punkt unserer politischen Arbeit. Wir begrüßen die  
979 Organisation der Ostseekonferenz, die einen ersten Schritt der Vernetzung darstellt. Dennoch sehen wir  
980 vor allem in der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Polen noch Nachholbedarf.

981 Daher wollen sich die Jusos Mecklenburg-Vorpommern für eine strukturelle und inhaltliche  
982 Zusammenarbeit mit den Genoss\*innen aus Polen einsetzen. Wir fordern den Landesvorstand dazu auf,  
983 sich dieses Ziel ebenfalls auf die Fahnen zu schreiben und den Kontakt mit den Genoss\*innen aus Polen  
984 zu suchen.

985 Dies soll zu einer Zusammenarbeit, bspw. im Rahmen gemeinsamer Veranstaltungen und der  
986 Ausarbeitung von Inhalten führen, für die sich die Verbände partnerschaftlich und über Landesgrenzen  
987 hinweg einsetzen sollen.

988 **F2 Für eine menschenrechtsbasierte EU-Politik: Keine Gewalt an  
989 den Außengrenzen – Rechtsstaatlichkeit sichern, Asylrecht  
990 wahren!**

991 Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze ist bereits jetzt überaus prekär. Berichte von illegalen  
992 Pushbacks, schlechter medizinischer Versorgung und fehlendem Zugang für humanitäre Hilfe sind bereits  
993 an der Tagesordnung. Dies ist völlig inakzeptabel. Klar ist, dass die Sicherung der Grenzgebiete eine  
994 hochkomplexe Aufgabe darstellt. Jedoch kann die Antwort darauf nicht lauten, die Menschenrechte der  
995 Schutzsuchenden zu verletzen und staatliche Gewaltanwendung gegen Geflüchtete zu rechtfertigen. Das  
996 kürzlich im polnischen Parlament beschlossene Gesetz, welches Polizist\*innen, Soldat\*innen und  
997 Grenzschützer\*innen an der Grenze zu Belarus wesentlich mehr Freiheiten bei der Anwendung von  
998 Zwangsmaßnahmen einräumen könnte, macht jedoch genau das.

999 Es ist schockierend, dass dieses Gesetz unter Umständen den Einsatz von Schusswaffen gegen Geflüchtete  
1000 zu legitimieren scheint. Dieses Vorgehen steht im Konflikt mit der Europäischen  
1001 Menschenrechtskonvention und EU-Recht. Auch hat der polnische Ombudsmann für  
1002 Menschenrechtsfragen, Marcin Wiącek, Zweifel daran geäußert, dass dieses Gesetz mit der polnischen  
1003 Verfassung vereinbar ist.

1004 Über die direkten Auswirkungen des Gesetzes an der polnisch-belarussischen Grenze hinaus könnte das  
1005 Gesetz eine gefährliche Symbolwirkung entfalten und Gewalt gegen Schutzsuchende generell  
1006 normalisieren.

1007 Der polnische Senat und der Präsident Andrzej Duda dürfen dieses Gesetz daher keinesfalls bestätigen.

1008 Darum fordern wir:

1009 1. Die Prüfung der Vereinbarkeit des polnischen Gesetzes mit EU-Recht:

1010 Die Juso-Landeskonferenz fordert, sich dafür einzusetzen, dass die EU-Kommission und der Europäische  
1011 Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) dringend prüfen, ob das kürzlich beschlossene Gesetz in Polen  
1012 mit EU-Recht und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

1013 2. Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen:

1014 Wir müssen uns auf europäischer Ebene dafür starkmachen, dass Verstöße gegen die Menschenrechte,  
1015 wie sie an der polnisch-belarussischen Grenze beobachtet werden, sanktioniert werden. Insbesondere  
1016 sollen illegale Pushbacks und der Einsatz von Gewalt gegen Geflüchtete streng geahndet werden.

1017 3. Stärkung des Grundrechts auf Asyl:

1018 Wir setzen uns dafür ein, dass das Grundrecht auf Asyl in der EU gewahrt bleibt. Dies schließt den Zugang  
1019 zu fairen Asylverfahren sowie den Schutz vor Gewalt und staatlicher Willkür ein.

1020 4. Medizinische und humanitäre Hilfe sicherstellen:

1021 Die humanitäre und medizinische Versorgung an den Außengrenzen der EU, insbesondere an der  
1022 polnisch-belarussischen Grenze, muss dringend verbessert werden. Die SPD soll sich auf europäischer  
1023 Ebene dafür einsetzen, dass humanitäre Organisationen uneingeschränkten Zugang zu den  
1024 Grenzgebieten erhalten.

1025 5. Verhinderung der Normalisierung von Gewalt gegen Geflüchtete:

1026 Wir müssen auf europäischer Ebene mit Nachdruck darauf hinwirken, dass Gesetze oder politische  
1027 Maßnahmen, die Gewalt gegen Geflüchtete normalisieren, verhindert werden. Stattdessen muss eine  
1028 europäische Flüchtlingspolitik etabliert werden, die auf Menschenrechten und humanitärer  
1029 Verantwortung basiert.

1030 6. Keine Bestätigung des polnischen Gesetzes durch den Senat und den Präsidenten:

1031 Die Juso-Landeskonferenz fordert die SPD auf, auf diplomatischem Wege klar Position gegen das  
1032 polnische Gesetz zu beziehen und an den polnischen Senat sowie Präsident Andrzej Duda zu appellieren,  
1033 dieses Gesetz nicht zu bestätigen.

1034 Diese Forderungen sind klar an die Wahrung der Menschenrechte und des internationalen Rechts im  
1035 Umgang mit Geflüchteten gerichtet.

1036 **F3 Unterstützung der Menschenrechte und demokratischen**  
1037 **Bestrebungen in Belarus**

1038 Die Juso-Landeskonferenz fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen  
1039 Gefangenen in Belarus sowie die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards durch das  
1040 Lukaschenka-Regime.

1041 Seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 setzt das Lukaschenka-Regime in Belarus  
1042 systematische Repressionen gegen demokratische Kräfte, politische Aktivist, die Zivilgesellschaft,  
1043 unabhängige Medien, Gewerkschaften und jede kritische Stimme sowie deren Unterstützer ein.

1044 Derzeit befinden sich etwa 1.350 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen. Zehntausende  
1045 Menschen wurden willkürlich inhaftiert, viele von ihnen unter menschenunwürdigen Bedingungen und  
1046 Misshandlungen.

1047 Daher fordern wir die belarussischen Behörden auf, alle politischen Gefangenen und willkürlich  
1048 Inhaftierten unverzüglich freizulassen.

1049 Die belarussischen Behörden sollen ihre internationalen Verpflichtungen zur Wahrung der  
1050 Menschenrechte von Inhaftierten einhalten, über den Verbleib und das Wohlergehen politischer  
1051 Gefangener informieren und Zugang für deren Anwälte, Familienangehörige sowie für das Internationale  
1052 Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ermöglichen.

1053 Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen die politischen Gefangenen und deren Familien  
1054 aktiv unterstützen, humanitäre Visa ausstellen, Rehabilitationsmaßnahmen anbieten sowie praktische  
1055 und finanzielle Hilfe leisten.

1056 Es muss darauf geachtet werden, dass das Lukaschenka-Regime keine internationalen Haftbefehle, wie  
1057 die von Interpol, missbraucht, um politische Gegner zu verfolgen. Insbesondere soll das EU-  
1058 Kandidatenland Serbien davon abgehalten werden, belarussische Aktivist\*innen, wie den Journalisten  
1059 Andrej Gnjot an Belarus auszuliefern.

1060 Die Solidarität mit dem belarussischen Volk, das sich nach Respekt für Menschenrechte, fundamentalen  
1061 Freiheiten und demokratischen Rechten sehnt, muss bekräftigt und weiter unterstützt werden.

## **G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

1062

## **G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

1063

1064

Was bedeutet Awareness?

1065

Awareness (engl. Bewusstsein, Aufmerksamkeit) bedeutet, sich bewusst zu machen, dass wir in einer Gesellschaft leben, welche von ungleichen Machtverhältnissen und patriarchalen Denkmustern geprägt ist. Daraus folgt, dass es Menschen gibt, die von diesen Verhältnissen profitieren, also Privilegien haben, und jene, die davon strukturell benachteiligt, also diskriminiert, werden. Ziel von Awarenessarbeit ist ein achtsameres Miteinander durch Aufklärung und Hinterfragen eigener Privilegien und Empowerment und Unterstützung für Betroffene, sowie die Schaffung von Safer Spaces, in denen sich alle, aber insbesondere von Diskriminierung betroffene Menschen wohl und vor allem sicher fühlen. Dies können wir durch Awarenessarbeit und ständiges Reflektieren eigener Verhaltens- und Denkweisen erreichen. Wichtig hierbei ist das Verständnis, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, den wir ständig evaluieren müssen, um eigene, aufgrund von Sozialisierung in einer patriarchalen Gesellschaft bestehende Denkmuster und Verhaltensweisen abzulegen. Am Ende dieses Prozesses steht die Überwindung des Patriarchats und somit eine diskrimierungsfreie Gesellschaft.

1077

1078

Was ist Diskrimierung?

1079

1080

1081

1082

1083

1084

1085

Diskrimierung können in ganz unterschiedlichen Formen auftreten und sehr subtil bis hin zu sehr offensichtlich sein. Diese Formen der Diskriminierung beinhalten Vorurteile und Stereotype und deren Reproduktion, welche in Film oder Musik, aber auch in Gesprächen vorkommen können, aber auch übergriffiges Verhalten bis hin zu körperlicher und verbaler Gewalt. Die nachfolgende Auflistung dient der beispielhaften Aufzählung von Diskriminierungsformen un deren zugrunde liegenden Merkmalen, sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ferner ist zu betonen, dass wir jede Form der Diskriminierung ablehnen und verurteilen, nicht nur die hier als Beispiele aufgezählten

1086

1087

Diskriminierung entsteht aus der negativen Bewertung von tatsächlichen oder zugeschriebenen Merkmalen einer Gruppe von Menschen.

1088

Zu diesen Merkmalen und den daraus resultierenden Diskrimierungsformen gehören:

1089

- Hautfarbe, geografische oder nationale Herkunft

1090

→ Rassismus, Antiziganismus

1091

- soziale Herkunft / wirtschaftliche Verhältnisse

1092

→ Klassismus

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

- 1093 - Geschlecht
- 1094 → Sexismus, Misogynie, Transfeindlichkeit<sup>1</sup>
- 1095 - sexuelle Orientierung
- 1096 → Queerfeindlichkeit<sup>2</sup>
- 1097 - Religion
- 1098 → Antisemitismus, Islamfeindlichkeit
- 1099 - körperliche und geistige Fähigkeiten
- 1100 → Ableism
- 1101 - körperliches Erscheinungsbild
- 1102 → Body Shaming
- 1103 - Sprache
- 1104 → Linguizismus
- 1105 Zentral ist für uns, dass das Verständnis von Diskrimierung intersektional gedacht werden muss, also  
1106 mehrere Diskriminierungsformen nebeneinander bestehen, und diese sich multiplizieren und überlagern  
1107 können, wenn eine Person von mehreren betroffen ist. Gleichzeitig kann eine Person ebenso in einer (oder  
1108 mehreren) Hinsichten privilegiert sein und dennoch in anderen Bereichen Diskriminierung erfahren.
- 1109
- 1110 Unsere Verantwortung
- 1111 In unserer Rolle als politischer Jugendverband ist die politische Bildung für uns ein zentraler Bestandteil  
1112 unserer Arbeit. Damit diese Bildungsarbeit in einem geschützten Umfeld stattfinden kann, in dem sich  
1113 alle Teilnehmenden wohl fühlen, sind Awareness Strukturen von essenzieller Bedeutung.

---

<sup>1</sup>Hier wird bewusst der Begriff Transfeindlichkeit und nicht Transphobie genutzt. Phobien sind diagnostizierbare, mit Angst verbundene psychische Störungen. Dies trifft jedoch auf Transphobie nicht zu.

<sup>2</sup>Hier wird bewusst der Begriff Queerfeindlichkeit und nicht Homophobie genutzt. Phobien sind diagnostizierbare, mit Angst verbundene psychische Störungen. Dies trifft jedoch auf Homophobie nicht zu. Außerdem beinhaltet Queerfeindlichkeit Diskriminierungen gegen sämtliche queere Orientierungen und Identitäten.

1114 Aus unseren Grundwerten und unserem Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband ergibt  
1115 sich eine ganz klare Null-Toleranz-Haltung gegenüber jeglicher Form von Gewalt, Übergriffigkeit und  
1116 Diskriminierung. **Jegliche Formen der Diskriminierung sind mit unserem Grundverständnis von**  
1117 **Gesellschaft und Miteinander absolut nicht vereinbar.** Als Teil einer kapitalistischen und patriarchalen  
1118 Gesellschaft müssen jedoch auch wir anerkennen, dass diese Elemente, welche strukturelle  
1119 Diskriminierung verursachen, auch in unseren Verband hineinwirken. Diesen Umstand müssen wir  
1120 fortwährend reflektieren und aus diesen Erkenntnissen lernen, sodass wir auf unseren Veranstaltungen  
1121 eine Atmosphäre schaffen können, in der sich alle sicher fühlen.

1122 Awareness Strukturen sollen präventiv gegen die Diskriminierung strukturell benachteiligter Personen  
1123 wirken, indem sie durch Aufklärung und Sensibilisierung dazu beitragen, dass Privilegien reflektiert und  
1124 erkannt werden. Dies soll verhindern, dass diese Privilegien, bewusst oder unbewusst, ausgenutzt werden,  
1125 um andere Personen zu übervorteilen.

1126 Sollte es dennoch zu Diskriminierung, Übergriffen oder Gewalt kommen, sollen bestehende Awareness  
1127 Strukturen Unterstützung anbieten und klare Grenzen denjenigen gegenüber setzen, welche diese  
1128 Grundwerte verletzt und diskriminierend, übergriffig oder gewaltausübend gehandelt haben.

1129 Hierbei gilt grundsätzlich das Recht auf Selbstbestimmung, was bedeutet, dass die Definitionsmacht  
1130 darüber, was ein Übergriff / Diskriminierung ist, stets bei der betroffenen Person liegt. Gesetzte Grenzen  
1131 sind individuell und müssen als solche ausnahmslos respektiert werden. Selbst, wenn diese  
1132 Wahrnehmung nicht von allen gleichermaßen geteilt wird, ist jene der betroffenen Person für uns  
1133 ausschlaggebend. Dies ist zwingend erforderlich, um individuellen Gewalterfahrungen gerecht zu werden.

1134 Dies ist insbesondere Bedeutung, wenn die Diskriminierung subtilere Formen hat, beispielsweise durch  
1135 einen Film, Musik oder ein Veranstaltungsformat. Auch diese Art Diskriminierung muss unbedingt ernst  
1136 genommen und beseitigt werden. Die Awareness Strukturen sind hier dafür da, derartige Situationen  
1137 aufzulösen und dafür zu sorgen, dass sich entsprechende Situationen künftig nicht wiederholen.

1138 Da Diskriminierungs- und Gewalterfahrung oft mit Traumata einhergehen sollte bei der Konzeption von  
1139 Veranstaltungen und Formaten mit Trigger- und Inhaltswarnungen gearbeitet werden, sodass  
1140 Teilnehmende im Vorfeld wissen, welche Inhalte behandelt werden und einzelnen Veranstaltungsteilen  
1141 dann diskret fernbleiben können, wenn sie sich mit entsprechenden Themen unwohl fühlen. Besonders  
1142 wichtig ist dies auf der Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern, bei der viele inhaltliche  
1143 Anträge besprochen werden, welche zum Teil auch belastende Inhalte haben können. Hier ist die  
1144 Antidiskriminierungskommission verantwortlich, dass Antragsbuch vor der Landeskonferenz auf  
1145 empfindliche Themen zu prüfen und die entsprechenden Anträge mit den passenden Trigger- bzw.  
1146 Inhaltswarnungen zu versehen. Dies soll Delegierten die Möglichkeit geben sich im Vorfeld einen

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

1147 Überblick über die in den Anträgen behandelten ggf. belastenden Themen zu verschaffen und die  
1148 entsprechenden Antragsdebatten zu vermeiden, wenn sie nicht mit dem Thema konfrontiert werden  
1149 möchten.

1150

1151 Themen, welche einer Trigger- bzw. Inhaltswarnung bedürfen sind die expliziten Darstellungen von:

- 1152 - jegliche Form von Gewalt (sexualisierte Gewalt, Krieg, faschistische Gewalt,...)
- 1153 - psychische Gesundheit (insbesondere Depressionen und Suizid)
- 1154 - Tierleid
- 1155 - schwere Unfälle
- 1156 - andere schwere Themen (ggf. Einzelfallentscheidung anhand des jeweiligen Antragstextes und  
1157 der Begründung)

1158 Wünschenswert ist dabei, dass bereits die einreichenden Kreisverbände und AGs einen Hinweis auf  
1159 Trigger- oder Inhaltswarnungen geben. Dies fördert zum einen das Bewusstsein für das Trauma von  
1160 Betroffenen bei der schreibenden Person, und erleichtert zum anderen die Arbeit der  
1161 Antidiskriminierungskommission, welche allerdings in dem Fall als Kontrollgremium fungiert.

1162 Das Awarenesskonzept auf den Veranstaltungen der Jusos Mecklenburg-Vorpommern besteht aus  
1163 folgenden Bausteinen:

- 1164 • Awareness – Team
  - 1165 ○ koordiniert durch die Antidiskriminierungskommission und in der Zahl der Zahl der  
1166 Teilnehmenden der Veranstaltung angemessen, aber immer mindestens 3. Dieses  
1167 Awareness – Team muss quotiert und möglichst divers aufgestellt sein
- 1168 • Awareness – Telefon
  - 1169 ○ wird vom Landesvorstand zur Verfügung gestellt. Es ist darauf zu achten, dass das  
1170 Awareness – Team zu jeder Zeit der Veranstaltung (auch in der Nacht!) erreichbar ist.
- 1171 • Ruheraum
  - 1172 ○ in den sich das Awareness – Team zu Besprechungen oder mit Betroffenen zurückziehen  
1173 kann. Der Raum kann auch verantwortungsvoll von Veranstaltungsteilnehmenden  
1174 genutzt werden, die ggf. Ruhe brauchen.

1175

1176 Die Antidiskriminierungskommission

1177 Die Antidiskriminierungskommission ist ein Gremium der Jusos Mecklenburg-Vorpommern, welches die  
1178 Awarenessarbeit im Verband koordinieren und stetig verbessern soll.

1179 Sie setzt sich aus 2 Landesvorstandsmitgliedern und zwei vom Landesausschuss entsendeten Mitgliedern  
1180 zusammen. Sie ist dafür zuständig die jeweiligen Awareness-Teams auf den Veranstaltungen  
1181 zusammenzustellen und über ihre Aufgaben zu informieren. Dazu kann ein Mitglied der  
1182 Antidiskriminierungskommission auch Teil des Awareness-Teams sein.

1183 Darüber hinaus ist es Aufgabe der Antidiskriminierungskommission die Awarenessarbeit im Verband  
1184 fortlaufend zu evaluieren, den Awarenessleitfaden ggf. anzupassen. Außerdem kann sie beratend bei der  
1185 Konzeption von Veranstaltungen und Seminaren unterstützen. Außerdem ist sie verantwortlich für die  
1186 Überprüfung von Trigger-bzw. Inhaltswarnungen des Antragsbuchs der Landeskonferenz.

1187 Die Antidiskriminierungskommission stellt jedoch kein jederzeit erreichbares Awareness-Team dar.  
1188 Jedoch kann es, wenn gewünscht auch Kreisverbände bei ihrer Awarenessarbeit unterstützen.

1189

1190 Das Awareness Team

1191 Ein wichtiger Bestandteil für die Umsetzung dieses Konzeptes ist die Anwesenheit eines Awareness Teams  
1192 (im Folgenden A-Team) auf allen Veranstaltungen der Jusos Mecklenburg-Vorpommern, sowie deren, für  
1193 die Dauer der Veranstaltung, ständige Erreichbarkeit über das Awarenesstelefon.

1194 Das A-Team bietet in erster Linie Schutz und Ansprechmöglichkeit für Teilnehmende, die sich durch andere  
1195 Personen, Formate oder Inhalte diskriminiert, belästigt und bedrängt fühlt. Es kümmert sich um  
1196 betroffene Personen und kann, in Absprache, die gewaltausübende/ übergriffige/ diskriminierende  
1197 Person zum Gespräch auffordern und gemeinsam Konsequenzen beschließen.

1198 Ausnahmslos allen Meldungen, welche an das A-Team herangetragen werden, wird nachgegangen, wobei  
1199 diese vollkommen vertrauensvoll behandelt werden. Niemand außerhalb des A-Teams wird über  
1200 Meldungen oder Vorfälle in Kenntnis gesetzt, sodass eine vollkommene Diskretion gewährleistet werden  
1201 kann. Außerdem unternimmt das A-Team nichts eigenmächtig ohne vorherige Absprache mit der  
1202 betroffenen Person. Unter keinen Umständen wird gegen den Willen und/ oder ohne das Einverständnis  
1203 der betroffenen Person gehandelt.

1204 Für die bestmögliche Sensibilisierung verschiedenster Arten von Diskriminierung innerhalb des A-Teams  
1205 ist dieses so divers, wie möglich zu gestalten. Damit wollen wir unserem intersektionalen Anspruch  
1206 gerecht werden.

1207 Das A-Team wird am Anfang jeder Veranstaltung vorgestellt, sodass allen Teilnehmenden bekannt ist, wer  
1208 im Ernstfall als Ansprechperson zur Verfügung steht. Außerdem wird die, für die entsprechende  
1209 Veranstaltung gültige Nummer des Awareness Telefons nochmal bekannt gegeben. Bestenfalls erfolgt

1210 dies zusätzlich schon im Vorfeld der Veranstaltung per Mail und über unseren Info-Channel auf Telegram  
1211 bzw. in der für die Veranstaltung bestimmten Messengergruppe.

1212 Es ist zu Beginn jeder Veranstaltung ein FINTA\*-Plena in einem geschützten Raum abzuhalten. Dies dient  
1213 dazu, dass FINTA\* Personen sich bereits zu Anfang der Veranstaltung besser kennenlernen und ein  
1214 Netzwerk aufbauen können. Außerdem können diese Formate eine empowernde Wirkung auf die  
1215 Teilnehmenden haben. Diese Plena werden vom A-Team organisiert und durchgeführt. Parallel dazu  
1216 sollten sich Personen außerhalb des FINTA\* Spektrums kritisch mit toxischer Männlichkeit  
1217 auseinandersetzen und die männlichen Teilnehmenden dahingehend sensibilisieren.

1218 Das A-Team bespricht sich am Anfang jedes Tages und sensibilisiert sich für die anstehenden  
1219 Veranstaltungen und Formate. Zum Abschluss eines jeden Tages zieht das A-Team Bilanz und wertet den  
1220 Tag kurz aus. Zum Schluss einer Veranstaltung gibt es einen öffentlichen Bericht des A-Teams, in der die  
1221 Veranstaltung hinsichtlich des vorliegenden Konzeptes bewertet wird. Es kann und sollte dort benannt  
1222 werden, ob und wie oft das A-Team tätig werden musste, oder ob es anderweitige auffällige Vorkommnisse  
1223 gab, jedoch werden niemals Details zu Meldungen bekanntgegeben oder gar Namen genannt.

1224 Trotzdem gilt es auch die Grenzen des Leistbaren des A-Teams zu benennen. Das Awareness Team ist  
1225 **keine** juristische Einheit. Es dient in erster Linie als Hilfs- und Unterstützungsangebot und soll  
1226 sicherstellen, dass unsere Veranstaltungen für alle Teilnehmenden eine gewinnbringende Erfahrung sind.

1227 In konkreten Fällen von Gewalt ist die Polizei hinzuzuziehen.

1228 **Konkreter Leitfaden für Mitglieder eines Awareness-Teams**

1229 Was tun bei einem Anruf?

- 1230 • Anruf oder Ansprache des A-Teams durch eine betroffene Person
- 1231 • Koordination mit zweitem A-Team Mitglied (Vier-Augen-Prinzip)
- 1232 • Gespräch mit der\*dem Betroffenen durch die zwei Mitglieder des A-Teams
- 1233 • Gemeinsame Einschätzung nach dem Gespräch, je nach schwere des Vorfalls:
  - 1234 1. Der Vorfall wird in nächster Zeit (bspw. nächster Tag) weiter von den beteiligten A-Team  
1235 Mitgliedern behandelt. Über das Vorgehen wird, sofern das Einverständnis der betroffenen  
1236 Person vorliegt, beim täglichen Treffen berichtet.
  - 1237 2. Der Vorfall wird sofort von den beteiligten A-Team-Mitgliedern behandelt.
  - 1238 3. Nötigenfalls berät sich das A-Team mit der Veranstaltungsleitung (bspw. Landesvorstand)  
1239 und schaltet ggf. die Polizei ein, sofern dies in Einwilligung der betroffenen Person geschieht.
- 1240 • Absprache des Vorgehens mit der betroffenen Person
- 1241 • Gespräch mit der gewaltausübenden bzw. diskriminierenden Person durch zwei Mitglieder des A-  
1242 Teams, sofern dies mit Einwilligung der betroffenen Person geschehen kann
- 1243 • Gemeinsame Einschätzung nach dem Gespräch:
  - 1244 1. Konsequenz kann von beiden Mitgliedern entschieden und durchgeführt werden.
  - 1245 2. Weitere Beratungen sind notwendig. Das A-Team trifft sich und bespricht das weitere  
1246 Vorgehen.
- 1247 • Absprache der Konsequenzen mit der betroffenen Person.
- 1248 • Mitteilung der Konsequenzen an die gewaltausübende bzw. diskriminierende Person.
  - 1249 ○ Ansprache/Sensibilisierung/Entschuldigung
  - 1250 ○ Umquartierung/Ausschluss von Veranstaltungsteilen (z.B. Party)
  - 1251 ○ Ausschluss von der Veranstaltung
  - 1252 ○ Weiteres Vorgehen nach der Veranstaltung (bspw. Gespräch mit Gliederungen)
- 1253 • Evaluation des Vorgehens und zukünftiges Vorgehen beim täglichen Treffen absprechen.

1254 Wenn sich das A-Team trifft (die nachfolgenden Punkte erfolgen unter ständiger Einbeziehung der  
1255 betroffenen Person):

- 1256 • Abklärung der Situation -> Beschreibendes ohne Interpretationen (z.B. Aussage in Originaltönen,  
1257 im Idealfall aus der Dokumentation) -> Klarheit über die Gewalt gewinnen und einschätzen
- 1258 • Was ist klar – was brauchen wir jetzt?
- 1259 • Fahrplan erstellen – Prioritäten setzen – Zeitschiene definieren
- 1260 • Sprachregelung innerhalb der Organisation und nach Außen definieren (Wer spricht wann  
1261 mit wem?)

- 1262        • Informationsweitergabe abwägen  
1263        • Schutz der betroffenen Person(en)!  
1264        • Zuständigkeiten sinnvoll aufteilen  
1265        • Konfrontationsgespräch planen  
1266        • Rückmeldungen an Betroffene  
1267        • Entscheidung über eine Strafanzeige erfolgt durch die betroffene(n) Person(en) ggf. unterstützt

1268

1269 Wichtige Hinweise für die Arbeit der Awareness-Teams:

- 1270        • **Vorfälle und Aussagen schriftlich dokumentieren.**  
1271        • Gespräche wenn möglich zu zweit führen. Gespräche mit gewaltausübenden bzw.  
1272        diskriminierenden Person in jedem Fall zu zweit führen.  
1273        • Der Schutz von Betroffenen geht IMMER vor!  
1274        • Lieber eine Absprache oder einen Krisenrat zuviel als zu wenig  
1275        • Ständige Erreichbarkeit der A-Team-Mitglieder (Tag & Nacht) gewährleisten.  
1276        • Das A-Team ist kein Ermittler\*innenteam, dass eine Situation aufklären kann. Es geht um das  
1277        Schutzbedürfnis der Betroffenen und eine diskriminierungsfreie Veranstaltung  
1278        • Über ein Einschalten der Polizei entscheiden allein die Betroffenen. Das A- Team kann, sofern  
1279        erwünscht, beratend beistehen.

1280 **Gesprächsleitfaden - Betroffene**

Grundhaltung	Verhalten / Beispiel
ruhig bleiben statt Aktionismus - vor allem blinder Aktionismus	Wenn sich Dir jemand anvertraut, dann bleibe ruhig und gelassen. Die Ruhe und Gelassenheit überträgt sich, und gibt der/dem Erzählenden die Kraft, die sie/er braucht.
Umgang mit der Vertraulichkeit:	<p>Die Betroffenen starten häufig das Gespräch mit: „Kann ich transparent, klar und eindeutig sein statt. Dir einmal im Vertrauen etwas sagen und Du sagst es auf keinen Fall weiter?“</p> <p>Da wir das nicht können – wir müssen in einem solchen Fall unbedingt reagieren – werden wir das absolute Vertrauen ausschlagen, da wir uns im besten Fall mit einer zweiten Person des Awareness-Teams beraten müssen.</p> <p>Dies ist so mitzuteilen, dass die betroffene Person versteht, dass es dabei auch um ihren Schutz geht.</p>
Zeit lassen statt überzeugen wollen	Sagt, dass Ihr das verstehen könnt und versichert, dass es Euch ähnlich oder genau so geht.
in Entscheidungen mit einbinden und Kontrolle mit überlassen statt (erneut) ohnmächtig zu überfahren	So hat die*der sich Dir Anvertrauende die Möglichkeit, abzuwägen und eine wirkliche eigene Entscheidung zu treffen. Vielleicht kommt es zunächst zu einem Abbruch. Doch du bist ja anscheinend die Person ihres/seines Vertrauens. Also wird der Mensch dich wieder aufsuchen.
	Sowohl im Gespräch als auch im Kontakt im Anschluss ist es wichtig, den Menschen in das weitere Geschehen offen und transparent mit einzubinden. Das wirst du dann aber sicherlich mit anderen zusammen besprechen und planen können.

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

alles anerkennen, auch die Gefühle	Das machst du am besten, wenn du aktiv zuhörst – d.h. dass Du der*dem Erzählenden aufmerksam und emphatisch mit deiner Körpersprache folgst und Blickkontakt hältst.  Gern kannst du das Gehörte kurz zusammenfassen – das hilft dir, da du dir das Gehörte dann besser merken kannst und die*der Erzählende sich dann durch Dich verstanden fühlt, kann vielleicht noch einmal ordnen und u.U. sogar verbessern, wenn etwas missverständlich angekommen ist.
mehr zuhören, kaum Fragen stellen	Lass dem Menschen Zeit zum Erzählen. Hör einfach zu! Lass Pausen zu – fasse höchstens einmal das Gehörte zusammen. Vertrau darauf, dass der Mensch das erzählt, was sie*er für wichtig und wesentlich hält. Deine Fragen werden dabei nur ablenken!
Entscheidungen aufschieben statt Aktionismus - vor allem blinder Aktionismus	Denke und bespreche den nächsten Schritt – nur den nächsten! Sage, dass du dich nun im A-Team besprechen wirst. Dann wirst du mit ihr* ihm wieder Kontakt aufnehmen.  Auf Fragen nach Entscheidungen antworte mit:  „Das weiß ich jetzt noch nicht. Wenn ich das weiß, dann werde ich das aber mit dir besprechen.“
sich mit anderen beraten, statt alleine bzw. „im Kleinen“ zu handeln	Über das Gespräch mit einem weiteren Mitglied des A-Teams austauschen und weiteres Vorgehen innerhalb der A-Team-Struktur planen.
Der*Dem Betroffenen stets die Handlungsmacht und Entscheidung überlassen	„Wie wünscht du dir, dass wir mit der Situation umgehen? Was für eine Reaktion/Welche Konsequenzen sind in der jetzigen Situation die Besten für dich?“ Der*Die Betroffene weiß am besten, was sie für ihr Sicherheit gerade benötigt. Möchte sie mit der gewaltausübenden Person nicht mehr in einem Raum/auf der Veranstaltung bleiben?

- 1281 Das Ziel bei Gesprächen mit Betroffenen sollte stets sein, den Menschen Mut zu machen, sich dir anzuvertrauen!

**1283 Gesprächsleitfaden - gewaltausübende bzw. diskriminierende Person**

1284 Das Ziel des Gespräches ist eine Stellungnahme und keine Diskussion! Während des Gesprächs behaltet  
 1285 die Aussagen der\*des Betroffenen immer im Hinterkopf.

Grundhaltung	Beispiel
Führt das Gespräch mit zwei Personen aus dem A-Team. Gebt dem Gespräch eine klare Struktur. Setzt eine klare Zeit (z.B. eine Stunde).	„Wir haben jetzt ein schwieriges Gespräch vor uns und wir müssen damit, so schwer es uns fällt, professionell umgehen. Wir nehmen uns ca. 1 Stunde Zeit. Sollten wir früher fertig sein, ist das OK. Ich übernehme die Gesprächsführung.“
Keine Anschuldigungen – stattdessen Fehlverhalten konkret benennen.	„Uns wurde zugetragen, dass sich zwischen dir und jemand anderen (Namen unter Umständen verschweigen) folgendes zugetragen hat: ..... ! Klar ist für uns alle, dass ein solches Verhalten nicht geduldet werden kann.“
alles anerkennen, auch die Gefühle, statt sich angegriffen fühlen	„Uns ist klar, dass das für dich jetzt besonders schwierig ist und du jetzt ... (z.B. ärgerlich, überrascht, hilflos, sprachlos, sauer, traurig etc.) bist. Dennoch müssen wir schauen, wie wir gemeinsam die Situation professionell bewerkstelligen.“
Trennt Verhalten & Person! Den Menschen wertschätzen – das Verhalten verurteilen! (alle Facetten des Menschen beleuchten / die gewaltausübende bzw. diskriminierende gesagt wurde) Ist aber für die Situation, die wir jetzt haben, Person differenziert betrachten statt unerheblich. Pauschalisieren & Diabolisieren	Gerade wenn die guten Zeiten gelobt werden, die freundschaftliche Beziehung betont wird, die Leistungen hervorgehoben werden: „Das stimmt. (Wiederholen bzw. Zusammenfassen, was gesagt wurde) Ist aber für die Situation, die wir jetzt haben, unerheblich.“
zuhören und klar sein statt diskutieren & nichts beurteilen bzw. bewerten im Sinne von wahr oder unwahr, von Wahrheit oder Lüge.	Nehmt alle Aussagen einfach auf. Lass Euch zu Wertungen nicht hinreißen! „Wir müssen mit dem Sachverhalt professionell umgehen.“ „Wir werden in diesem Gespräch nicht ergründen, ob was wahr oder unwahr ist. Das ist nicht unsere Aufgabe!“

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**G1 Awarenesskonzept der Jusos MV**

Nicht diskutieren oder nachbohren – stattdessen Aussageverweigerung akzeptieren, ohne zu sehr die Beziehungsebene zu bemühen.	in freundlichem Ton: „Kein Problem. Du musst dazu jetzt auch nichts sagen. Wir wollten dir hier die Möglichkeit geben, deine Sicht beizutragen.“
Regelwerk und Konsequenzen klar benennen	„Du kennst wie wir unseren Grundsatz: ‚Im Zweifel für die Betroffenen‘. Daraus resultiert klar, dass wir dich nicht mehr an den Veranstaltungen teilnehmen lassen, solange das Geschehene nicht geklärt ist (und das ist heute auf keinen Fall unsere Aufgabe). Wir beurlauben dich (evtl. Verweis auf die rechtlichen Möglichkeiten).“
Ihr müsst keine Entscheidung treffen oder weitere Konsequenzen formulieren!	„Wir treffen hier heute keine Entscheidungen. Wir wollen / wollten nur hören, wie du die Situation beschreibst. Das war uns wichtig.“
Angebot Beratungseinrichtung	Flyer mit Beratungseinrichtung in der Nähe übergeben, mit der Ihr schon Kontakt aufgenommen habt.

1286

1287 Dann verabschiedet Euch freundlich (vor allem so, wie Ihr es für richtig und passend haltet) und sagt, dass  
 1288 die Person von Euch über das weitere Vorgehen informiert wird.

## **G2 Bildet Banden! – Für mehr aktive Vernetzung**

1289 Rassismus, Misogynie, Sexismus und Queerfeindlichkeit sind in unserer Gesellschaft tief und strukturell  
1290 verankert. Vielfältige Diskriminierungsformen kommen, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt in allen  
1291 politischen Millieus vor – auch bei den Jusos auf allen Ebenen.  
1292  
1293 Es ist integraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses gegen jegliche Diskriminierung vorzugehen,  
1294 eigene Privilegien anzuerkennen und Vorurteile abzubauen, damit unsere Strukturen und  
1295 Veranstaltungen für alle Menschen sichere Orte sein können.  
1296 Dass wir gegen jegliche Form der Diskriminierung sind, muss mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein,  
1297 daher müssen wir Betroffene und Angehörige marginalisierter Gruppen in unseren eigenen Kreisen  
1298 insbesondere schützen und unterstützen.  
1299 Zur aktiven Unterstützung zählt die Schaffung von Strukturen, welche der Vernetzung dienen, da diese  
1300 großes Potenzial haben, Solidarität zu fördern und zu empowern. Für eine vielfältige Politik, die die  
1301 diversen Perspektiven miteinbezieht, ist direkte Partizipation unabdingbar. Aber insbesondere  
1302 Angehörige marginalisierter Gruppen benötigen dafür ein starkes Netz aus Rückhalt, denn sie sind in  
1303 besonderem Maße Hass und Gewalt ausgesetzt. Dies potenziert sich nochmal, sobald Personen in der  
1304 politischen Öffentlichkeit auftreten und somit oft zur Zielscheibe werden.  
1305 Wir wollen daher den Juso-Landesverband MV auffordern zusätzlich zu den bereits bestehenden  
1306 Genderplena auch Queer- und BIPOC-Plena auf Veranstaltungen einzuführen, bei denen parallel analog  
1307 zum Seminar zur kritischen Auseinandersetzung mit stereotyper Männlichkeit Seminare mit den Themen  
1308 Allyship und Critical Whiteness angeboten werden.  
1309 Darüber hinaus sollen Vernetzungen auf Landesebene angestrebt werden, die ggf. auch in  
1310 Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden umgesetzt werden können.

## **G3 Feministische Stadtplanung – Für eine Stadt, die allen dient**

1311 Traditionelle Stadtplanung vernachlässigt oft die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von marginalisierten  
1312 Gruppen. Besondere Anforderungen an eine Stadt von FINTA\*, Menschen mit Behinderungen oder  
1313 Senior\*innen, wie Barrierefreiheit, ausreichende Beleuchtung oder ein bedürfnisorientierter ÖPNV werden  
1314 oft nicht, oder nur unzureichend mitgedacht, bzw. werden diese Menschen nicht in den aktiven Prozess  
1315 der Stadtentwicklung mit einbezogen.  
1316

1317 Städte und ihre Infrastrukturen sind historisch gesehen meist von Männern für Männer entworfen  
1318 worden, was zu tiefgreifenden Ungleichheiten in der Nutzung und Zugänglichkeit öffentlicher Räume  
1319 geführt hat. Diese Ungleichheiten zeigen sich in verschiedenen Aspekten des städtischen Lebens und  
1320 betreffen die Sicherheit, Mobilität, Pflegeinfrastruktur und die Teilhabe am öffentlichen Raum.  
1321

1322 So fühlen sich FINTA\* in vielen städtischen Räumen im Ergebnis häufig unsicher, da diese oft schlecht  
1323 beleuchtet, isoliert oder unübersichtlich sind. Traditionelle Stadtplanung berücksichtigt dabei oft nicht,  
1324 dass FINTA\* andere Bedürfnisse hinsichtlich Sicherheit haben. Angsträume wie dunkle Parkhäuser,  
1325 unübersichtliche Parks, Unterführungen oder schlecht beleuchtete Gehwege schränken die  
1326 Bewegungsfreiheit von FINTA\* ein und können ihre Teilnahme am öffentlichen Leben erheblich  
1327 begrenzen. Dies führt zu einer ungleichen Nutzung städtischer Räume und hindert FINTA\* daran, sich frei  
in der Stadt zu bewegen.  
1328

1329 Auch haben FINTA\* oft ein anderes Mobilitätsverhalten als Männer. Aufgrund von Care-Arbeiten wie  
1330 Kinderbetreuung, Haushalt und der Pflege von Angehörigen legen sie häufiger kombinierte Wege zurück,  
1331 die nicht nur den Arbeitsweg umfassen, sondern auch kurze Strecken zu Kindergärten, Schulen,  
1332 Supermärkten oder Arztpraxen. Das Verkehrsnetz (Straßen, sowie ÖPNV) ist in vielen Städten jedoch auf  
1333 lineare Arbeitswege ausgerichtet, wodurch FINTA\* längere und kompliziertere Wege in Kauf nehmen  
1334 müssen. Fehlende barrierefreie Zugänge und sichere Gehwege verstärken dieses Problem, insbesondere  
für Menschen mit Kinderwagen oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.  
1335

1336 Darüber hinaus ist die notwendige Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Pflegeheime oder  
1337 Gesundheitseinrichtungen in vielen Städten nicht ausreichend vorhanden oder schlecht erreichbar, bzw.  
1338 ungünstig zueinander gelegen. Das sorgt für die bereits beschriebenen komplexeren und längeren Wege,  
1339 da mehrere Stationen, welche nacheinander aufgesucht werden, oft weit auseinander liegen und die  
1340 Querverbindungen dazwischen fehlen. Muss ein solcher Weg dann zusätzlich mit dem ÖPNV bewältigt  
1341 werden, werden alltägliche Erledigungen oft zur tagesfüllenden Aufgabe, da sternartig angelegte  
1342 Liniennetze dazu führen, dass unnötig oft umgestiegen werden muss. Dies führt dazu, dass zum Beispiel  
1343 FINTA\* unverhältnismäßig viel Zeit und Energie für die Organisation ihres Alltags aufwenden müssen, was  
1344 ihre Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit oder zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschränkt. Zu  
einer feministischen Stadtplanung gehört ebenfalls, genügend funktionierende öffentliche  
56

1345 Sanitäreinrichtungen zu schaffen. Für FINTA\* Personen gestaltet es sich deutlich schwieriger, eine sanitäre  
1346 Einrichtung aufzusuchen, die auch im Notfall ausreichend Hygiene bietet. Während Männer elf Sekunden  
1347 warten, um eine öffentliche Toilette besuchen zu können, warten FINTA\* Personen im Schnitt sechs  
1348 Minuten und 19 Sekunden. Damit müssen FINTA\* Personen 34-mal so lange warten, wie  
1349 Männer. Insbesondere muss hierbei beachtet werden, dass Männer häufiger Pissiots kostenlos nutzen  
1350 können, während FINTA\* Personen für Sanitäreinrichtungen zahlen müssen. Dies stellt eine Ungleichheit  
1351 für FINTA\* Personen dar, sowie für finanziell benachteiligte Menschen und sollte dringend geändert  
1352 werden.

1353 Ferner sind öffentliche Räume wie Parks, Plätze oder Verkehrsanbindungen oft nicht so gestaltet, dass sie  
1354 die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Dies führt dazu, dass bestimmte  
1355 Gruppen wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, FINTA\* oder Migrant\*innen den Zugang zu  
1356 diesen Räumen als erschwert empfinden oder sich ausgeschlossen fühlen. Klassische Stadtplanung  
1357 fördert häufig exklusive Räume, in denen bestimmte soziale Gruppen dominieren, während andere kaum  
1358 repräsentiert sind. Eine Durchmischung ist oftmals nicht vorgesehen oder wird durch entsprechende  
1359 Maßnahmen sogar aktiv verhindert.

1360 Aber auch in Entscheidungsprozessen der Stadtplanung sind marginalisierte Gruppen oft  
1361 unterrepräsentiert, was im Ergebnis dazu führt, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse nicht in  
1362 städtebaulichen Projekten berücksichtigt werden. Die ungleiche Verteilung von Macht in  
1363 Planungsorganen verstärkt dabei die bereits bestehenden Ungleichheiten im städtischen Raum. Dies  
1364 führt zu einer Stadt, die vorwiegend auf die Bedürfnisse derer zugeschnitten ist, die am Planungstisch  
1365 vertreten sind – nämlich weiße Männer aus der Mittelschicht ohne Behinderungen.

1366 Die Vernachlässigung all dieser Aspekte führt letztlich dazu, dass Städte in ihrer Struktur und  
1367 Funktionsweise nicht inklusiv sind und sich Ungleichheiten im Alltag von marginalisierten Gruppen  
1368 verstärken. Deshalb braucht es eine feministische Stadtplanung. Diese setzt auf Grundlage eines  
1369 intersektional-feministischen Ansatzes an der beschriebenen Problematik an, indem sie eine Stadt für alle  
1370 schaffen will, in der Sicherheit, Mobilität, Pflege und Teilhabe gleichermaßen gewährleistet sind. Es geht  
1371 darum, Räume zu gestalten, die auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten eingehen und sicherstellen,  
1372 dass niemand aufgrund von Geschlecht, Alter, ökonomischen Status, Behinderung, Herkunft oder Religion  
1373 ausgeschlossen wird. Somit werden die traditionell männlich dominierten Perspektiven in der  
1374 Stadtplanung hinterfragt und die Erfahrungen und Bedürfnisse allen Gruppen aktiv einbezogen.

1375 Ein grundlegendes Konzept, was zur stadtplanerischen Anwendung kommen muss, ist das der 15-  
1376 Minuten-Stadt. Die Prämisse hierbei ist, dass alle Wege des Alltags innerhalb von 15 Minuten zu Fuß, mit  
1377 dem Fahrrad oder dem ÖPNV zurückgelegt werden können sollen. Unabdingbar für dieses Konzept ist die  
1378 Gleichverteilung entsprechender Institutionen und Infrastruktur in einer Stadt bzw. einem Quartier.

1379

1380 Das bedeutet auch, dass der Fuß-, Fahrrad und der öffentliche Personennahverkehr Vorrang vor dem  
1381 motorisierten Individualverkehr eingeräumt werden muss.

1382 Vor diesen Hintergründen gilt es insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1383 1. Sicherheit und öffentliche Räume

1384 • **Bessere Beleuchtung:** Installation von gut platzierten, hellen Laternen in Parks, auf Gehwegen,  
1385 Bushaltestellen und an dunklen Straßen, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

1386

1387 • **Klarere Sichtachsen:** Öffentliche Plätze und Wege sollten *so* gestaltet werden, dass es keine  
1388 "versteckten" Ecken gibt. Zum Beispiel können Bäume und Büsche in Parks *so* geschnitten werden,  
1389 dass die Sicht auf den gesamten Raum möglich ist.

1390

1391 • **Vielfalt der Nutzer\*innengruppen fördern:** Mehr gemischte Nutzungen von öffentlichen Räumen,  
1392 etwa Spielplätze, Fitnessgeräte, Grünflächen oder Cafés in Parks, um eine konstante Präsenz  
1393 unterschiedlicher Gruppen zu schaffen.

1394

1395 • **Notrufsäulen und Überwachung:** Installation von Notrufsystemen oder Kameras an kritischen  
1396 Punkten, wie Parkhäusern oder U-Bahn-Stationen, um bei Bedarf schnell Hilfe anzufordern.

1397 2. Mobilität und Zugang

- 1398 • **Feinmaschiges Liniennetz im ÖPNV:** Ausbau von Bus- und Bahnlinien, die auch entlegene  
1399 Stadtteile und Wohngebiete an gut genutzte Bereiche anbinden, um die Abhängigkeit vom Auto  
1400 zu reduzieren. Dazu zählt die Schaffung von mehr Knotenpunkten und Verbindungen zwischen  
1401 Hauptachsen zur Verkürzung der Fahrzeiten, sowie eine engere Taktung der Abfahrtszeiten.

1402

- 1403 • **Sichere Übergänge und Fußwege:** Breitere Gehwege, längere Ampelphasen für Fußgänger\*innen,  
1404 Zebrastreifen und gut markierte Radwege, um sicherere Fortbewegung zu fördern. Im städtischen  
1405 Bereich sollte dazu auch immer die Einrichtung von Tempo-30-Zonen geprüft werden.

1406

- 1407 • **Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen in der Nähe:** Förderung von „15-Minuten-Städten“,  
1408 in denen wichtige Einrichtungen wie Geschäfte, medizinische Versorgung und Kinderbetreuung  
1409 in kurzer Distanz erreichbar sind.

1410

- 1411 • **Barrierefreie Infrastruktur:** Absenkung von Bordsteinen, Einbau von akustischen Ampeln, sowie  
1412 Bodenindikatoren, Schaffung von Rampen, Aufzügen in Bahn-Stationen und Rolltreppen, um es  
1413 Menschen mit Kinderwagen oder Einschränkungen zu erleichtern.

1414

1415 3. Pflegeinfrastruktur

- 1416 • **Integrierte Kinderbetreuungseinrichtungen:** Kindergärten und Spielplätze in Wohnsiedlungen  
1417 oder direkt bei Arbeitsplätzen einrichten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu  
1418 erleichtern.

1419

- 1420 • **Familienfreundliche Wohngebiete:** Entwicklung von Wohnanlagen mit Gemeinschaftsräumen, in  
1421 denen gemeinschaftliche Kinderbetreuung oder Nachbarschaftshilfe organisiert werden kann,  
1422 Mehrgenerationenhäuser.

1423

- 1424 • **Schaffung von wohnortnahmen Pflegeeinrichtungen:** Nahversorgung durch Gesundheitsdienste,  
1425 Pflegeheime oder Beratungsstellen für pflegende Angehörige direkt im Wohnumfeld oder mit  
1426 guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

1427

- 1428     • **Mehrzweckgebäude für Pflege und soziale Dienste:** Einrichtungen, die mehrere Dienstleistungen  
1429         unter einem Dach vereinen, etwa Kinderbetreuung, ärztliche Versorgung und soziale Beratung.

1430

1431     4. Soziale Inklusion

- 1432     • **Bezahlbarer Wohnraum:** Sicherstellung, dass neue Wohnprojekte immer auch bezahlbaren und  
1433         barrierefreien Wohnraum umfassen, sodass Menschen aller Einkommenssituationen und  
1434         Bedürfnisse die Möglichkeit haben, eine passende Wohnung zu finden.

1435

- 1436     • **Gemeinschaftszentren:** Räume schaffen, in denen sich Menschen aus der Nachbarschaft treffen  
1437         und austauschen können, wie Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftscafés oder  
1438         Kultureinrichtungen.

1439

- 1440     • **Inklusive Gestaltung öffentlicher Räume:** Sitzbänke, schattige Plätze, Brunnen, saubere und  
1441         barrierefreie öffentliche Sanitäranlagen mit Wickelmöglichkeit und kostenlose  
1442         Trinkwasserstellen, die Menschen einladen, Zeit im öffentlichen Raum zu verbringen, egal ob  
1443         jung, alt, reich oder arm.

1444

- 1445     • **Barrierefreiheit:** Planungen, die auf Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen  
1446         Rücksicht nehmen. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass Menschen mit unterschiedlichen  
1447         Behinderungen und Bedürfnissen unterschiedliche Anforderungen an Barrierefreiheit haben.

1448

- 1449     • **Konsequente Abschaffung defensiver Architektur** und ausreichende Anlauf-, Beratungs- und  
1450         Hilfestellen für wohnungslose Menschen.

1451 5. Repräsentation

1452 • **Partizipative Planungsprozesse:** Bestmögliche Transparenz und Einbeziehung von Menschen aller  
1453 Hintergründe in Planungsprozesse, z. B. durch Bürgerforen oder Workshops.

1454

1455 • **Gender-Budgeting:** Kommunale Budgets so gestalten, dass Gelder gezielt in Projekte fließen, die  
1456 den Bedürfnissen von FINTA\* und anderen benachteiligten Gruppen zugutekommen.

1457

1458 • **Sensibilisierung in der Stadtplanung:** Schulungen und Fortbildungen für Stadtplaner\*innen, um  
1459 gendergerechte Planungskonzepte zu verstehen und anzuwenden.

1460

1461 • **Quotenregelungen in Entscheidungsorganen:** Sicherstellung, dass FINTA\* und andere  
1462 marginalisierte Gruppen in den Gremien und Ausschüssen, die über städtebauliche Projekte  
1463 entscheiden, gleichberechtigt vertreten sind, sodass möglichst viele Perspektiven berücksichtigt  
1464 werden können.

## **G4 FINTA-Personen in MINT-Berufen stärken**

1465 FINTA sind in MINT Berufen unterrepräsentiert.

1467 Genderspezifische Vorurteile bestimmen die Berufsorientierung und Arbeitswelt.

1468

1469 Daher fordert die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern den Landesvorstand der Jusos

1470 Mecklenburg-Vorpommern auf:

1471 Eine Informationsveranstaltung im Jahr 2025 zu organisieren, die insbesondere FINTA-Personen, die sich  
1472 in MINT-Berufen orientieren wollen, anspricht.

1473 Eine Arbeitsgruppe hierfür rechtzeitig zu gründen, unter Einbindung der Mitglieder der Kreisverbände.

1474 FINTA in MINT-Berufen als Speakerinnen zu gewinnen.

1475 Diese Veranstaltung kann auch online durchgeführt werden und wird in Zusammenarbeit mit den  
1476 Hochschulen sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert. Ebenfalls sollte das Thema in den  
1477 Seminarwochenenden wie z.B. beim Lila Wochenende aufgenommen werden.

## **I1 Das Land braucht mehr Justizpersonal, um alle Fälle schneller zu lösen!**

1478 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, Stellen in der Justiz attraktiver  
1479 zu machen und mehr Personen zum juristischen Staatsexamen zu bringen.

1480 Die Landesregierung möge Maßnahmen ergreifen, um die Justiz im Land attraktiver zu machen. Natürlich  
1481 ist eine höhere Besoldung ein Weg, aber es gibt auch andere Möglichkeiten. Es sollte jedoch nicht so weit  
1482 kommen, dass aufgrund der immer schlechteren Bewerberlage die Notengrenzen für die Justiz  
1483 „abgesenkt“ werden, da diese über weitreichende öffentliche Entscheidungen verfügen können.

1484 Folgende Anreize sind denkbar:

1485 1. Die EU-Kommission empfiehlt eine höhere Bezahlung für Richter\*innen\*\*\*. Dabei sollte man bedenken,  
1486 dass exzelleute Jurist:innen mit Prädikatsexamen viele Möglichkeiten haben. In der Justiz-Einstiegsstufe  
1487 R1 erhält eine Person rund 3.500 € netto, während in Großkanzleien das Doppelte oder mehr verdient  
1488 werden kann. Natürlich kann diese Differenz nicht vollständig ausgeglichen werden, aber es wäre ein  
1489 Zeichen der Anerkennung.

1490 Neben konkurrenzfähiger Bezahlung sollten zudem auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Zur  
1491 besseren Verteilung von Aufgaben und zur Vermeidung der Überlastung der Justiz sollten auch mehr  
1492 Stellen geschaffen werden, statt nur Stellen ausscheidenden Personals neu zu besetzen. Um  
1493 Arbeitsbedingungen zu verbessern und auch dahingehend konkurrenzfähig zur freien Wirtschaft zu sein  
1494 kommt ein Katalog von Maßnahmen in Frage:

- 1495 • Digitale Infrastruktur:  
1496 mit moderner Technologie und Software Arbeitsabläufe verbessern
- 1497 • gute Fortbildungsangebote beibehalten und bestehende Mentoring Programme überarbeiten  
1498 bzw. ausweiten:  
1499 Bestehende Programme für alle nutzbar machen und anhand von Feedback durch  
1500 Teilnehmer\*innen verbessern.
- 1501 • psychologische Unterstützung:  
1502 Diese sollte erleichtert und ausgeweitet werden und zum Beispiel auch Arbeitsbelastung oder  
1503 Probleme mit Kolleg\*innen erfassen und nicht nur durch weite Anfahrten erreichbar sein.
- 1504 • Arbeitszeiten und Work-Life-Balance
- 1505 • Räumlichkeiten und Arbeitsumgebung verbessern:  
1506 Dazu zählt eine angenehme Umgebung aber zum Beispiel auch das Bereitstellen von Wasser oder  
1507 anderen Annehmlichkeiten
- 1508 • Anerkennung, Wertschätzung und Kommunikation

1511        • Beteiligung von Jurist\*innen aus der Justiz an Reformprozessen

1512        2. Die Einführung von Programmen, die den Einstieg in die Justiz erleichtern. Häufig sind Richter\*innen,  
1513        Staatsanwält\*innen und sonstige Jurist\*innen in der Justiz so sehr mit ihren eigenen Fällen beschäftigt,  
1514        dass sie neuen Kollegen den Einstieg in die Justiz nicht erleichtern können. MV könnte sich hier ein Beispiel  
1515        an der Einführungsphase des Landes Schleswig-Holstein nehmen:

1516        [https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/karriere/juristen/\\_documents/richter](https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/karriere/juristen/_documents/richter)

1517        staatsanwaelte/juristen Richter Staatsanwaelte 2

1518        3. Eine deutlich verbesserte Integration der Studierenden des Studiengangs „LL.B. Good Governance“ der  
1519        Universität Rostock, um eine möglichst reibungslose und schnelle Möglichkeit zum juristischen  
1520        Staatsexamen zu schaffen. Es gibt bereits Impulse zur Integration der Universitätsmodule von Rostock  
1521        nach Greifswald seitens der beiden Universitäten, doch es muss noch wesentlich mehr Druck auf beide  
1522        ausgeübt werden, ohne dass ein Konkurrenzgedanke entsteht. Hier liegt großes Potenzial, einige  
1523        Absolvent pro Durchgang zu gewinnen und im Land zu halten.

1524        4. Die Wiedereinführung des juristischen Staatsexamens an der Universität Rostock.

1525        Die jährlichen Kosten für die Wiedereinführung des Staatsexamens belaufen sich auf 2,1 Millionen Euro  
1526        und wurden bislang wiederholt abgelehnt. Dennoch hat sich die Lage in der Justiz mit den bisherigen  
1527        Maßnahmen, wie der Werbekampagne oder den drei zusätzlichen Mitarbeiterstellen in Greifswald, nicht  
1528        verbessert. Die Verbeamtung während des Referendariats war eine gute Maßnahme, um die  
1529        Bewerberzahlen zu steigern. Es reicht jedoch nicht aus, da MV auch im Konkurrenzkampf mit den anderen  
1530        neuen Bundesländern steht. Gegen die Reaktivierung wird oft das Argument vorgebracht, dass die ersten  
1531        Volljuristen und Volljuristinnen erst in einem Jahrzehnt zur Verfügung stehen würden. Die entscheidende  
1532        Tatsache ist jedoch, dass auch dann noch viele benötigt werden und der Bedarf nicht plötzlich  
1533        verschwinden wird.

1534        Dies steht nur unter der Voraussetzung, dass die Universitäten und Hochschulen im Land Mecklenburg-  
1535        Vorpommern nicht um Mittel und Personal konkurrieren und durch die Wiedereinführung des  
1536        Studiengangs an der Universität Rostock, insbesondere für die Universität Greifswald auch kein sonstiger  
1537        Schaden entsteht. Zudem gilt es zu prüfen, wie Anreize für Studierende geschaffen werden können, ein  
1538        Studium im Land Mecklenburg- Vorpommern zu beginnen, insbesondere mit dem Hintergrund, dass das  
1539        Jurastudium an der Universität Greifswald nach wie vor NC-frei ist, um Studierende vom  
1540        Hochschulstandort MV zu überzeugen. Weiterhin sollte nicht nur die Schaffung neuer Studienplätze  
1541        mitgedacht werden, sondern auch ein nachdrückliches Einsetzen für eine verbesserte Ausbildung von  
1542        Jurist\*innen, wie es schon seit einiger Zeit von Studierenden, Professor\*innen, Mitarbeiter\*nnen und  
1543        weiteren Gruppen gefordert wird.

## I2 Für finanzielle Freiheit und soziale Teilhabe – Gegen die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete und weitere Sozialleistungen

Am 16. Mai 2024 ist eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft getreten. Diese sieht vor, dass Geflüchtete ihre Leistungen künftig über eine Bezahlkarte erhalten, anstatt in Form von Bargeld oder Überweisungen. Bayern setzt dieses System bereits um. Auch Mecklenburg-Vorpommern plant dessen Einführung. Die ersten Bezahlkarten sollen innerhalb der nächsten zwölf Wochen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verteilt werden. Doch das Konzept der Bezahlkarte birgt erhebliche Nachteile und Risiken.

1. Verfassungswidrigkeit der Bezahlkarte: Der Betrag, den Geflüchtete durch die Bezahlkarte erhalten, liegt bereits unterhalb des Bürgergeldes und somit unterhalb des gesetzlich definierten Existenzminimums. Die Einschränkungen erschweren die soziale Teilhabe der Betroffenen und verletzen das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 18. Juli 2012, das den sicherzustellenden persönlichen Bedarf und die freie Verfügbarkeit von Mindestmitteln für die soziale Teilhabe festschreibt. Überweisungen sind nicht möglich, und der Zugang zu Bargeld ist stark eingeschränkt. Viele alltägliche Bedürfnisse – wie das Bezahlen von Schulausflügen, die Mitgliedschaft in Vereinen, Fahrkarten oder Verträge für Strom und Internet – erfordern Bargeld oder ein Konto.

2. Datenschutz und Überwachung: Die Einführung der Bezahlkarte bringt erhebliche Bedenken in Bezug auf den Datenschutz mit sich. Die Transaktionen können mithilfe von Systemen wie „Paytrace“ nachverfolgt werden, wodurch Geflüchtete einer potenziellen Überwachung ausgesetzt sind. Diese Praxis verstößt gegen das Recht auf Privatsphäre.

3. Einschränkung der finanziellen Freiheit: Die geringe Bargeldsumme und die umständlichen Überweisungen, die mit der Bezahlkarte verbunden sind, machen es schwierig, wichtige Zahlungen – etwa für Rechtsanwälte – zu leisten. Geflüchtete benötigen freien Zugang zu ihrem Geld, um ihre Rechte wahrnehmen zu können und ihre Grundbedürfnisse zu decken.

4. Nicht belegter „Pull-Effekt“: Das Argument, dass durch die Bargeldauszahlung ein sogenannter „Pull-Effekt“ ausgelöst werde – also dass das Geld ins Ausland überwiesen wird und somit die Attraktivität der Flucht erhöht wird – ist nicht belegt. Selbst wenn dies der Fall wäre, wären die Beträge so gering, dass dies in humanitärer Hinsicht irrelevant wären. Zudem betonen Organisationen wie die Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass der Druck auf Geflüchtete, Geld in ihre Herkunftsänder zu schicken, nicht mit der Einführung einer Bezahlkarte verschwindet. Vielmehr bleibt dieser Druck bestehen, was die Situation der Geflüchteten weiter verschärft und möglicherweise die Sicherheit ihrer Familien im Ausland gefährdet.

1576 5. Ablehnung der Bezahlkarte für alle staatlichen Leistungen: Neben den spezifischen Problemen für  
1577 Geflüchtete, die durch die Einführung der Bezahlkarte entstehen, lehnen wir generell die Verwendung von  
1578 Bezahlkarten für alle staatlichen Leistungen ab, wie beispielsweise Bürgergeld, BAföG und andere  
1579 Sozialleistungen. Diese Form der Kontrolle über finanzielle Mittel schränkt die Freiheit und  
1580 Selbstbestimmung der Betroffenen erheblich ein. Menschen in sozialen Notlagen oder in der Ausbildung  
1581 müssen die Möglichkeit haben, frei über ihre staatlichen Leistungen zu verfügen, ohne durch technische  
1582 Hürden oder Überwachungssysteme eingeschränkt zu werden. Nur so kann eine echte soziale Teilhabe  
1583 und langfristige Integration gewährleistet werden.

### **I3 Pyrotechnik ist doch kein Verbrechen – Lasst Emotionen freien Lauf!**

1584 Die Jusos MV unterstützen das grundsätzliche Ziel, Pyrotechnik in Stadien zu legalisieren. Egal in welcher  
1585 Sportart, der Einsatz von bspw. bengalischen Feuern gehört zur Fankultur und wird Woche für Woche  
1586 praktiziert.

1589 Dabei gibt es eine aktuell bedrohliche Situation. Durch das unkontrollierte und illegale Abbrennen von  
1590 Pyrotechnik, werden Unbeteiligte im Block einer Gefahr ausgesetzt, der sie sich insbesondere in  
1591 Stehplatzbereichen schlecht entziehen können.

1592 Der aktuelle Weg der Illegalität, der mit Strafen für Vereine und Repression der Fans einhergeht, ist  
1593 gescheitert. Das sieht jede\*r, der\*die bspw. sich in Fußballstadien bewegt. Die daraufhin stattfindenden  
1594 Rituale der Empörung in den Medien, Bestrafungen der Vereine und bis vor kurzem noch Kollektivstrafen  
1595 für Fans heizen die gesamte Situation nur noch an. Pyrotechnik ist weltweit Teil der Fankultur und wird es  
1596 auch bleiben.

1597 Um diesem Teil der Fankultur zu entsprechen, aber gleichzeitig die Sicherheit in Stadien zu erhöhen und  
1598 die bisherigen Rituale zu durchbrechen unterstützen wir den „Chemnitzer Weg“ und wollen, dass dieser  
1599 auch in MV geprüft wird. Ziel des „Chemnitzer Weges“ ist es, dass Bengalische Feuer in einem  
1600 abgesperrten Bereich im Block abgebrannt werden können. In Absprache der Fans mit Polizei, Verein und  
1601 Ordnungsamt. Das Abbrennen kann bspw. auch von ausgebildeten Pyrotechniker\*innen geleistet werden,  
1602 was die Sicherheit weiter erhöht. Dafür verzichten die Fangruppen auf den Einsatz von Pyrotechnik abseits  
1603 dieser abgesprochenen Termine. Dadurch wird sowohl für Zuschauer, Sicherheitsbehörden und Vereine  
1604 dieser Einsatz planbar und in einem kontrollierbaren Rahmen.

1605 Deshalb fordern die Jusos MV:

- 1606 • Einen ergebnisoffenen Prozess zu beginnen, der die Problematik „Pyrotechnik innerhalb der  
1607 Fankultur“ thematisiert
- 1608 • Durch die Landtagsfraktion zu prüfen, inwiefern der „Chemnitzer Weg“ auch in MV als  
1609 Modellprojekt erprobt werden könnte
- 1610 • Einen Dialog der Vereine, der Polizei und des Ordnungsamtes mit den Fans zu beginnen und von  
1611 politischer Seite zu unterstützen

**I4 Religionsfreiheit leben: Kein Verbot von religiöser Bekleidung an deutschen Schulen!**

1612 Die Jusos M-V sprechen sich gegen Verbote von religiöser Bekleidung, insbesondere dem Kopftuch aus  
1613 und beweisen damit klare Kante gegen Rechts und Islamophobie.

## I5 Staatenlosigkeit – Niemand kennt einen außer das Finanzamt

1616 Wir fordern, dass sich die Bundesrepublik Deutschland stärker für die Rechte staatenloser Menschen einsetzt und verbindliche Maßnahmen zur schnelleren Anerkennung und Einbürgerung staatenloser Personen einführt. Dabei sollen insbesondere die Nachweishürden gesenkt und die Verfahrensfristen verkürzt werden, um Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

1621 Ende 2020 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 26.445 anerkannte staatenlose Menschen in Deutschland. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher sein. Hinzu kommen über 91.000 Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die häufig über Jahre hinweg mit unsicheren Aufenthaltstiteln oder Duldungen in Deutschland leben und somit keinen stabilen Zugang zu wichtigen Rechten wie Arbeitserlaubnissen, Sozialleistungen oder der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben.

1627 Es gibt zahlreiche Gründe, warum Menschen staatenlos werden. Kinder von staatenlosen Eltern erben oftmals diesen Status, in vielen Ländern können Frauen die Staatsbürgerschaft nicht an ihre Kinder weitergeben, und Geflüchtete können aufgrund politischer Verfolgung oder Kriegen oft keine Dokumente vorlegen, die ihre Staatsangehörigkeit belegen. Zudem kann der Entzug der Staatsbürgerschaft in bestimmten Ländern als politisches Instrument missbraucht werden, wie es etwa bei den Rohingya in Myanmar oder Regimekritikern geschieht.

1633 Staatenlosigkeit führt zu erheblichen Benachteiligungen im alltäglichen Leben. Betroffene haben oft Schwierigkeiten, Arbeitsstellen zu finden, Bankkonten zu eröffnen oder grundlegende Rechte wahrzunehmen. Der Status der „ungeklärten Staatsangehörigkeit“ wird von deutschen Behörden häufig verwendet, wenn Dokumente fehlen oder die Herkunftsländer nicht kooperieren. Dies führt zu prekären Situationen, in denen Menschen über Jahre hinweg mit kurzfristigen Duldungen leben müssen.

1638 Unser Forderungskatalog umfasst daher:

1. **Verbindliche Leitlinien zur Anerkennung von Staatenlosen:** Wir fordern bundesweit einheitliche und verbindliche Verfahren, um staatenlose Menschen schneller anzuerkennen. Die derzeitige Praxis, dass die Behörden keine klare Frist zur Anerkennung von Staatenlosen haben, führt dazu, dass Betroffene oft jahrelang in einem unsicheren rechtlichen Status verharren.
2. **Beschleunigte Einbürgerung für Staatenlose:** Staatenlose sollen bereits nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und unter erleichterten Bedingungen eingebürgert werden können. Derzeit gilt eine Frist von sechs Jahren, die jedoch oft zu lange ist, um den Betroffenen eine Perspektive zu geben. Dies gilt insbesondere für in Deutschland geborene Kinder staatenloser Eltern.

- 1648 3. **Erleichterung der Nachweispflichten:** Die Hürden für die Anerkennung und Einbürgerung  
1649 staatenloser Personen sollten gesenkt werden. Häufig scheitern Anerkennungsverfahren daran,  
1650 dass Betroffene keine Dokumente wie Geburts- oder Heiratsurkunden vorlegen können, weil  
1651 diese in Kriegsgebieten verloren gegangen oder aufgrund der politischen Lage nicht mehr  
1652 zugänglich sind.
- 1653 4. **Stärkung des Schutzes für staatenlose Menschen:** Staatenlose Menschen gelten als besonders  
1654 schutzbedürftig, da kein Staat für sie Verantwortung übernimmt. Deutschland muss sich stärker  
1655 dafür einsetzen, dass diese Menschen ihre Rechte wahrnehmen können und nicht in Unsicherheit  
1656 und Abhängigkeit von kurzfristigen Duldungen leben müssen.

1657 Fazit:

1658 Staatenlosigkeit ist ein gravierendes Problem, das in Deutschland noch immer zu wenig Beachtung findet.  
1659 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern die Bundesregierung auf, sich entschlossen für eine  
1660 Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation staatenloser Menschen einzusetzen. Wir treten für  
1661 eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von seinem rechtlichen Status die Möglichkeit hat,  
1662 ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu führen.

## **① Kooperation mit den Jusos Schleswig-Holstein**

- 1663 ① Kooperation mit den Jusos Schleswig-Holstein
- 1664 1. Jusos Mecklenburg-Vorpommern gehen eine Landesverbandpartnerschaft mit dem Juso-
- 1665 Landesverband Schleswig-Holstein ein. Diese Partnerschaft soll die Zusammenarbeit der beiden
- 1666 Landesverbände stärken und zu gemeinsamen Veranstaltungen, wie Besuchen, gemeinsamen
- 1667 Fahrten oder Seminarwochenenden führen.
- 1668 2. Die Juso Kreisverbände werden ermutigt, Kreispartnerschaften mit Verbänden aus SH
- 1669 einzugehen.

## ② „SPD bei dir“ – Soziale Politik wieder vor Ort leben

1670 Immer wieder ist als Lösung auf die aktuelle politische Lage in Bezug auf die SPD zu hören, dass die Partei  
1671 an ihrer Kommunikation arbeiten muss und sich wieder ihrer solidarischen Wurzeln beruft. Dafür braucht  
1672 es neue Ideen, um mit Menschen vor Ort in Kontakt zu kommen. Des Weiteren sehen wir einen immer  
1673 stärker werdenden Bedarf an sozialer Beratung und finanzieller Hilfe von Menschen mit geringem  
1674 Einkommen. Die aktuellen Mehrheiten im Bundestag und in vielen Landesparlamenten schaffen es nicht  
1675 durch politische Maßnahmen diese Probleme der Menschen aufzulösen, obwohl es deren Aufgabe ist.

1677 Deshalb wollen wir unsere Partei- und Bündnisstrukturen (Gewerkschaften, lokale Initiativen, etc.)  
1678 nutzen, um konkrete Angebote vor Ort zu schaffen und solchen Menschen zu helfen.

1679 Wir fordern daher auf allen SPD-Ebenen die Einführung einer Arbeitsgruppe mit dem Arbeitstitel „SPD bei  
1680 dir.“ Projekte die diese Arbeitsgruppe umsetzen kann sind zum Beispiel:

- Küche für alle (KüFA)
- Beratungsangebote für finanziell schlechter gestellte oder sozial benachteiligte Menschen (Unterstützung bei Fördermittelbeantragung)
- Weitere Beratungsangebote (Rechtsberatung, Mietberatung)
- Sozialsprechstunden

## 1686 P1 Nichtraucher\*innenschutz verbessern

1687 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern die Landesregierung sowie Vertreterinnen im Landtag von  
1688 Mecklenburg-Vorpommern dazu auf, sich für eine Verbesserung des Nichtraucherinnenschutzgesetzes  
1689 (NichtRSchutzG M-V) Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen.

1690 Hierbei sollen folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

1691 1. **Erweiterung des Rauchverbots auf Außenbereiche:** Das bestehende Rauchverbot soll auf weitere  
1692 öffentliche Außenbereiche ausgeweitet werden. Mit Blick auf den Schutz von Kindern und  
1693 Jugendlichen soll geprüft werden, wo eine Ausweitung der rauchfreien Zonen im Außenbereich  
1694 sinnvoll ist. Dazu zählen Spielplätze, Parks sowie Außenbereiche von gastronomischen  
1695 Einrichtungen. Ziel ist es, rauchfreie Zonen draußen zu schaffen, die Nichtraucherinnen und  
1696 besonders schutzbedürftige Gruppen vor den schädlichen Auswirkungen des Passivrauchens  
1697 bewahren.

1698 2. **Begrenzung von Tabakautomaten in der Öffentlichkeit:** Die Anzahl der öffentlich zugänglichen  
1699 Tabakautomaten wird begrenzt, in dem keine neuen Automaten mehr aufgestellt werden. Zudem  
1700 wird geprüft, ob Tabakautomaten in der Nähe von Spielplätzen und anderen kinderfreundlichen  
1701 Bereichen verboten werden können.

1702 3. **Sensibilisierung und Prävention:** Das Projekt "Nichtrauchen ist cool!", das dieses Jahr in  
1703 Mecklenburg-Vorpommern gestartet ist und die Gefahren des Rauchens Jugendlichen  
1704 verdeutlicht, soll weitergeführt und ausgebaut werden. Es soll nicht nur in den  
1705 Universitätsstädten Rostock und Greifswald, sondern auch in anderen Städten und auf dem Land  
1706 stattfinden.

1707 Dazu gehört auch, Menschen, deren persönliche und berufliche Entwicklung Rauchen und andere  
1708 Suchterkrankungen begünstigt zu unterstützen, indem Stressfaktoren bekämpft werden. Das  
1709 heißt im Einzelnen:

- 1710 • bessere und humanere Lebensbedingungen für Erwerbslose
- 1711 • bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für Erwerbstätige
- 1712 • und die Vermeidung von sozialer Stigmatisierung aufgrund persönlicher Hintergründe

1713 Dazu ist auch eine Verbesserung der psychotherapeutischen Infrastruktur und des Umgangs mit  
1714 psychischen Leiden relevant, was mit einschließt:

- 1715 • mehr Stellen von Psychotherapeut\*innen/Psychiater\*innen mit Kassenzulassung
- 1716 • Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**  
**P1 Nichtraucher\*innenschutz verbessern**

1717        Weiterhin können Nichtraucher\*innen auch geschützt werden, indem Raucher\*innen mit dem  
1718        Wunsch aufzuhören unterstützt werden. Dem kommt zum Beispiel auch eine bessere Förderung  
1719        von Suchtberatungen zu Gute.

1720

1721        4. **Einsatz für eine nationale Strategie zur nachhaltigen Tabakkontrolle:** Mecklenburg-Vorpommern  
1722        setzt sich auf Bundesebene aktiv für die Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie  
1723        zur nachhaltigen Tabakkontrolle ein. Diese soll die Zielsetzung der Europäischen Union  
1724        unterstützen, bis 2040 eine rauchfreie Generation zu schaffen.

1725 **P2 Pflegenotstand bekämpfen – ausländische Fachkräfte  
1726 anerkennen**

1727 Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern beauftragt den Landesvorstand der Jusos

1728 Mecklenburg-Vorpommern, sich auf allen Ebenen, und insbesondere bei der Bundeskonferenz der Jusos:

- 1729 1. Für die schnellere Anerkennung der Berufsqualifikationen ausländischer Pflegekräfte  
1730 einzusetzen.
- 1731 2. Für die Steigerung der Sachleistungen für Pflegebedürftige sowie der gesamtgesellschaftlichen  
1732 Finanzierung einzusetzen.
- 1733 3. Für professionelle Entlastungsleistungen für Pflegeangehörige einzusetzen.
- 1734 4. Für gleiche Finanzierungsbedingungen – egal an welchem Ort – einzusetzen.

**1735 U1 Abstände Windeignungsgebiete zu Schutzgebieten**

1736 Die Jusos MV fordern die Einführung von Abständen von Windeignungsgebieten zu Schutzgebieten.

1737

1738 Nach aktuell geltendem Recht gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keine Abstandsregeln zu  
1739 Schutzgebieten jeglicher Art. Dies bedeutet, dass Windeignungsgebiete direkt an der Grenze zu  
1740 Schutzgebieten ausgewiesen und Windkraftanlagen direkt dort errichtet werden können.

1741

1742 Dies stellt sich allerdings gegen den Artenschutz, welcher oberstes Schutzziel solcher Gebiete ist.

1743

1744 In anderen Bundesländern erfolgen Einzelfallüberprüfungen bis hin zu Abständen von mehreren  
1745 Hundert Metern, bis hin zu einem Kilometer.

1746

1747 Deshalb fordern die Jusos MV:

1748 - Die Einführung von Mindestabständen zu Schutzgebieten.

1749 - Die Einführung von Anlagenbezogenen Abständen zu Schutzgebieten.

## **1750 U2 Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und 1751 Ostsee**

1752 Der Nord- und Ostsee geht es schlecht. Ebenso geht es der Fischerei in der Nord- und Ostsee, die zusätzlich  
1753 zur immer notwendigeren Transformation zu klimaneutralem und umweltschonendem Fischfang mit  
1754 geringen Fangquoten und schlechten Fischbeständen zu kämpfen haben.

### **1755 Aktuelle Lage der Fischerei in der Nord- und Ostsee**

1756 Bei den Arten der Fischerei in Nord- und Ostsee muss differenziert werden zwischen der kleinen Hochsee-  
1757 und Küstenfischerei, die größtenteils an der Ostseeküste und teilweise in der Nordsee stattfindet und der  
1758 großen Hochseefischerei, die primär in der Nordsee stattfindet.

1759 Vor allem bei der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist der Trend in den letzten Jahren zunehmend  
1760 negativ. So sank die Zahl der Beschäftigten dort von noch 1.845 Beschäftigten im Jahr 2021 auf 1.682 im  
1761 Jahr 2023<sup>[1]</sup>. Hier geht auch die Zahl der Schiffe kontinuierlich zurück. Für Neubauten ist das Risiko der  
1762 Investition bei sinkenden Quoten oft zu hoch. Somit ist auch das Alter der Schiffe hier oft sehr hoch und  
1763 die Antriebsarten somit selten auf einem modernen nachhaltigen Stand.

1764 Insgesamt haben es die Fischer\*innen hier aktuell sehr schwer. Geringe Fangquoten für den Dorsch und  
1765 Hering in der Ostsee und den Nordseekabeljau in der Nordsee und der im Zuge des Angriffskrieges von  
1766 Russland gegen die Ukraine gestiegenen Treibstoffkosten belasten diesen Teil der Fischerei sehr. Vor allem  
1767 kleineren Familienbetrieben im Haupterwerb droht hier die Aufgabe oder der Wechsel in das  
1768 Nebengewerbe.

1769 Vor allem den Küstenfischer\*innen kommt auch eine wichtige kulturelle Bedeutung vor Ort zu. Ein Wegfall  
1770 dieser Betriebe würde zur Schließung von Hafenanlagen führen und hätte damit direkte und indirekte  
1771 Auswirkungen auf andere Bereiche, wie z.B. den Tourismus.

1772 Bei der großen Hochseefischerei sieht das etwas anders auch. Hier sank die Zahl der Beschäftigten von  
1773 2021 auf 2022 zwar, konnte aber von 2022 auf 2023 wieder leicht ansteigen. Auch die Zahl der Schiffe ist  
1774 hier stabil bzw. stieg in den letzten Jahren sogar etwas an. Im Gegensatz zu den Schiffen der kleinen  
1775 Hochsee- und der Küstenfischerei sind die hier benutzten Trawler deutlich moderner. Probleme liegen hier  
1776 aktuell viel bei den Folgen des Brexits. Da im Zuge der Brexit-Verhandlungen Quoten gesenkt werden  
1777 mussten. Allgemein gilt die große Hochseefischerei aber als profitabel und ist aufgrund von größeren  
1778 Fangmengen und einen hohen Anteil an größeren Betrieben anstatt an mittleren und kleinen  
1779 Familienbetrieben, deutlich krisenresilienter.

### **1780 Der aktuelle Zustand der Ökosysteme Nord- und Ostsee**

1781 Seit Beginn der Industrialisierung haben sich die Zustände der Meere weltweit drastisch verändert, ohne  
1782 dass viel für eine nachhaltige Entwicklung getan wurde. So hat sich auch der Zustand der Nord- und Ostsee

1783 in dieser Zeit stark verändert. Eine vor allem bis zur Jahrtausendwende starke Überfischung, ein Anstieg  
1784 des Meeresspiegels, der die Küsten stark verändert und eine allgemeine Erwärmung und Versauerung  
1785 zeigen starke Auswirkungen, auf die beiden Ökosysteme. Gesunde Meere sind für einen gesunden  
1786 Planeten jedoch notwendig. Auch für die Fischerei sind gesunde Meere notwendig. Deshalb ist eine  
1787 nachhaltige Bewirtschaftung zwar eine Herausforderung für Politik und die Fischerei, aber auch  
1788 alternativlos, bis auf einen kompletten Stopp der Bewirtschaftung.

1789 Der Zustand der Nord- und Ostsee wird aber nicht nur durch die Fischerei und der allgemeinen  
1790 Klimaerwärmung beeinflusst. Belastung mit zu vielen Nährstoffen durch Überdüngung im Zuge einer  
1791 intensiven Landwirtschaft sorgen für große sauerstoffarme Totzonen in beiden Gewässern. Zwar ist die  
1792 Meeresverschmutzung durch Anrainerstaaten in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Trotzdem  
1793 befindet sich in den Gewässern noch zu viel Müll von Altlasten, die diesen komplexen Ökosystemen  
1794 zusetzen. Deshalb ist für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee auch eine nachhaltige  
1795 Bewirtschaftung von weiteren Akteur\*innen, wie den Landwirt\*innen, notwendig.

1796 Ein großer Teil der Verschmutzung in Nord- und Ostsee machen sogenannte Geisternetze aus. Fischnetze,  
1797 die sich am Meeresboden verhakt haben und nicht mehr gelöst werden konnten oder alte und/oder  
1798 kaputte Netze die unsachgemäß in den Gewässern entsorgt wurden. Diese Geisternetze fischen teilweise  
1799 jedoch unendlich weiter, da sich Fische trotzdem darin verlieren. Auch für weitere Tierarten wie Robben  
1800 oder Meeresschildkröten können Geisternetze zum Verhängnis werden. Nach langer Zeit zerreiben die  
1801 Netze zu Mikroplastik, was zusätzlich die Meere belastet. Hierbei können Fischer\*innen bei der  
1802 Beseitigung des Problems helfen. In Kooperation mit Tauchteams können einige Fischer\*innen diese  
1803 Geisternetze beseitigen. Hierfür braucht es Unterstützung und Erprobungen von richtigen Techniken, um  
1804 entfernbare Geisternetze effizient zu erkennen und schlussendlich auch zu entfernen.

**1805 Eine nachhaltige Transformation der Fischerei in Nord- und Ostsee ist notwendig!**

1806 Aufgrund der schlechten Zustände von Nord- und Ostsee ist eine nachhaltige Bewirtschaftung  
1807 alternativlos, sofern ein kompletter Stopp der Bewirtschaftung keine Option ist. Da die Fischereibranche  
1808 nicht allein für diese Zustände verantwortlich ist und vor allem die Küstenfischerei in den Küstenregionen  
1809 einen enormen kulturellen und strukturellen Einfluss auf die Lebensweise vor Ort hat, ist ein komplettes  
1810 Stilllegen der Küstenfischerei für uns keine Option und muss daher von staatlicher Seite unterstützt  
1811 werden. Auch die krisenfestere und aktuell profitablere Hochseefischerei muss bei der Transformation  
1812 mitgedacht werden und vor allem die kleine Hochseefischerei wie auch die Küstenfischerei von staatlicher  
1813 Seite unterstützt werden. Bei der großen Hochseefischerei sehen wir eher einen Bedarf an strengen  
1814 Kontrollen und Regulierungen, um die Klimaziele umzusetzen und wieder intakte Ökosysteme für eine  
1815 nachhaltige Bewirtschaftung zu schaffen. Der Weg hin zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung, durch eine  
1816 klimaschonende Transformation der Branche, ist dabei zwar eine große Herausforderung, kann aber auch

1817 eine Chance sein, den oft geforderten und dringend benötigten sozial-verträglichen Klimaschutz  
1818 umzusetzen.

1819 Klar ist aber, dass eine solche Transformation gemeinsam mit den Fischer\*innen geschehen muss. Die sich  
1820 schnell verschärfenden Probleme in der Nord- und Ostsee zwingen uns aber, dass diese Transformation  
1821 zügig stattfinden muss. Dies ist aus einer Klimaperspektive notwendig, aber auch aus wirtschaftlicher  
1822 Sicht für die Fischer\*innen, deren wirtschaftliche Grundlage direkt mit dem Zustand des jeweils befischten  
1823 Gewässers und der Nachhaltigkeit der Befischung zusammenhängt. Deshalb ist auch klar, dass eine  
1824 zögerliche Transformation nicht möglich ist und daher das Stilllegen von Betrieben, welche diese  
1825 Transformation nicht umsetzen wollen, unvermeidbar ist. So ehrlich müssen wir sein.

1826 **Was es jetzt braucht für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee.**

- 1827 • Insgesamt müssen die Projekte und Förderungen weg von Notmaßnahmen hin zu Maßnahmen,  
1828 die Zukunftsperspektiven schaffen. Hierfür braucht es:
- 1829 • Investitionen in die Fischerei zur Unterstützung für die Umstellung auf klimaschonendere  
1830 Antriebsarten
- 1831 • Ausweitung der Förderung für Forschung an beifangsarmen Fischnetzen
- 1832 • Finanzielle Unterstützung beim Kauf von beifangarmen und nachhaltigen Netzen
- 1833 • Finanzielle und strategische Unterstützung soll vor allem der kleinen Hochsee- und  
1834 Küstenfischerei anstatt großen krisenfesten Betrieben aus der Massenfischerei zu Gute kommen
- 1835 • Erstellung von nachhaltigen Bewirtschaftungsplänen möglichst mit langfristig planbaren  
1836 Fangquoten und Schonzeiten unterstützt durch ein breites Monitoring der Bestände unter  
1837 Einbeziehung der klimatischen Veränderungen
- 1838 • Management- und Bewirtschaftungspläne sollen eng mit den Anrainerstaaten abgestimmt  
1839 werden
- 1840 • Meeresschutzgebiete mit Verbotszonen vor allem in Laichgebieten sollen ausgeweitet werden,  
1841 sodass eine kontrollierte Erholung der Bestände gewährleistet werden kann
- 1842 • Anpassung der Fischerei an neue Fischarten, die im Zuge des Klimawandels in der Nord- und  
1843 Ostsee fangbar werden
- 1844 • Mittelfristig soll die Küstenfischerei zum immateriellen Kulturerbe transformiert werden.

1845 Wenn sich Betriebe dazu entscheiden, aus dem Haupterwerb in den Nebenerwerb zu gehen, sollen diese  
1846 finanziell dabei unterstützt werden. Ziel soll es sein, dass diesen Menschen eine Perspektive in nahen  
1847 Branchen wie der Tourismusbranche oder der Fischveredelung aufgezeigt wird und auch bei dieser  
1848 Transformation unterstützt werden. Dies kann vor allem in der Küstenfischerei durch die aktuell und auch  
1849 in naher Zukunft noch geringen Fangquoten dazu beitragen, dass die Fischer\*innen nicht zwangsläufig  
1850 ihren Job ganz aufgeben müssen. Dadurch kann auch der kulturelle Erhalt der handwerklichen Fischerei  
1851 sichergestellt werden, trotz weniger intensiver Bewirtschaftung der Meere. Bei einem Anstieg der  
1852 Fischerei als Nebenerwerb braucht es hier aber auch wie beim Haupterwerb strenge Regelungen zu  
1853 Fischquoten und Naturschutz. Damit auch dabei eine nachhaltige Bewirtschaftung möglich ist, bei der am  
1854 Ende auch die Fischer\*innen im Nebenerwerb mehr haben.

1855 Um gerade in den Küstenregionen einer weiteren Überfischung entgegenzuwirken, werden für die  
1856 nächsten Jahre geringe Fangquoten bleiben müssen, sodass aber in Zukunft die Fischbestände wieder auf  
1857 ältere Niveaus zurückkommen und Fangquoten perspektivisch auch wieder steigen können. Wir ziehen  
1858 härtere Schonzeiten, damit sich die Fischbestände schneller wieder erholen können vor, anstatt ein  
1859 langwieriges Fischen mit geringen Fangquoten, die wenig Perspektive für Besserung liefern.

1860 Um die Flotte von vor allem sehr alten Kuttern zu verkleinern, sollen die Stilllegungsprämien für kleine  
1861 Betriebe ausgeweitet werden, um auch denen zu helfen, die keine Perspektive sehen oder doch gänzlich  
1862 andere Wege einschlagen wollen.

1863 Die Fischer\*innen sollen zudem mehr, und vor allem in den möglichen Schonzeiten, in Projekte einbezogen  
1864 werden, die der Säuberung der Nord- und Ostsee dienen. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass  
1865 die Fischer\*innen in den Schonzeiten Förderung erhalten, um bei Säuberungen wie von beispielsweise  
1866 Geisternetzen mitzuhelfen. Weiterbildungen der Fischer\*innen wie die „Sea Ranger“-Ausbildung sollen  
1867 dafür unterstützt und ausgeweitet werden. Dabei soll der Bund finanziell unterstützen, um das Programm  
1868 deutlich auszuweiten und das anschließende Akquirieren, Finanzieren und Abrechnen von Aufträgen in  
1869 Forschung und Umweltschutz ebenfalls unterstützen. Dafür kommen Genossenschaften oder Vereine als  
1870 potenzielle Organisator\*innen infrage. Damit soll eine Neuausrichtung der Berufsfischerei mit einer  
1871 größeren Zukunftsperspektive gewährleistet werden.

1872 Damit die nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee unterstützt wird, braucht es auch bessere  
1873 und transparente Nachhaltigkeitssiegel. Hierbei sollen auf EU-Ebene einheitliche Siegel eingeführt  
1874 werden, welche Transparenz für die Verbraucher\*innen schafft und Anreize setzt die Gewässer nachhaltig  
1875 zu bewirtschaften.

**1876 U3 Sozial gerechten Klimaschutz nicht verschieben!**

1877 Zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos.

1878 Der im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung versprochene „soziale Kompensationsmechanismus“  
1879 durch das Klimageld sollte sicherstellen, dass die Lasten der CO2-Bepreisung gerecht verteilt werden.  
1880 Stattdessen wurde die Einführung des Klimageldes mehrfach verschoben und nun auf das Jahr 2027  
1881 verlagert – weit nach der nächsten Bundestagswahl. Dies ist nicht nur ein Bruch des Versprechens an die  
1882 Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein Versagen beim Schutz einkommensschwächerer Haushalte vor  
1883 den gestiegenen Energiekosten.

**1884 V1 Einsteigen, umsteigen, aufsteigen: ÖPNV für ein besseres MV**  
1885

1886 Die Festsetzung einer Mindestlänge von Bahnsteigen auf 250 Meter stellt einen wichtigen Schritt zur  
1887 Modernisierung und Flexibilisierung des Schienenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern dar. Damit  
1888 können kurzfristig Kapazitäten gesteigert und die Weichen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte  
1889 Mobilitätsstrategie gestellt werden.

## **W1 Keine Planungsbeschleunigung auf Kosten von Umwelt und Demokratie – Für eine transparente, nachhaltige und demokratische Beteiligung von Bürger\*innen!**

1890 Wir Jusos setzen uns für einen demokratischen Austausch und eine ausreichende Überprüfung von  
1891 Auswirkungen auf Umwelt und die Natur ein. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die wenig  
1892 diversifizierte Energiebeschaffung, hat das Land im Bereich der Energieversorgung vor neuen  
1893 Herausforderungen gestellt. Das haben wir auch hier in MV gemerkt, durch die Proteste und Klagen von  
1894 Bürgerinitiativen, Gemeinden und Umweltverbände gegen das LNG-Terminal vor Rügen.

1898 Mittlerweile geht das LNG-Terminal vor Rügen in den Regelbetrieb über. Viele Menschen vor Ort sind  
1899 verärgert, über die Vorgehensweise und Intransparenz über die Notwendigkeit der Terminals bei diesem  
1900 Vorhaben. Der Preisschock im Energiebereich hat sich beruhigt und die befürchtete Gasknappheit fand in  
1901 Deutschland nicht statt - auch ohne das Terminal vor Rügen. Außerdem wird zukünftig der Gasbedarf  
1902 weiterhin sinken und auch aus ökonomischer Sicht, macht die Erhöhung von LNG-Kapazitäten wenig Sinn.

1903 Des Weiteren kritisierten Umweltverbände, dass wesentliche Vorgaben bisher geltender Umweltvorsorge  
1904 dabei ausgehebelt wurden und genaue Prüfverfahren auf Umweltverträglichkeitsprüfungen seitens der  
1905 Regierungen wurden nicht eingehalten.

1906 Jetzt können wir als Verband keinen politischen Einfluss mehr, auf das LNG-Terminal ausüben. ABER: Wir  
1907 als Verband müssen uns an die neue Dynamik durch das Planungsbeschleunigungsgesetz anpassen und  
1908 Instrumente bereitstellen, bei denen wir uns im Land mit anderen Verbänden und Initiativen schnell  
1909 koordinieren und austauschen zu können.

1910 So soll der Landesvorstand sich über diese Thematik beraten und schnelle Kommunikationswege für die  
1911 Kreisverbände bereitstellen, die über kritische Bauprojekte in den Kreisen berichten zu können. Danach  
1912 soll der Landesvorstand Kontakt zu Interessensverbände sowie möglichen Bürgerinitiativen aufbauen und  
1913 eine Austauschmöglichkeit schaffen.

### 1914 Demokratische Abstimmung während der Planung

1915 Die Planung und Genehmigung von Großprojekten, insbesondere Neubauten wie dem LNG-Terminal in  
1916 Mukran müssen offen, transparent und im Einklang mit den demokratischen Beteiligungsprozessen der  
1917 Zivilgesellschaft erfolgen. Das aktuelle Vorgehen lässt jedoch das Gegenteil erkennen.  
1918 Bürger\*innenbeteiligungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassende Debatten über  
1919 Alternativen werden zugunsten einer schnellen Umsetzung vernachlässigt.

## Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV

### W1 Keine Planungsbeschleunigung auf Kosten von Umwelt und Demokratie – Für eine transparente, nachhaltige und demokratische Beteiligung von Bürger\*innen!

- 1920 Wir kritisieren diese Vorgehensweise und erwarten, dass auch mit geringerer Bearbeitungszeit von  
1921 Großprojekten, demokratische Prozesse und notwendige Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht  
1922 ausgehöhlt werden dürfen.
- 1923 **Wir fordern die Gewährleistung und Etablierung von Bürger\*innenräten und Regionalbeiräte während**  
1924 **der Planungsprozesse, insbesondere bei Großprojekten.**
- 1925 **Bürger\*innenräte** bestehen aus zufällig ausgewählten Bürger\*innen, die verschiedene gesellschaftliche  
1926 Perspektiven einbringen und gemeinsam Lösungen für komplexe und kontroverse Fragen erarbeiten.  
1927 Diese Räte bieten einen strukturierten Rahmen für den Dialog und liefern breit abgestimmte  
1928 Empfehlungen, die die Interessen der betroffenen Bevölkerung widerspiegeln.
- 1929 **Regionalbeiräte** hingegen sind feste Gremien, die kontinuierlich die Anliegen der Region vertreten und als  
1930 langfristige Partner im Planungsprozess fungieren. Sie ermöglichen es, regionale Expertise und Interessen  
1931 systematisch in die Entscheidungen einfließen zu lassen und den Prozess nachhaltig zu begleiten. Dabei  
1932 sind unterschiedliche Verbände, Kommunen und Interessensgruppen in einer Region Bestandteil eines  
1933 Regionalbeirats. Diese Art der Mitbestimmung wird bereits in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich  
1934 durchgeführt. In anderen Bundesländern wird es insbesondere in der Regionalplanung und bei  
1935 Infrastrukturprojekten eingesetzt.
- 1936 Die Kombination von Bürger\*innenräten und Regionalbeiräten gewährleistet sowohl kurzfristige als auch  
1937 langfristige demokratische Teilhabe. Bürger\*innenräte fördern den direkten Austausch und die  
1938 Mitgestaltung der Bürger\*innen bei konkreten Entscheidungen, während Regionalbeiräte die regionale  
1939 Perspektive über einen längeren Zeitraum einbringen und für Kontinuität in den Beteiligungsprozessen  
1940 sorgen. Gemeinsam stärken sie die Transparenz, die Akzeptanz und die Qualität der Entscheidungen,  
1941 indem sie sicherstellen, dass Großprojekte nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern in ihrem  
1942 Interesse umgesetzt werden.
- 1943 Durch diese Ansätze können demokratische Prozesse, selbst bei dringlichen Großprojekten, gewahrt  
1944 bleiben, ohne Umwelt- und Naturschutzstandards oder die Mitspracherechte der Bevölkerung zu  
1945 opfern. Diese Aussprache soll in dieser Form nur bei neuen Großbauprojekten geschehen. Diese  
1946 unterscheiden wir klar von Sanierungsarbeiten und Erweiterungsarbeiten, die nicht erheblich mehr Raum  
1947 einnehmen als das ursprüngliche Bauwerk. Wir erwarten, dass durch diese Reform zudem den  
1948 bürokratischen Prozess dahinter vereinfacht und somit eine schnellere Abwicklung des Gesamtprozesses.
- 1949 **Solidarität und Unterstützung für die Kommunen – ohne Moos nichts los**
- 1950 **Wir fordern, dass seitens Bund und Länder Gelder zur Verfügung gestellt werden.** Es sollen Stellen in den  
1951 Behörden geschaffen werden, die sich um die Verteilung der Unterstützungsgelder und den Aufbau von  
1952 demokratischen Strukturen in den Regionen kümmern. Um den Bürger\*innen mehr finanziellen Spielraum

**Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**

**W1 Keine Planungsbeschleunigung auf Kosten von Umwelt und Demokratie – Für eine transparente, nachhaltige und demokratische Beteiligung von Bürger\*innen!**

1953 zu bieten, sollen Bürger\*innengenossenschaften gezielt gefördert und vom Land beim Aufbau unterstützt werden. Langfristig sollen diese Bürger\*innengenossenschaften auch in der Regionalentwicklung eingebaut werden.

**1956 Z1 Nieder mit der Festung Europa: Grenzkontrollen an den EU-**

**1957 Binnengrenzen abschaffen**

1958 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich klar gegen die Einführung und Verlängerung von  
1959 Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union aus.

1960 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen, wie sie derzeit von der deutschen  
1961 Bundesregierung geplant und teilweise umgesetzt wird, ist ein Rückschritt für die europäische Integration  
1962 und ein Angriff auf die Grundidee der Europäischen Union – die Freizügigkeit der  
1963 Bürger\*innen. Insbesondere für die Grenzregionen in Europa haben diese Maßnahmen  
1964 erhebliche negative Auswirkungen.

1965 Der Alleingang der deutschen Regierung nutzt diese Möglichkeiten als Reaktion auf den Anschlag von  
1966 Solingen als Vorwand und bedient sich mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an EU-  
1967 Binnengrenzen rechter Narrative. Damit trägt sie maßgeblich dazu bei, dass nicht nur europäische,  
1968 sondern auch die eigenen sozialdemokratischen Werte aufgegeben werden. Mit so einem Kurs tragen wir  
1969 als SPD dazu bei, dass rechte Position verharmlost und übernommen werden. Damit haben wir eine große  
1970 Mitverantwortung am Erstarken rechter Parteien.

1971 Zusätzlich stellt Racial Profiling bei Grenzkontrollen ein ernstes Problem dar, das sowohl gegen die  
1972 Grundrechte als auch gegen die Prinzipien der Europäischen Union verstößt. Dennoch gibt es bereits Fälle,  
1973 in denen Racial Profiling ausgehend von Sicherheitsbehörden bereits gemeldet wurden. Um  
1974 eine diskriminierungsfreie und gerechte Sicherheits- und Migrationspolitik zu gewährleisten, müssen  
1975 Maßnahmen ergriffen werden, die die Gleichbehandlung aller Menschen garantieren und willkürliche  
1976 Kontrollen verhindern.

1977 Darum bedarf es:

1978 1. Klare gesetzliche Regelungen: Nationale und europäische Gesetze sollten ausdrücklich  
1979 Diskriminierung an den Grenzen verbieten. Es braucht Mechanismen, um sicherzustellen, dass  
1980 Grenzkontrollen auf objektiven und sachlichen Kriterien basieren.

1981 2. Schulung und Sensibilisierung der Grenzbehörden: Grenzbeamte\*innen sollten regelmäßig in Anti-  
1982 Diskriminierungs- und Menschenrechtsfragen geschult werden, um sicherzustellen, dass sie  
1983 keine Entscheidungen auf Grundlage von Vorurteilen treffen.

1984 3. Transparenz und Rechenschaftspflicht: Behörden sollten verpflichtet werden, über  
1985 durchgeführte Grenzkontrollen und die angewandten Kriterien zu berichten, um die Praktiken der  
1986 Behörden öffentlich überprüfbar zu machen.

## **Beschlussbuch zur 32. ordentlichen Landeskonferenz der Jusos MV**

### **Z1: Nieder mit der Festung Europa: Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen abschaffen**

- 1987 4. Bessere Beschwerdemechanismen: Es sollte für Betroffene von Racial Profiling klare Wege geben, sich zu beschweren und gegen Diskriminierung vorzugehen, ohne Angst vor Repressionen zu haben.
- 1990 Wir fordern die SPD Mecklenburg-Vorpommern darüber hinaus auf sich auf der Bundesebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:
- 1992 · Einstellung der Wiedereinführung von Grenzkontrollen: Die SPD Mecklenburg-Vorpommern soll sich gegen die Einführung oder Verlängerung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen einsetzen und stattdessen auf die Stärkung der EU-Institutionen setzen, die für ein sicheres und solidarisches Europa arbeiten.
- 1996 · Förderung einer europäischen Lösung: Wir fordern die SPD Mecklenburg-Vorpommern auf, die Schaffung eines europäischen Asylsystems voranzutreiben, das den Herausforderungen von Migration und Sicherheit gerecht wird, ohne dabei die Grundfreiheiten der EU zu gefährden. Dazu gehört die Unterstützung von Initiativen zur Verteilung von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern und Maßnahmen der Integration.
- 2001 · Ausbau von Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Statt nationaler Alleingänge sollen grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten der EU gefördert werden, um Sicherheitsbedenken gemeinschaftlich zu adressieren. Dies schließt die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden sowie zwischen Frontex und den zuständigen nationalen Behörden ein.
- 2006 · Transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit: Die SPD Mecklenburg-Vorpommern soll eine transparente Kommunikationsstrategie entwickeln, die die Bürger\*innen über die Herausforderungen der Migration und Sicherheit informiert, sowie die Bedeutung der Freizügigkeit und der europäischen Zusammenarbeit hervorhebt.
- 2010 · Berichterstattung über die Auswirkungen von Grenzkontrollen: Die SPD Mecklenburg-Vorpommern sollte sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung regelmäßig Berichte über die Auswirkungen von Grenzkontrollen auf die Freizügigkeit, den Handel und die soziale Integration in den Grenzregionen vorlegen, um eine evidenzbasierte Diskussion zu fördern.
- 2014 Statt weiterhin Ängste zu bedienen und Hass zu schüren, sollten wir gemeinsam an solidarischen, humanitären Lösungen arbeiten. Statt auf Grenzkontrollen, Abschiebungen und Abschottung zu setzen und gleichzeitig Integrationsmaßnahmen zu kürzen, sollte sich die SPD Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden gerecht wird.

## 2018 Z2 Kein Asylkompromiss 2.0

2019 Als Reaktion auf den mutmaßlich islamistischen Anschlag von Solingen hat sich die von unserer  
2020 Mutterpartei geführte Bundesregierung auf schärfere Maßnahmen in der Asyl- und Sicherheitspolitik  
2021 geeinigt. Bereits seit einigen Monaten, wenn nicht sogar seit 2015, ist die politische Debatte geprägt von  
2022 einem Wettbewerb der demokratischen Parteien, sich mit strengeren Asylmaßnahmen zu übertrumpfen.

2023 Wer sich davon erhofft hat, AfD-Wähler\*innen zurückzugewinnen wurde und wird immer enttäuscht –  
2024 noch nie hat es linken Parteien langfristig Wahlerfolge beschert, mit der Umsetzung rechter Politik nach  
2025 Wählerstimmen zu fischen. Stattdessen lassen wir uns von konservativem Populismus, der frei von Fakten  
2026 und Rationalität ist, den Rang ablaufen und unsere Politik beeinflussen.

2027 Unser Grundgesetz, von vielen klugen Köpfen nach dem 2. Weltkrieg geschrieben, ist geprägt von den  
2028 Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Recht auf Asyl in Art. 16a GG ist eine Konsequenz und  
2029 eine originär sozialdemokratische Idee daraus. Es ist unsere Verantwortung als ihre Nachfahren, diesem  
2030 Ehre zu erweisen und Schutzsuchenden Asyl vor Gewalt und Verfolgung zu gewähren.

2031 Daher fordern wir als Sozialdemokrat\*innen eine klare und progressive Haltung in der Asyl- und  
2032 Sicherheitspolitik, die sich an unseren Grundwerten orientiert und sich nicht von populistischen  
2033 Tendenzen leiten lässt.

### 2034 Keine Abschiebungen in Kriegsländer -keine Abschiebungen in Folter und Tod!

2035 In Deutschland leben über 1,3 Millionen Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan – Menschen, die auf die  
2036 Tat eines Attentäters reduziert werden. Der überwiegende Großteil von ihnen ist selbst vor islamistischem  
2037 Terrorismus geflohen. Dies wird in der aktuellen Debatte auch durch unsere Partei über weite Teile  
2038 ignoriert! Für uns ist und bleibt deshalb klar: **Abschiebungen in Länder mit unsicherer Lage, wie Syrien und**  
2039 **Afghanistan, sind menschenunwürdig und rechtlich unzulässig.** Hierzu stellen wir fest: **Das absolute**  
2040 **Folterverbot aus Art. 3 EMRK schützt auch Straftäter vor Abschiebung in Länder, in denen sie Folter**  
2041 **oder unmenschliche Behandlung erwarten.** Der Rechtsstaat hat Mittel und Wege, um Straffälligen  
2042 entsprechende Konsequenzen aufzuerlegen – aber **menschenunwürdige Abschiebungen gehören nicht**  
2043 **dazu.** Mit einer SPD-geführten Bundesregierung darf es **keine Verhandlungen Deutschlands mit Terror-**  
2044 **Machthabern** geben – auch nicht über Dritte.

### 2045 Keine Streichung von Sozialleistungen für Asylbewerber\*innen!

2046 Die Forderung nach einer Streichung von Sozialleistungen für Geflüchtete ist **verfassungswidrig und**  
2047 **kontraproduktiv für die Integration.** Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gilt für alle,  
2048 unabhängig von ihrer Herkunft. Leistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind bereits  
2049 unter dem sozialen Standard in Deutschland angesiedelt. Weitere Kürzungen wären ein Rückschritt in

2050 **unserer Integrationspolitik** und würden langfristig zu höheren Kosten durch soziale Probleme  
2051 führen. **Allen Beteuerungen und kleinteiligen Verbesserungen zum Trotz wird die angedachte Regelung**  
2052 **Obdachlosigkeit und Hunger gesetzlich manifestieren.** Die Autoren des Vorschlags übersehen, dass  
2053 die fehlende Umsetzung der Dublin-Regeln ihren Ursprung nicht am individuellen Unwillen Geflüchteter  
2054 scheitert, sondern an der **systemischen Ungerechtigkeit der Dublin-Verträge.** Diese erteilen  
2055 innereuropäischer Solidarität eine Absage und lassen die Staaten an der EU-Außengrenze mit den  
2056 Herausforderungen allein. Über Jahrzehnte hat dieses System für einen Unwillen in den  
2057 betreffenden Gesellschaften erzeugt, der zu den aktuellen Zuständen führt. **Die jetzt vorliegenden**  
2058 **Vorschläge wollen dieses Problem auf dem Rücken der Schwächen lösen.**

2059 **Verteidigung unserer Werte: Linke Debatte über effektive Terrorismusbekämpfung**

2060 **Harte Maßnahmen gegen schwere Kriminalität und Terrorismus sind kein Widerspruch zur politischen**  
2061 **Linken.** Der Kampf gegen islamistischen Terrorismus ist der Kampf gegen eine Ideologie, die unsere  
2062 Grundwerte von Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung angreift. **Als politische Linke stehen**  
2063 **wir seit jeher gegen jede Form religiös begründeter Menschenfeindlichkeit.** Wir müssen jedoch  
2064 sicherstellen uns in diesem Kampf nicht zu verlieren. **Die Vorschläge zum Abgleich biometrischer Daten**  
2065 **mit öffentlich zugänglichen Medien greifen den Kernbereich des Grundrechtes auf informationelle**  
2066 **Selbstbestimmung an**, welches das Bundesverfassungsgericht jüngst gestärkt hat. Es ist eine Frage der  
2067 Zeit bis die Sicherheitsbehörden diese Kompetenzen auch gegen Staatsbürger\*innen  
2068 einsetzen wollen. **Deswegen muss der Geist bekämpft werden bevor er aus der Flasche ist!**

2069 **Die beste Prävention ist gelungene Integration!**

2070 **Die Gefahr durch islamistischen Terror wurde nicht und wird nicht durch Zuwanderung**  
2071 **erzeugt!** Islamismus ist genau wie Faschismus ist gesellschaftliches Problem innerhalb unserer  
2072 Gesellschaft und kann nur durch Maßnahmen innerhalb dieser Gesellschaft gelöst werden. **Integration ist**  
2073 **hier der Schlüssel zur Prävention.** Der Zugang zu Bildung, Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt  
2074 muss gestärkt werden, um Geflüchteten die Möglichkeit zu geben, aktiv an unserer Gesellschaft  
2075 teilzuhaben. Programme zur **Aufklärung über Radikalisierung und religiösen Radikalismus** müssen  
2076 gefördert und ausgeweitet werden. Dabei gilt es die Orte aufzusuchen, die durch islamistische oder  
2077 demokratiefeindliche Rekrutierer aufgesucht werden. Gemeinsam mit den progressiven Islamverbänden  
2078 und Selbstorganisationen migrantisierter Menschen muss Demokratiebildung und Prävention ihren Weg  
2079 finden in Schulen, Universitäten, Religionsstätten und auch in Aufnahmeeinrichtungen.  
2080 Demokratiebildung muss zu den Menschen gehen und nicht Wartestellung verharren.

2081 **Die Demokratie- und Aufklärungsarbeit muss ordentlich finanziert werden.** Das lange auf Eis liegende  
2082 Demokratieförderungsgesetz muss schnellstmöglich beschlossen werden, um unsere demokratische  
2083 Gesellschaft zu stärken und extremistischen Ideologien entgegenzuwirken.

2084 **Es bleibt dabei! – Keine Stimme dem Sicherheitspaket!**

2085 Unsere Position ist klar: Wir stehen für eine menschenwürdige und progressive Asylpolitik, die sich an den  
2086 Werten unseres Grundgesetzes und dem Ziel einer Weltgesellschaft der Freien und Gleichen orientiert.  
2087 Wir lassen uns von populistischen Forderungen nicht beeindrucken, sondern setzen auf  
2088 konkrete, zukunftsweisende Maßnahmen, die Sicherheit, Integration und die Verteidigung unserer  
2089 demokratischen Werte in den Mittelpunkt stellen. **Deshalb fordern wir unsere Abgeordneten im**  
2090 **Bundestag auf dem Sicherheitspaket nicht zuzustimmen!**

## **2091 Z3 Stonewall was a riot! Queeres Leben in MV schützen!**

2092 Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen und bunt. Unser Bundesland wird bereichert durch die  
2093 vielfältigen Lebensweisen und -entwürfen der Leute, die hier Leben, MV bereichern und gestalten. Dieses  
2094 Versprechen zeigte die Stadt Neubrandenburg allen Gäst\*innen der Stadt über viele Jahre durch die  
2095 ganzjährige Hissung der Regenbogenflagge am fünften Tor der Stadt, dem Bahnhof. Konservative,  
2096 Reaktionäre, extrem Rechte und ewig Gestriges haben queere Menschen, ihre Art zu Leben und zu lieben  
2097 seit Jahren zu einem ihrer Feindbilder erklärt. Die queere Community sieht sich einem immer größer  
2098 werdenden Hass und Anfeindungen bis hin zu gewaltvollen Übergriffen ausgesetzt. In ihrer Sitzung vom  
2099 09.10. hat die Stadtvertretung Neubrandenburg dies nun in Form des Verbots der Hissung der  
2100 Regenbogenflagge am Bahnhof der Stadt beschlossen. Als Gründe für die Beschlussvorlage wurde hierbei  
2101 der vermeintliche Schutz vor erneuten Straftaten wie dem Entfernen der Regenbogenflagge und  
2102 dem Hissen verfassungswidriger Kennzeichen genannt. Dieser Beschluss ist ein Angriff auf die Freiheit  
2103 und unsere Grundrechte! Wir stehen solidarisch an der Seite der Community und unterstützen Sie in  
2104 ihrem Kampf für ein vielfältiges und buntes MV! Den Beschluss der Neubrandenburger Stadtvertretung  
2105 kritisieren wir aufs Schärfste und unterstützen Bewegungen und Mandatsträger\*innen, die an der  
2106 Rücknahme dieses Beschlusses arbeiten. Queeres Leben muss geschützt werden - ob in Neubrandenburg,  
2107 Rostock, Pasewalk oder Binz! MV ist und bleibt ein Ort zum Leben für alle Menschen die sich entscheiden  
2108 hier zu leben. Niemand darf das Gefühl haben aufgrund seiner\*ihrer sexuellen Orientierung oder  
2109 geschlechtlichen Identität unsicher zu leben oder an Repräsentation und Mitbestimmung zu  
2110 mangeln. Wir sind das Bollwerk gegen Queerfeindlichkeit und Menschenhass. Wir setzen jeden Tag ein  
2111 Zeichen für Liebe, Vielfalt und Akzeptanz. Als Juso-Landesverband, als Queers und Allies treten wir ein für  
2112 die Rechte und Sichtbarkeit der LGBTTIQA\*-Community in unserem Bundesland und weltweit und gegen  
2113 jede Form von Diskriminierung und Queer\*-Feindlichkeit. Lasst es glitzern, lasst es knallen -  
2114 Queerfeindlichkeit in den Rücken fallen!